



# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Soziale Transferleistungen und Kontrolle –  
ein circulus diaboli?“

Verfasser

Kai Thorsten Walzer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Februar 2012

Studienkennzahl lt. Studienbuchblatt: A 296  
Studienrichtung lt. Studienbuchblatt: Philosophie  
Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Manfred Füllsack

## Plagiatserklärung

„Hiermit erkläre ich, die vorgelegte Arbeit selbständig verfasst und ausschließlich die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt zu haben. Alle wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommenen Textpassagen und Gedankengänge sind durch genaue Angabe der Quelle in Form von Anmerkungen bzw. In-Text-Zitationen ausgewiesen. Dies gilt auch für Quellen aus dem Internet, bei denen zusätzlich URL und Zugriffsdatum angeführt sind. Mir ist bekannt, dass jeder Fall von Plagiat zur Nicht-Bewertung der eingereichten Arbeit führt und der Studienprogrammleitung gemeldet werden muss. Ferner versichere ich, diese Arbeit nicht bereits andernorts zur Beurteilung vorgelegt zu haben.“

Wien, 26. 02. 2012

Ort/ Datum/

Unterschrift



# Inhaltsverzeichnis

Einleitende Worte.....	4
Warum Distribution?.....	6
Bedürfnisse.....	6
Bedürfnisse hierarchisch.....	7
Bedürfnisse komplex.....	9
Warum könnte Verteilung notwendig sein?.....	14
Verteilung = Gerech?.....	16
Ursprung der Verteilungsgerechtigkeit.....	17
Gesellschaftsvertrag.....	18
Utilitarismus.....	20
Distribution kann nicht gerecht sein.....	21
Grundsätze für eine gerechte Distribution.....	22
Distributionsgerechtigkeit entzieht sich der einfachen Analyse.....	24
Profane Gedanken führen zur gerechten Distribution?.....	26
Kooperation als Vorteil?.....	27
Warum Kontrolle?.....	35
Ein Hindernis für die Kooperation.....	35
„The Tragedy of the Commons“.....	36
Zwang zum Glück? - Kontrolle und Sanktion.....	38
Grim.....	39
tit-for-tat.....	40
Pavlov.....	40
Bellum omnium contra omnes und Pavlov?.....	41
Warum circulus diaboli?.....	43
Zentral gesteuerte Kontrollen und Sanktionen – der Staat.....	43
Der Staat als Garant für Freiheit?.....	45
Der Staat als Garant für Fairness?.....	46
Wie funktioniert ein Staat?.....	49
Bietet der Staat Schutz vor Freeridern?.....	51
Historischer Abriss.....	54
Transferleistungen.....	54
Der Ursprung der Transferleistungen?.....	56
Christliche Caritas – ein Ende der Armut?.....	62
Bedürftige im Diesseits als Hilfe für das Jenseits?.....	63
Heilung der selbstverschuldeten Bedürftigkeit?.....	66
Geburt des Wohlfahrtsstaates - Ende der Bedürftigkeit?.....	72
Der Begriff Arbeit.....	76
Lösungswege?.....	78
Ökonomische Ansätze – Nachfrage versus Angebot?.....	78
Allmendegüter – Doch keine Tragödie?.....	81
Transferleistung ohne Bedingung = Transferleistung ohne Kontrolle?.....	87
Resümee.....	91
Literaturverzeichnis.....	92
Anhang.....	96
Zusammenfassung.....	96
Abstract.....	98
Curriculum Vitae.....	100

## Einleitende Worte

Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, ob soziale Transferleistungen eine Kontrolle erfordern und sich daraus ein Teufelskreis ergibt. Um diese Frage näher zu beleuchten, ist die Arbeit in fünf Hauptabschnitte gegliedert. Diese fünf Abschnitte gehen den Fragen „Warum Distribution?“, „Warum Kontrolle?“, „Warum Teufelskreis?“, „Historischer Abriss“ und „Lösungsansätze?“ nach. Der Abschnitt Distribution widmet sich der grundlegenden Frage, warum Transferleistungen getätigt werden. Die Idee von Transferleistungen scheint es zu sein, Abhilfe bei Mängeln zu schaffen. Das Empfinden von Mängeln erweckt Bedürfnisse, daher wird zuerst der Frage nach den Bedürfnissen nachgegangen. Die Bedürfnisse werden aus zwei verschiedenen Blickwinkeln betrachtet, den Blickwinkeln Abraham Maslows und Manfred Max-Neefs, die teils konträre Ansichten zu diesem Thema vertreten. Das daran anschließende Kapitel setzt sich mit der Frage auseinander, warum Verteilung für die Bedürfnisbefriedigung überhaupt notwendig sein könnte. Das Vorhandensein von Distribution erfordert die Frage nach einem gerechten System derselbigen. Jede Antwort auf diese Frage ist in der Philosophie, die sich mit diesem Thema auseinandersetzt, der wissenschaftlichen Tradition folgend, gegenseitigen Falsifikationsversuchen unterworfen. Es wird kurz der Ursprung von Distributionsgerechtigkeit beschrieben, sowie die heute als die markantesten geltenden Ansichten bis zur Gegenwart beschrieben. Ausführlicher widmet sich die Arbeit dann drei philosophischen Ansichten zur Distribution der Gegenwart. Anschließend wird der Frage nachgegangen, ob es für die Distribution nicht ganz profane Gründe gibt, um sich dann ausführlicher der Frage nach einem möglichen Vorteil, der aus Kooperation entsteht, zu widmen. Um der Frage eines etwaigen Nutzens von Kooperation mit Hilfe der Spieltheorie nachgehen zu können, werden am Beginn einige Grundbegriffe dieses Hilfsmittels für die Analyse menschlichen Verhaltens erläutert. Wenn Kooperation vorteilhaft erscheint, warum kooperieren dann nicht alle menschlichen Individuen. Dieser Frage widmet sich das nächste Kapitel, das mögliche Hindernisse für Kooperation aufzeigt, die Probleme von Allmendegütern, besser bekannt als deren Tragödie und der Vorstellung von spieltheoretischen Strategien, die die Auswirkungen von Kontrolle und Sanktionen näher beleuchten. Zusammengefasst behandelt dieses Kapitel die Frage: „Warum Kontrolle?“ und führt so weiter zur Frage des *circulus diaboli*.

Die Auseinandersetzung mit der Frage nach dem *circulus diaboli* wird sich mit der zentralen Stelle für Kontrolle und Sanktionen auseinandersetzen, dem Staat, der meist das Monopol für die Mittel zur Kontrolle und Durchsetzung von Sanktionen besitzt, manifestiert durch das

Gewaltmonopol und den Tätigkeiten der Legislative, Exekutive und Judikative. Welche Aufgaben soll der Staat überhaupt wahrnehmen? Die Antwort auf diese Frage wird kurz aus Sicht von Friedrich August von Hayek und John Rawls skizziert, um zwei gegensätzliche Ansichten „zu Wort kommen“ zu lassen. Das Kapitel schließt mit einer Analyse des Funktionierens des Systems Staat und ob dieser seiner Aufgabe in Hinblick auf Freerider überhaupt nachkommen kann.

Danach folgt ein Blick in die Historie, um den Wandel der Transferleistungen und der Distributoren aus heutiger Sicht zu betrachten. Dieses Kapitel folgt einer Einteilung in die Perioden Antike, der möglichen Geburtszeit von Transferleistungen, dem Mittelalter, das am Beginn, von der Spätantike ausgehend, religiös geprägt war über die Neuzeit, in dem sich das Menschenbild stark wandelte bis zur Industrialisierung und der daraus offiziell entstehenden sozialen Frage, die in den heutigen Wohlfahrtsstaat mündete.

Das Ende der Arbeit beschäftigt sich kurz mit möglichen Lösungsansätzen zu den Themen Vollbeschäftigung durch ökonomische Ansätze, die gerade heute wieder diskutiert werden, nochmals der Tragödie der Allmende, ob diese denn tatsächlich eine Tragödie darstellt und einer Möglichkeit von Transferleistung, die keine Kontrolle benötigen würde.

## Warum Distribution?

### Bedürfnisse

*„Je komplicirter nämlich, in der aufsteigenden Reihe der Thiere, die Organisation wird, desto vielfacher werden auch ihre Bedürfnisse, und desto mannigfaltiger und specieller bestimmt die Objekte, welche zur Befriedigung derselben taugen, desto verschlungener und entfernter mithin die Wege, zu diesen zu gelangen, welche jetzt alle erkannt und gefunden werden müssen: [...]“<sup>1</sup>*

Jedes Lebewesen hat Bedürfnisse. Ein Bedürfnis entsteht, weil ein Lebewesen einen Mangel verspürt. Es erscheint auf den ersten Blick, als könnten diese Mängel so mannigfaltig sein wie die Anzahl der Lebewesen, die sie verspüren. Nichts desto trotz gibt es eine Anzahl von Bedürfnissen, deren Befriedigung für das Überleben unabdingbar sind. Man denke nur an das durch Flüssigkeitsmangel hervorgerufene Bedürfnis nach Trinkbarem, oder an ein Bedürfnis nach Sicherheit, um einen Mangel an Schlaf auszugleichen. Mancher dieser so genannten Grundbedürfnisse sind, obwohl von der menschlichen Natur vorgegeben, in ihrer Ausprägung scheinbar vom Umfeld abhängig, sei es das geographische, kulturelle, gesellschaftliche, soziale et cetera. Die Anforderungen an einen sicheren Unterschlupf sind in einer nördlichen Region im Winter andere als auf einer Südseeinsel. Andere Bedürfnisse sind dem Menschen scheinbar inhärent<sup>2</sup>, wie zum Beispiel die durch Metabolismus hervorgerufenen Bedürfnisse. Die Bedürfnisse trugen zweifellos durch das menschliche Verlangen, Gefühle des Mangels zu reduzieren oder zu beseitigen zur menschlichen Entwicklung bei. Der Entwicklung des Ackerbaus, neuer landwirtschaftlicher Methoden, fester Unterkünfte, aber auch des Theaters, der Schrift oder sozialer Gemeinschaft können auf Reduktionsversuche von Mängeln zurückgeführt werden. Die folgende Darstellung wird sich mit der Definition und Kategorisierung von Bedürfnissen auseinandersetzen. Die Theorien zweier bekannter Forscher auf diesem Gebiet mit teilweise sehr konträren Ansichten werden dabei behandelt werden. Die jeweiligen Kapitel beruhen hauptsächlich auf deren Hauptwerken.

<sup>1</sup> Arthur Schopenhauer: *Die Welt als Wille und Vorstellung*. Zürich 1977, S. 238.

<sup>2</sup> Ausgenommen vielleicht einige mystische Heilige und Fakire.

## Bedürfnisse hierarchisch

*“Human needs arrange themselves in hierarchies of pre-potency. That is to say, the appearance of one need usually rests on the prior satisfaction of another, more pre-potent need. Man is a perpetually wanting animal. Also no need or drive can be treated as if it were isolated or discrete; every drive is related to the state of satisfaction or dissatisfaction of other drives.”*<sup>3</sup>

Im Jahr 1943 publizierte Abraham Maslow in der Zeitschrift „Psychological Review“<sup>4</sup> einen Artikel, in dem er versuchte, die menschlichen Bedürfnisse hierarchisch darzustellen. Der Darstellung als eine Hierarchie liegt die Annahme zu Grunde, dass die niedrigeren Bedürfnisse zuerst gestillt werden müssen, damit die anderen Bedürfnisse entstehen können. Wenn sich die Situation andererseits so darstellt, dass man das Bedürfnis nach einem der weiter oben in der Bedürfnispyramide angeordneten Bedürfnisse verspürt, so verschwinden diese, sobald die weiter unten angeordneten Bedürfnisse verspürt werden. Das Grundprinzip lässt sich sehr gut an der Basis der Pyramide illustrieren, die durch die physiologischen Bedürfnisse („physiological needs“) gebildet wird. Maslow zählt zu den physiologischen Bedürfnissen die Bedürfnisse nach Trinken, Essen, Schlaf et cetera. Diese Bedürfnisse müssen nicht vollständig gestillt werden, um den anderen Bedürfnissen wieder eine dominantere Rolle einzuräumen, eine partielle Befriedigung genügt. Es ist dem Individuum aber nicht möglich ihr Auftreten zu negieren, da sie im Extremfall die Kontrolle über die Handlungen des Individuums übernehmen. Das Bedürfnis nach Schlaf lässt sich nur eine bestimmte Zeitspanne (die von Individuum zu Individuum leicht differieren kann) nicht berücksichtigen, danach werden sich Mangelerscheinungen, wie zum Beispiel verzögerte Reaktionsfähigkeit auftreten und in weiterer Folge wird das Individuum sprichwörtlich vom Schlaf übermannt werden und es wird einschlafen. Es erscheint klar, dass es dem Überleben des Individuums nur bedingt förderlich ist, wenn es sich davor nicht einen sicheren Unterschlupf sucht. Dies führt zur zweiten von Maslow definierten Stufe, den Sicherheitsbedürfnissen („safety needs“). Da auch diese, wie oben ersichtlich, für das Überleben des Individuums eine fast ebenso wichtige Rolle einnehmen wie die physiologischen Bedürfnisse kann die Suche nach Befriedigung der selbigen das Handeln des Individuums dominieren. Diese Bedürfnisse hängen teilweise mit der menschlichen Eigenschaft der versuchten Antizipation der Zukunft zusammen. Das Individuum versucht einen Zustand herbeizuführen, in dem die möglicherweise auftretenden Gefahren der Zukunft gemildert oder verhindert werden können.

<sup>3</sup> Abraham Maslow: *A Theory of Human Motivation*. In: *Psychological Review*, 1943, 50, 370-396.

<sup>4</sup> Maslow 1943.

Der Befriedigung dieses Mangels verdankt ein ganzer Wirtschaftszweig seine Entstehung und seine Umsätze, die Versicherungsbranche. Die nächste Stufe der Pyramide ist ebenfalls eng mit der vorherigen verzahnt, Maslow bezeichnet sie als „love needs“, in deutschen Übersetzungen wird oft der Ausdruck „soziale Bedürfnisse“ verwendet. Der Mensch in der so genannten westlichen Welt lebt unter üblichen Umständen in einer Umgebung, in der die ersten zwei Stufen der Pyramide eine gewisse Selbstverständlichkeit darstellen und auch die dritte Stufe in irgendeiner Form gegeben ist. Als Beispiele zur näheren Ausführung drängt sich daher eher ein historisches Beispiel auf. Dem Stauferkaiser Friedrich II. wurde zum Beispiel nachgesagt, dass er zwei Säuglinge ohne soziale Kontakte aufwachsen ließ, um die Ursprache zu finden, diese aber auf Grund des fehlenden sozialen Kontaktes nur eine kurze Zeitspanne überlebten. Unabhängig von der historischen Authentizität des Textes scheinen die Menschen doch der Meinung zu sein, dass ohne soziale Kontakte ein Leben nicht bzw. nur eingeschränkt möglich sei. Ein weiteres Beispiel für diese Ansicht stellt die in europäischen Ländern mögliche verschärfte Haft (Isolationshaft) dar, die nur temporal streng limitiert verhängt werden darf und als die härteste erlaubte Haftform gilt. Die bisher aufgezählten Bedürfnisse werden als Defizitbedürfnisse bezeichnet, ihre Befriedigung steht im Vordergrund, sobald sie auftreten. Wenn diese Bedürfnisse jedoch gestillt wurden, dann fehlt zumeist jegliche Motivation, sie weiter zu befriedigen, sie sind also gesättigt. Die folgenden zwei Stufen werden als Wachstumsbedürfnisse bezeichnet, ihre Sättigung ist nicht möglich, das Bedürfnis nach ihrer Befriedigung wächst mit dem Versuch ihrer Befriedigung. In dem Werk von 1943 zählt Maslow zwei Stufen auf, die zu den Wachstumsbedürfnissen gezählt werden. Die untere der beiden Stufen nennt er „esteem needs“, das Bedürfnis nach Anerkennung in der Gemeinschaft. Maslow zählt aber nicht nur das Bedürfnis nach Anerkennung in ihren verschiedenen Ausformungen zu dieser Stufe, sondern auch die Bedürfnisse nach Selbstachtung, Freiheit und Unabhängigkeit. Die letztgenannten Bedürfnisse können laut Maslow zu einer ähnlichen Reaktion führen wie die darunter liegenden Grundbedürfnisse, da sie als notwendig für die Sicherung dieser erachtet werden. Dies trifft vor allem auf die Freiheitsrechte zu, sowie auf Gerechtigkeit und Fairness. Die Spitze der Pyramide bildet schließlich das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung, im englischen Original als „need for self-actualization“ bezeichnet. Unter dieser Bezeichnung subsumiert er jene Bedürfnisse, die auftreten, wenn alle anderen Bedürfnisse befriedigt wurden. „What a man can be, he must be!“<sup>5</sup> nennt Maslow die Grundlage für diese Bedürfnisse. Maslow will diese von ihm aufgestellte Hierarchie aber nicht als eine starre Einheit verstanden wissen,

---

<sup>5</sup> Maslow 1943.



denn „It is true that most of the people with whom we have worked have seemed to have these basic needs in about the order that has been indicated. However, there have been a number of exceptions.“<sup>6</sup>

Zusammengefasst kann man also feststellen, dass Maslow eine Hierarchie der Bedürfnisse aufstellte, die nicht universal gilt. Die Bedürfnisse können sowohl von Kultur zu Kultur, von gesellschaftlichen Umfeld zu gesellschaftlichen Umfeld oder Individuum zu Individuum differieren. Eine weitere Eigenschaft der Bedürfnisse bei Maslow ist die Unmöglichkeit, diese vollständig zu stillen, sich zu einem bedürfnislosen Individuum zu entwickeln. Die partielle Stillung eines Bedürfnisses führt zum Entstehen von Bedürfnissen der nächsten Hierarchiestufe, deren letzte nicht vollständig stillbar erscheint. Das nächste Kapitel beleuchtet das Problem der Bedürfnisse aus einer anderen Sicht, der Sicht des Ökonomen Manfred Max-Neef<sup>7</sup>.

### **Bedürfnisse komplex**

*„Quality of life depends on the possibilities people have to adequately satisfy their fundamental human needs.“<sup>8</sup>*

Eine hierarchische Aufstellung der Bedürfnisse erscheint als Grundlage interessant, aber nicht unumstritten. Die Grundaussage, dass die Bedürfnisse unendlich sind und vom Umfeld abhängen, erscheint auf den ersten Blick wahrscheinlich für die meisten Menschen nachvollziehbar. Menschen, denen nachgesagt wird, wunschlos glücklich gewesen zu sein, werden meist als Idealtypen dargestellt, als unerreichbare Vorbilder, sei es Sokrates, Jesus oder Siddharta. Maslow bezieht sich in seinem Aufsatz immer wieder auf Arbeitsgruppen im Umfeld der Psychologie, an Hand deren Verhalten und Hilfe er die hierarchische Aufstellung entwickelte. Aber kann sich Verhalten nur von einem Blickwinkel aus erschließen? Ist es nicht möglich, dass der Blickwinkel Verhalten in gewisse Richtungen determiniert und dementsprechend interpretiert? Ein Ökonom könnte zum Beispiel einen Sachverhalt different zu einem Entwicklungshelfer interpretieren. Ein Ökonom versucht den Erfolg von Maßnahmen eines Staates an Hand von per definitionem objektiven Zahlen zu bewerten, zum Beispiel die Steigerung des BIP (Bruttoinlandsprodukt). Die Perspektive des Ökonomen ist gleichsam von oben herab auf den Staat. Es sind Szenarien denkbar, in denen die Steigerung des BIPs und so des Wohlstandes nur einer kleinen Zahl der Bevölkerung zu Gute kommt, während gleichzeitig

---

<sup>6</sup> Maslow 1943.

<sup>7</sup> Manfred Max-Neef: *Human scale development: conception, application and further reflections*. New York 1991.

<sup>8</sup> Max-Neef 1991, S. 16.

der Wohlstand einer größeren Gruppe sinkt. Zum Beispiel könnte die Maßnahme im Bau eines Brunnens bestanden haben, um einige Dörfer direkt mit Trinkwasser zu versorgen. Der Auftrag wurde durch eine Baufirma durchgeführt, deren Umsatz dadurch gesteigert wurde, welches sich im BIP niederschlägt, ebenso wie die Ausgaben der Arbeiter aus der Stadt, der Lieferanten et cetera. Die Wasserversorgung über einen nahen Fluss wurde bis dahin von der Dorfgemeinschaft wahrgenommen, ritualisiert und diente der Kommunikation im Dorf unter den Familien. Dieses Ritual ist jetzt gestört, der soziale Zusammenhalt der Gemeinschaft erleidet Schaden. In einem solchen Fall würde eine Maßnahme vom Ökonomen als erfolgreich bewertet werden, während sich für den Entwicklungshelfer vor Ort die Maßnahme als nicht erfolgreich darstellen könnte. Die Frage, ob hier wirklich eine erfolgreiche Bedürfnisbefriedigung stattgefunden hat ist nicht eindeutig zu beantworten bzw. eine Frage des Standpunktes. Der Ökonom Max-Neef konstatiert deswegen, dass „human needs are discerned differently, according to the ideological and disciplinary lens of the viewer“<sup>9</sup>. Die klassische ökonomische Berechnungsmethode für die Messung des Fortschrittes führt also nur bedingt zu allgemein gültigen Ergebnissen. Das Problem für diese Unschärfe liegt laut manchen Kritikern an der Definition und so an der Grundlage der Messung, man definiert zum Beispiel das BIP als „Wert aller Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft erwirtschaftet werden“<sup>10</sup>, oder das BSP (Bruttosozialprodukt) als: “[...] die Summe aller Güter und Dienstleistungen in der jeweiligen Landeswährung (zum Beispiel € oder US-\$), die in einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres hergestellt bzw. bereitgestellt werden.“<sup>11</sup>. Es wird bei den beiden Beispielen ein möglicher Kritikpunkt deutlich, die Basis. Den Berechnungen dienen Güter und Dienstleistungen als Basis, also Objekte. Das führt zu einer möglichen Lösung, und zwar der Veränderung der Basis. Indem man eine andere Basis wählt, zum Beispiel Subjekte, also die menschlichen Individuen, könnten die Ergebnisse allgemein anerkannter bzw. treffender sein. Der Ökonom Max-Neef wählt diesen Ansatz, um ein interdisziplinäres Konzept in seinem Werk „human scale development“ für die Fortschrittsmessung zu entwickeln, als Basis dienen in diesem Fall nicht Objekte, sondern Subjekte in Form der Verbesserung der Lebensqualität. Sein Ansatz unterscheidet sich nicht nur in der Basis für die Berechnung von Fortschritt bzw. Erfolg von seinen Vorgängern. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal stellt die Wahl eines interdisziplinären Ansatzes dar, um der Komplexität der Welt Rechnung zu tragen. Er versucht

---

<sup>9</sup> Max-Neef 1991, S. 14.

<sup>10</sup> Achim Pollert, u.a.: *Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag*. Mannheim<sup>4</sup> 2010.

<sup>11</sup> Pollert 2010.

also, die Aufgabenstellung nicht nur von einem spezialwissenschaftlichen Ansatz zu betrachten, sondern von möglichst vielen Seiten zu analysieren. Weitere Unterschiede zu seinen Vorgängern betreffen die Grundannahmen für die Bedürfnisbefriedigung.

Lebensqualität definiert Max-Neef über die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung. Deswegen schlägt er vor, die Verbesserung in der Lebensqualität als Indikator heranzuziehen. Womit er die Frage nach der Definition fundamentaler menschlicher Bedürfnisse zu klären hat. Bei der Klärung der Definition stellt Max-Neef fest, dass bisherige Klärungsversuche einem Missverständnis unterlagen. Diese Definitionsversuche erscheinen ihm unscharf, da sie keine Trennung zwischen den Bedürfnissen („needs“) und den Mitteln, die diese zu befriedigen („satisfiers“) versuchen bzw. befriedigen, vornahmen.

Die Bedürfnisse unterteilt Max-Neef in existentielle („existential“) und axiologische („axiological“) Bedürfnisse. Die existentiellen Bedürfnisse bilden vier Untergruppen, sein („being“), haben/besitzen („having“), tun („doing“) und interagieren/befinden („interacting“). Die axiologischen Bedürfnisse unterteilen sich in neun Unterkategorien. Diese werden in Subsistenz („subsistence“), Sicherheit und Schutz („protection“), Zuwendung/Liebe („affection“), Verständnis („understanding“), Teilnahme („participation“), Müßiggang („idleness“), Kreativität („creation“), Identität („identity“) und Freiheit („freedom“) genannt. Diese Einteilungen werden in einer Matrix dargestellt. Die Darstellung in Matrixform soll vor allem zwei wesentliche Punkte der Aufstellung veranschaulichen. Sie zeigt einerseits den nicht hierarchischen Aufbau der Bedürfnisse, das bedeutet, die jeweiligen Bedürfnisse werden nicht unterschiedlich bewertet. Andererseits soll sie den Systemcharakter der Bedürfnisse und deren Befriedigern darstellen. Die Kopfzeile der Matrix wird von den existentiellen, die Vorspalte von den axiologischen Bedürfnissen gebildet. In den Kreuzungspunkten der Zeilen und Spalten werden die jeweiligen „satisfiers“ eingetragen. Im Kreuzungspunkt der Subsistenz und des Habens/Besitzens findet sich zum Beispiel der Eintrag Nahrungsmittel (food). Das Bedürfnis nach Subsistenz benötigt (unter anderem) Nahrungsmittel, um befriedigt zu werden und um dies auch tun zu können, hat das Individuum das Bedürfnis nach Besitz derselbigen.

Die Matrix<sup>12</sup> sieht beispielsweise folgendermaßen aus:

	BEEING	HAVING	DOING	INTERACTING
SUBSISTENCE	Physical health, mental health, equilibrium	Food, shelter, work	Feed, procreate, rest, work	Living environment, social setting
PROTECTION	Care, adaptability, autonomy, equilibrium, solidarity	Insurance systems, savings, social security, health systems, rights, family, work	Cooperate, prevent, plan, take care of, cure, help	Living space, social environment, dwelling
UNDERSTANDING	Critical conscience, receptiveness, curiosity, astonishment, discipline, intuition, rationality	Literature, teachers, method, educational policies, communication policies	Investigate, study, experiment, educate, analyse, meditate	Settings of formative interaction, schools, universities, academies, groups, communities
PARTICIPATION	Adaptability, receptiveness, solidarity, willingness, determination, dedication, respect, passion, sense of humour	Rights, responsibilities, duties, privileges, work	Become affiliated, cooperate, propose, share, dissent, obey, interact, agree on, express opinions	Settings of participative interaction, parties, associations, churches, communities, neighbourhoods, family

Die Unterscheidung zwischen Bedürfnissen und Befriedigern führt zu wesentlichen Konsequenzen. Die Bedürfnisse verlieren durch diese Trennung ihren unendlichen, der jeweiligen Epoche entsprechenden, nicht vollständig auflistbaren Charakter. Sie sind also endlich, unveränderbar und daher definierbar. Das bedeutet aber nicht, dass die obige Auflistung alle Bedürfnisse auflistet. Die axiologischen Bedürfnisse können sich temporal erweitern. Max-Neef schließt nicht aus, dass in einer späteren Evolutionsphase die Matrix um ein Bedürfnis für „Transcendence“<sup>13</sup> erweitert werden wird. Die in der Matrix angeführten Bedürfnisse jedoch bestehen spätestens seit dem Entstehen des Homo Sapiens<sup>14</sup>.

Die Eigenschaften, die Maslow noch den Bedürfnissen zusprach, also Unendlichkeit,

<sup>12</sup> Vgl. Max-Neef 1991, S.32f.

<sup>13</sup> Max-Neef 1991, S. 27.

<sup>14</sup> Vgl. Max-Neef 1991, S. 27.

Abhängigkeit von der Umwelt und daher Veränderbarkeit schreibt Max-Neef den Befriedigern zu, denn die Bedürfnisse sind ja unveränderbar und höchstens erweiterbar. Diese Befriediger sind keine Produkte im Einzelnen, sondern sie sind das Wesensmerkmal der Kultur, das zeigt, wie in diesen mit den Bedürfnissen umgegangen wird. Die Art der Befriedigung wird durch drei Kontexte beeinflusst, in Hinblick auf sich selbst (der Eigenwelt), in Hinblick auf soziale Gruppen (der Mitwelt) und in Hinblick auf die Umwelt (der Umwelt).<sup>15</sup> Die Qualität, Intensität und die Kontexte sind temporal, lokal und modal abhängig.<sup>16</sup> Die Unterscheidung der verschiedenen Bedürfnisse und deren Befriedigern führt Max-Neef zu einer neuen Definition von Armut. Er definiert Armut grundsätzlich auch als Mangel. Aber durch die Aufgliederung von Bedürfnissen und Befriedigern meint er, dass man in diesem Zusammenhang nicht mehr von Armut als solches sprechen kann, sondern nur von „vielerlei Armut“<sup>17</sup>. Das Problem von „vielerlei Armut“ sieht er aber nicht (nur) im individuellen Mangel, sondern in den daraus entstehenden Pathologien, die die gesamte Gesellschaft befallen und beeinträchtigen. Eines der von ihm angeführten Beispiele betrifft die Arbeitslosigkeit, für die keine der im Moment bekannten Befriediger vulgo Systeme eine Antwort bieten können, die aber durch die Beeinträchtigung vieler Individuen auch die Gesellschaften negativ beeinflusst. Der Mangel an Befriedigern führt also nicht nur zu individuellen Mangel, sondern beeinflusst auch die Wirtschaft und die Politik negativ. Das führt zu einer seiner Hauptkonklusionen: „Any fundamental human need not adequately satisfied generates a pathology.“<sup>18</sup>

Die Befriediger werden noch in fünf<sup>19</sup> Untergruppen unterteilt werden, denn jeden Befriediger können charakteristische Eigenschaften eigen sein. Es gibt Befriediger („violation or destroyer“), die nicht nur nicht das Bedürfnis, das sie befriedigen sollen, zerstören, sondern auch noch die Befriedigung anderer Bedürfnisse negativ beeinflussen. Beispielsweise soll der Befriediger „Zensur“ die Sicherheit befriedigen. Des Weiteren verletzt er die Bedürfnisse des Verstehens, der Teilnahme, der Freiheit, des Schaffens und der Identität. Pseudo-Befriediger („pseudo-satisfier“) scheinen ein Bedürfnis nur zu befriedigen, sind aber nicht wirklich für die Befriedigung geeignet und können die Möglichkeit der Befriedigung des Bedürfnisses ausschalten.

Stereotypen können mit der Absicht kreiert werden, das Verstehen komplizierter Sachverhalte zu erleichtern. Die alleinige Nutzung von Stereotypen kann aber zu einem Schwarz-Weiß-Denken

<sup>15</sup> Vgl. Max-Neef 1991, S. 18.

<sup>16</sup> Vgl. Max-Neef 1991, S. 18.

<sup>17</sup> Im Englischen kann man einen Plural aus „poverty“ bilden („poverties“), im Deutschen ist das nicht möglich, da Armut keinen Plural hat.

<sup>18</sup> Max-Neef 1991, S. 23.

<sup>19</sup> Max-Neef 1991, S. 31.

führen, welches das Bedürfnis des Verstehens stört oder gar verhindert. Die nächste Untergruppe bilden die hemmenden Befriediger („inhibiting satisfiers“). Diesen ist zu Eigen, dass sie ein Bedürfnis exzessiv befriedigen und dadurch die Befriedigung anderer Bedürfnisse hemmen. Als Beispiel führt Max-Neef kommerzielles Fernsehen an, das die Erholung unterstützt.

Gleichzeitig hemmt es aber die Bedürfnisse des Verstehens, der Kreativität und der Identität. Die singulären Befriediger („singular satisfiers“) befriedigen ein einzelnes Bedürfnis und verhalten sich anderen Bedürfnissen gegenüber neutral. Meistens werden sie von Institutionen eingesetzt, sowohl von staatlichen, privaten, freiwilligen oder nicht-staatlichen Institutionen. Dazu zählt er beispielsweise die Entwicklungsprogramme, die die Grundexistenz sichern oder Versicherungssysteme, die das Bedürfnis nach Schutz befriedigen. Die letzte Gruppe wird als synergetische Befriediger („synergetic satisfiers“) bezeichnet. Diese befriedigen mindestens ein Bedürfnis und stimulieren gleichzeitig die Befriedigung anderer Bedürfnisse. Das Füttern von Kindern mit der Brust erfüllt einerseits das Existenzbedürfnis und fördert gleichzeitig die Bedürfnisse nach Schutz, Zuneigung und Identität des Kindes. Es liegt auf der Hand, dass die Entwicklung solcher Befriediger anzustreben ist.

Die beiden Ansätze von Abraham Maslow und Manfred Max-Neef unterscheiden sich in für ihre jeweilige Theorie ganz wesentlichen Punkten, wie der Frage nach der Endlichkeit oder Unendlichkeit der Bedürfnisse und der damit zusammenhängenden Frage nach der Möglichkeit der Enumeration der Bedürfnisse. Die Frage, ob man Bedürfnissen eine Wertigkeit zuschreiben kann unterscheidet die beiden Forscher ebenfalls. Die unterschiedlichen Antworten erfordern eine unterschiedliche Darstellungsweise. Einigkeit herrscht bei beiden in dem Punkt, dass die Existenzbedürfnisse auf Dauer für ein menschliches Leben nicht ausreichen. Ein zweiter Punkt der Überschneidung stellt die Tatsache dar, dass die Menschen meistens nicht nur einen Mangel fühlen, sondern mehrere und auch bestrebt sind, diese zu befriedigen. Der Ursache des Entstehens von Mängeln ist der nächste Abschnitt gewidmet.

### **Warum könnte Verteilung notwendig sein?**

*„Ganz allgemein gesprochen entsteht sie (die Knappheit) dadurch, dass wir von bestimmten Gütern deutlich mehr haben wollen, als uns davon gratis zur Verfügung steht!“<sup>20</sup>.*

Die menschlichen Individuen haben also Bedürfnisse, die sie versuchen zu stillen. Um die Stillung der meisten Bedürfnisse zu erreichen, sei es vollständig oder partial, benötigt das

---

<sup>20</sup> Ferry Stocker: *Spaß mit Mikro: Einführung in die Mikroökonomie*. München, Wien, Oldenburg<sup>6</sup> 2002, S. 9.

Individuum Ressourcen, die in der Volkswirtschaftslehre ganz allgemein als Güter bezeichnet werden. Diese Güter werden in knappe und nicht-knappe Güter unterschieden. Sauerstoff für die Atmung zum Beispiel stellt ein nicht-knappes Gut dar, wobei sich diese Zuteilung wieder ändern kann, wenn es sich um saubere Luft zum gesunden Atmen handeln soll, denn diese kann durchaus in manchen Gegenden knapp sein. Güter, die von Menschen produziert werden wiederum gelten in der Theorie immer als knapp, da nicht genug von ihnen produziert werden kann, um die Bedürfnisse aller zu befriedigen. Wenn es zu wenige Ressourcen gibt, um alle Bedürfnisse zu befriedigen, müssen die vorhandenen Ressourcen verteilt werden. In der Ökonomie spricht man diesbezüglich von Angebot und Nachfrage. Ein Hilfsmittel, um die Verteilung zu steuern stellt der von den Individuen den Gütern zugeschriebenen Wert dar. Ein Szenario, um dies zu veranschaulichen, wird meist in der Wüste angesetzt. Ein Mensch in der Wüste, dem jegliche Flüssigkeit zur Flüssigkeitsaufnahme fehlt, wird einem Glas Wasser einen ungleich höheren Wert zu messen als ein Einwohner Wiens. Es ist anzunehmen, dass der sich in der Wüste Befindliche bereit wäre, für Wasser so ziemlich alles einzutauschen, das er besitzt. Das Szenario veranschaulicht dreierlei. Einerseits, dass es möglich ist, den Wert, der einem Gut beigemessen wird, in anderen Tauschmitteln auszudrücken. Andererseits, dass zu den Faktoren, die diesen Wert beeinflussen, die dem Gut zugeschriebene Knappheit zählt. Und drittens, dass es für einen Tausch Besitz geben muss, den man gegenseitig tauschen kann. Der dem Gut zugeschriebene Wert kann zur Verteilung verwendet werden. In der westlichen Gesellschaft wird der Wert meist in einem allseits anerkannten Tauschmittel angegeben, und zwar in Geld. Vereinfacht dargestellt läuft die Verteilung über den Preis wie folgt ab. Für einen Tausch benötigt man mindestens zwei Teilnehmer, die jeweils eine Ressource ihr Eigen nennen. Wenn nun beide die jeweils andere Ressource erstehen wollen, findet ein Tausch statt. Dieses Modell wird in der Ökonomie als Markt bezeichnet. Wenn nun ein Teilnehmer eine Ressource besitzt, die viele andere Teilnehmer erstehen wollen, die jeweils die Ressource besitzen, die der einzelne Teilnehmer besitzen will, wird eine Art Wettkampf um die Ressource stattfinden. Der einzelne Teilnehmer wird versuchen, möglichst viele andere Ressourcen für die von ihm besessene Ressource zu erlangen und daher den Preis erhöhen. Auf diese Weise wird wohl derjenige die Ressource erlangen, der am Meisten von der anderen Ressource besitzt. Das zeigt eine grundsätzliche Schwäche der Verteilungsmöglichkeit über den Preis für manche Güter auf, denn es bevorzugt denjenigen, der viel von einer anderen Ressource besitzt. Wie oben bei den Bedürfnissen dargestellt gibt es Bedürfnisse, die notwendig sind, um die Existenz zumindest

rudimentär zu ermöglichen. Wenn die dafür notwendigen Ressourcen nur über die Preise verteilt werden, dann ist anzunehmen, dass es die Existenz für einen Teil der menschlichen Gesellschaft verunmöglichen würde, und zwar für denjenigen Teil, den aus welchen Gründen auch immer keine oder nur unzureichende Ressourcen für einen Tausch zur Verfügung stehen.

Der Mangel an Gütern, seien sie materiell oder immateriell entsteht durch die Endlichkeit der Welt und der dadurch bedingten Endlichkeit der Ressourcen. Die Endlichkeit der Ressourcen führt fast zwangsläufig zur Frage der Verteilung. Die Verteilung wird oft mit dem Paretoprinzip in Verbindung gebracht. Gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts untersuchte ein italienischer Wirtschaftswissenschaftler die Ressourcenverteilung in Italien. Dabei stellte er fest, dass 80 % der Ressourcen 20 % der Bevölkerung zur Verfügung standen und somit 80 % der Bevölkerung mit 20 % der Ressourcen auskommen mussten. Dieses Phänomen kann in vielen Bereichen beobachtet werden und wird daher das Paretoprinzip genannt. Das führt zur Frage, ob eine solche Verteilung gerecht ist oder abstrakter gesehen, ob Verteilung überhaupt ein Thema der Gerechtigkeit ist.

### **Verteilung = Gerecht?**

*„Bei Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit haben wir zu prüfen, im Bereiche welcher Handlungen sie sich entfalten, ferner, welche Art von Mitte die Gerechtigkeit ist und zu welchen Extremen das Gerechte ein Mittleres bildet.“<sup>21</sup>*

Nun kann man die Ansicht vertreten, dass dies eben der Lauf der Welt oder der Willen der Götter sei. Eine erhebliche Anzahl von diesbezüglich befragten Menschen wird aber wahrscheinlich antworten, dass sie eine solche Verteilung ungerecht finde. Das führt zur Frage, ab wann bzw. von wem der Begriff Verteilung mit Gerechtigkeit assoziiert wurde und ob diese beiden Begriffe überhaupt zusammenhängen. Die folgende Darstellung wird dieser Frage nachgehen und zuerst die historische Entwicklung der Verteilungsgerechtigkeit betrachten. Nach der Betrachtung der Entwicklung der Verteilungsgerechtigkeit werden drei moderne Konzepte der Verteilungsgerechtigkeit näher betrachtet. Die drei Konzepte werden gemeinhin mit drei Strömungen in Zusammenhang gebracht, dem Libertarismus, vertreten von Friedrich August von Hayek, dem Liberalismus, vertreten von John Rawls und dem Kommunitarismus, vertreten von Michael Walzer. Als Grundlage für die Ausführungen dienten verschiedene Werke über die Gerechtigkeit sowie die Übersetzungen der Werke der in der historischen Entwicklung genannten

---

<sup>21</sup> Aristot. NE V 1129a 3-19.



Philosophen. Die drei modernen Philosophen am Ende werden an Hand ihrer Hauptwerke betrachtet. Die heutige Gerechtigkeitsdebatte in Hinblick auf Verteilungsgerechtigkeit ist eng verbunden mit dem Namen John Rawls, der in den 70er Jahren mit seinem Werk „Theorie der Gerechtigkeit“ die Gerechtigkeitsdebatte wieder belebte und im Richtungsstreit dem Liberalismus zugeordnet wird. Michael Walzers Buch „Sphären der Gerechtigkeit“ war eine Antwort auf Rawls Werk. Am Beginn der Betrachtung der modernen Philosophen stehen die libertären Ideen, die an Hand der „Verfassung der Freiheit“ und „Der Weg zur Knechtschaft“ von Friedrich August von Hayek erläutert werden, die in den 1940er bzw. 1960er Jahren verfasst wurden. Zuerst aber ein Blick auf die historische Entwicklung des Begriffs der Verteilungsgerechtigkeit, der in drei Etappen eingeteilt ist. Am Beginn steht die Antike, vertreten durch Aristoteles, danach folgt eine kurze Betrachtung des Gesellschaftsvertrags, vertreten durch Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau. Die Betrachtung der historischen Entwicklung endet mit dem dritten Abschnitt über den Utilitarismus.

### **Ursprung der Verteilungsgerechtigkeit**

*„Denn wer unrecht tut, der bekommt zuviel, wer Unrecht erfährt bekommt zuwenig von dem in Frage stehenden Gut.“<sup>22</sup>*

Aristoteles war der erste, der den Begriff der Verteilungsgerechtigkeit aufbrachte. Zwar ist uns eine Beschäftigung mit dem Begriff der Gerechtigkeit als Tugend schon von Platon überliefert; auf eine Verteilungsgerechtigkeit ging er aber nicht ein. Aristoteles untersucht im fünften Buch der Nikomachischen Ethik die Ungerechtigkeit und die Gerechtigkeit. Ungerecht gilt für Aristoteles ein Mensch, der sich nicht an die Gesetze hält. Wobei unter dem Begriff Gesetz nicht nur die von Menschen geschaffenen Gesetze fallen, sondern auch zum Beispiel die Göttlichen. Der Begriff Gesetz ist somit weiter gefasst als heute. Die zweite Art der Ungerechtigkeit wird von denjenigen Menschen verübt, die die gleichmäßige Verteilung von Gütern und die bürgerliche Gleichheit missachten.

Die Gerechtigkeit zerfällt für Aristoteles in zwei Gruppen, der universalen<sup>23</sup> und der partikularen<sup>24</sup> Gerechtigkeit. Die universale Gerechtigkeit kommt der platonischen Idee der Gerechtigkeit nahe, in diesem Sinne ist sie eine Tugend, „Trefflichkeit in vollkommener Ausprägung“<sup>25</sup>. Die Novität der Aristotelischen Analyse ist aber seine Feststellung des

<sup>22</sup> Aristot. NE V 1131b 9 - 32.

<sup>23</sup> Elisabeth Holzleithner: Gerechtigkeit. Wien 2009, S. 22.

<sup>24</sup> Holzleithner 2009, S.22.

<sup>25</sup> Aristot. NE V 1129b 25 – 1130a 11.

Zwischenmenschlichen der Gerechtigkeit, denn „Vollkommen aber ist sie, weil der, welcher sie besitzt, diese Trefflichkeit nicht nur bei sich, sondern auch in der Beziehung zu anderen Menschen verwirklichen kann.“<sup>26</sup> Dies ist wesentlich für die partikulare Gerechtigkeit, die Aristoteles in zwei Grundformen unterteilt. Eine Grundform umfasst die vertragliche Beziehung zwischen den Menschen, insbesondere in Hinblick auf geschäftliche Beziehungen. In dieser ist es wesentlich, dass ein Austausch dann gerecht sei, wenn der Wert der getauschten Waren sich entspricht, also äquivalent ist. Die andere Grundform umfasst jene Gerechtigkeit, die sich mit der Verteilung beschäftigt. Diese ist „wirksam bei der Verteilung von öffentlichen Anerkennungen, von Geld und sonstigen Werten, die den Bürgern eines geordneten Gemeinwesens zustehen.“<sup>27</sup> Damit die Verteilung als gerecht bezeichnet werden kann, hängt von zwei Parametern ab. Das ist einmal die Gleichheit der Menschen, denn das Gleiche steht Gleichen zu, nicht Ungleichen, es steht also beispielsweise einem verdienten Bürger der Polis anderes zu als einem durchschnittlichen Bürger. Der zweite Parameter umfasst die „Angemessenheit“<sup>28</sup>, in dieser räumt Aristoteles die Schwierigkeit ein, dass die Angemessenheit umstritten sein kann und verschiedene Schichten diese verschieden interpretieren. Das Essentielle bei der Verteilungsgerechtigkeit sieht Aristoteles in der geometrischen Proportion, die in der Gerechtigkeit gegeben sein muss. Das Ungerechte dem gegenüber definiert er folgendermaßen: „Daraus folgt, dass (bei der ungerechten Verteilung) ein Glied (der Proportion) ungebührlich vergrößert, das andere verkleinert wird.“<sup>29</sup> Es gibt also grundsätzlich Unterschiede, was jedem zusteht, es muss aber in einem anerkannten Verhältnis stehen. Und es gibt Personen, auf die Gerechtigkeit nicht zutreffen kann, da sie nicht als vollwertige Menschen anerkannt werden, wie zum Beispiel Sklaven, Frauen et cetera.

### **Gesellschaftsvertrag**

*„Finde eine Form des Zusammenschlusses, die mit ihrer ganzen gemeinsamen Kraft die Person und das Vermögen jedes einzelnen Mitglieds verteidigt und schützt und durch die doch jeder, indem er sich mit allen vereinigt, nur sich selbst gehorcht und genauso frei bleibt wie zuvor.“<sup>30</sup>*

In der Neuzeit steht die Verteilungsgerechtigkeit<sup>31</sup> im Hintergrund, im Vordergrund steht die

<sup>26</sup> Aristot. NE V 1129b 25 – 1130a 11.

<sup>27</sup> Aristot. NE V 1130b 15 – 1131a 1.

<sup>28</sup> Aristot. NE V 1131a 21 – b 9.

<sup>29</sup> Aristot. NE V 1131b 9 - 32.

<sup>30</sup> Jean-Jaques Rousseau: *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundzüge des Staatsrechts*. Amsterdam 1762/ Stuttgart 1977, S. 17.

<sup>31</sup> Und die Gerechtigkeit als Tugend, aber diese ist für die vorliegende Untersuchung nur von sekundärer Bedeutung. Die Gerechtigkeit als Tugend führt im Diskurs bis heute eher ein Schattendasein. Vgl. Ernst

Tauschgerechtigkeit und das Eigentum<sup>32</sup>. Zudem wird die Idee eines Gesellschaftsvertrages geboren. Der erste Denker, der sich mit dieser Idee auseinandersetzt ist Thomas Hobbes. Thomas Hobbes<sup>33</sup> sieht am Beginn der Menschheit, im Naturzustand, den Kampf jeder gegen jeden, verursacht durch seinen Selbsterhaltungstrieb. Der Menschheit blieb als Ausweg nur der Zusammenschluss unter dem Vorzeichen der Aufgabe der individuellen Souveränität. Der Gesellschaftsvertrag, der dabei geschlossen wurde, beinhaltet als Preis für die Aufgabe der Souveränität den Schutz des Einzelnen. Der Souverän selbst steht bei Hobbes außerhalb des Gesellschaftsvertrages und ist daher nicht an ihn gebunden, wobei der gute Souverän diese Stellung nicht ausnützt. Der Souverän setzt die Gesetze Kraft seines Gewaltmonopols durch, sein Hauptinteresse ist der Erhalt des Staates. Er wäre in dieser Aufgabe eingeschränkt, wäre er Teil des Gesellschaftsvertrags.

John Locke<sup>34</sup> sieht als Grundlage des Gesellschaftsvertrags das Entstehen des Eigentums und dessen Schutz. Im Naturzustand sammelten die Menschen Nahrungsmittel, und es ist legitim, soviel davon zu besitzen, wie man verbrauchen kann, illegitim ist das Horten von Gütern, die verderben. Dies ändert sich mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft, da Geld nicht verdirbt, dadurch kann man mehr anhäufen, als man benötigt, ohne in den Bereich der Illegitimität abzugleiten. Die mögliche Anhäufung von Geld fördert das Entstehen von Ungleichheit, die in der Folge in kriegerische Auseinandersetzungen mündet. Um diesem Zustand zu entgehen schließen die Menschen einen Gesellschaftsvertrag, der bei Locke im Gegensatz zu Hobbes nicht mit einer vollständigen Aufgabe der Souveränität der Bürger einhergeht. Der Souverän hat die Aufgabe, das Leben, die Freiheit und das Eigentum zu schützen. Die Bürger besitzen ein Widerstandsrecht, sofern der Souverän gegen diese Aufgabe verstößt. Um die Macht des Souveräns zu begrenzen führt Locke die Gewaltenteilung ein.

Auch Jean-Jacques Rousseau geht vom Naturzustand aus und auch bei ihm führt das Eigentum zum Zusammenschluss. Aber im Gegensatz zu Locke sieht er Eigentum kritischer. „Der Erste, welcher ein Stück Landes umzäunte, sich in den Sinn kommen ließ zu sagen, dieses ist mein, und einfältige Leute antraf, die es ihm glaubten, der war der wahre Stifter der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viel Laster, wie viel Krieg, wie viel Mord, Elend und Gräuel, hätte einer nicht verhüten können, der die Pfähle ausgerissen, den Graben verschüttet, und seinen Nebenmenschen zugerufen hätte, „Glaubet diesem Betrüger nicht; ihr seid verloren, wenn ihr

---

Tugendhat: *Vorlesungen über Ethik*. Frankfurt am Main 1993.

<sup>32</sup> Vgl. Holzleithner 2009, S. 28.

<sup>33</sup> Vgl. Thomas Hobbes: *Leviathan*. London 1651/ Stuttgart 1986.

<sup>34</sup> Vgl. John Locke: *Zwei Abhandlungen über die Regierung*. London 1689/Frankfurt am Main 1977.

daran vergesst, dass die Früchte euch allen, der Boden aber niemanden, zugehöre;<sup>35</sup>. Die Aufgabe des Gesellschaftsvertrages sieht er darin, dem Gemeinwillen Ausdruck zu verleihen, indem die Bürger in allen politischen Belangen mitreden und mitentscheiden.

Gemein ist den Abhandlungen über den Gesellschaftsvertrag, dass die Menschen sich zusammenschließen, um einen Staat zu gründen und einen Gesellschaftsvertrag eingehen. Durch diesen Gesellschaftsvertrag wird ein Souverän beauftragt, sich um das Wohl des anderen Vertragspartners zu kümmern, diesen zu beschützen und daher für eine gewisse Umverteilung zu sorgen.

## Utilitarismus

*„In the golden rule of Jesus of Nazareth, we read the complete spirit of the ethics of utility. To do as one would be done by, and to love one's neighbour as oneself, constitute the ideal perfection of utilitarian morality.“<sup>36</sup>*

Ein Zeitgenosse Jean-Jacques Rousseaus gab den Impuls für ein Gerechtigkeitstheorem, das soziale Ziele definiert. David Hume<sup>37</sup> brachte den Nützlichkeitsgedanken in die Diskussion ein. Jeremy Bentham<sup>38</sup> griff diesen Gedanken auf und gilt heute als einer der Begründer des Utilitarismus. Ein wesentlicher Punkt des Utilitarismus stellt dessen Fokus auf die Konsequenz einer Handlung dar. Das führt kombiniert mit dem Nützlichkeitsgedanken bei Bentham zum Prinzip<sup>39</sup> des größten Glücks der größten Zahl. Eine Handlung gilt also dann als gut, wenn die Vorteile für eine Mehrheit die Nachteile überwiegen und so zum Wohlergehen der Mehrheit beitragen. Das Wohlergehen definiert Bentham über das Empfinden von „Lust/Wohlergehen“<sup>40</sup> bzw. der Abwesenheit von „Unlust/Schmerz“<sup>41</sup>. Das Überwiegen des Einen oder Anderen vermeint Jeremy Bentham durch eine rechnerische Gegenüberstellung erkennen zu können, also unter rein quantitativen Aspekten. Sein Nachfolger und Schüler John Stuart Mill bringt auch einen qualitativen Aspekt in die Kalkulation ein. Bentham berechnete<sup>42</sup>, dass eine Ressourcenverteilung sinnvoll wäre. Ein Ausgleich der Ressourcen zwischen den gesellschaftlichen Schichten würde eine Wohlfahrtssteigerung bewirken und wäre daher im

<sup>35</sup> Jean-Jacques Rousseau: *Diskurs über die Ungleichheit/Discours sur l'inégalité*. Amsterdam 1755/Weimar 2000, S. 141.

<sup>36</sup> John Stuart Mill: *Utilitarianism*. London 1879/Stuttgart 1976, S. 52.

<sup>37</sup> Vgl. David Hume: *Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral*. Oxford 1777/Stuttgart<sup>3</sup> 2002.

<sup>38</sup> Vgl. Jeremy Bentham: *Introduction to the Principles of Morals and Legislation*. London 1780.

<sup>39</sup> Vgl. Herlinde Pauer-Studer: *Einführung in die Ethik*. Wien 2003, S. 32.

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Vgl. Manfred Füllsack: *Leben ohne zu arbeiten?* Berlin 2002, S. 84.

Sinne des Utilitarismus.

### **Distribution kann nicht gerecht sein**

*„Wir werden uns zuerst der Frage des Inhalts (genauer: der Inhaltslosigkeit) des Ausdrucks „soziale Gerechtigkeit“ zuwenden und erst danach die Wirkungen erwägen, die das Bemühen um Einführung irgendeines vorgefassten Verteilungsschemas für die Struktur der betroffenen Gesellschaft haben muss.“<sup>43</sup>*

Der Ökonom Friedrich August von Hayek sieht keine Möglichkeit, dass es so etwas wie eine Verteilungsgerechtigkeit gibt, sein Interesse liegt im Tausch. Eine etwaige Verteilung erfolgt einfach durch den Tausch am Markt, an dem jeder Marktteilnehmer partizipiert und das ihm zustehende erhält. Jeglicher Versuch einer Institution in das Marktgeschehen einzugreifen führt in Friedrich August von Hayeks Augen zur Unfreiheit, wie er in seinem Werk „Der Weg zur Knechtschaft“<sup>44</sup> darlegt. Die Distribution am Markt erfolgt an Hand der Preise eines Gutes. Eine Institution kann niemals alle Informationen besitzen, die für einen Eingriff relevant sind, dies kann nur der Markt. Da Angebot und Nachfrage einen Preis bestimmen enthält er alle relevanten Informationen. Denn am Markt werden alle Angebote und Nachfragen akkumuliert. Ein anderer Verteilungsmechanismus ist daher nicht notwendig. Das Modell des Marktes baut auf dem Menschenbild des „homo oeconomicus“ auf, also eines Menschen, der nur nach rationalen Gesichtspunkten für seinen Vorteil handelt. Dieser würde am Markt das für ihn vorteilhafteste Angebot für seine Bedürfnisbefriedigung suchen und nachfragen oder falls er kein für ihn günstiges Angebot am Markt findet, dass Produkt nach Möglichkeit substituieren. Die Anbieter, deren Angebot nicht auf eine Nachfrage trifft, werden ihr Angebot anpassen oder falls dies für sie nicht vorteilhaft möglich ist, Güter anbieten, die ihnen einen Vorteil versprechen. Der Markt also regelt die Verteilung gerecht und unabhängig durch die rein auf den eigenen Vorteil bedachten Individuen.

Bei den oben angeführten Beispielen werden aber auch mögliche Einschränkungen des Marktes ersichtlich. Da sind beispielsweise die Marktteilnehmer, die trotz besseren möglichen Wissens wahrscheinlich nicht immer wie ein „homo oeconomicus“ agieren. Ein anderer augenscheinlicher möglicher Kritikpunkt stellt der sogenannte Schweinezyklus dar, den Arthur

---

<sup>43</sup> Friedrich A. von Hayek/Manfred E. Streit (Hsg.): *Recht, Gesetz und Freiheit: eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie*. In *Gesammelte Schriften in deutscher Sprache*. Band 4: Rechtsordnung und Handelsordnung. Aufsätze zur Ordnungsökonomik. Tübingen 2003, S. 219.

<sup>44</sup> Vgl. Friedrich A. von Hayek: *Der Weg zur Knechtschaft*. München 2009.

Hanau<sup>45</sup> beschrieb und der seitdem auch im übertragenen Sinne in der Volkswirtschaft verwendet wird. In der Grundannahme produzieren Landwirte weniger Schweine, als die Konsumenten verbrauchen wollen. Die Nachfrage übertrifft also das Angebot, die Preise für Schweinefleisch steigen. Die Landwirte wollen also mehr Schweine produzieren, um an den hohen Preisen zu partizipieren und stellen auf Schweinezucht um. Aber Schweine kann man nicht von heute auf morgen produzieren, die Produktionssteigerung schlägt sich erst in der nächsten Periode nieder. In dieser trifft ein zu großes Angebot von Schweinefleisch auf zu wenig Nachfrage, die Preise für Schweinefleisch sinken gezwungenermaßen, die Produktion von Schweinefleisch rentiert sich kaum noch. Daher werden wieder weniger Schweine produziert und man gelangt wieder an den Beginn der Beschreibung. Dieses Beispiel illustriert, dass auch ein theoretisch vollkommener Markt nicht zwangsläufig optimal verteilt.

### **Grundsätze für eine gerechte Distribution**

*„Der Leitgedanke ist vielmehr, dass sich die ursprüngliche Übereinkunft auf die Gerechtigkeitsgrundsätze für die gesellschaftliche Grundstruktur bezieht. Es sind diejenigen Grundsätze, die freie und vernünftige Menschen in ihrem eigenen Interesse in einer anfänglichen Situation der Gleichheit zur Bestimmung der Grundverhältnisse ihrer Verbindung annehmen würden.“<sup>46</sup>*

John Rawls führt die Tradition von Hobbes, Locke und Rousseau der Beschreibung eines Urzustandes fort. Die Menschen in diesem Zustand haben gemeinsame Interessen und bilden eine Gesellschaft zur Zusammenarbeit mit dem Ziel des gegenseitigen Vorteils. Doch gibt es innerhalb der Gesellschaft nicht nur das gemeinsame Interesse an einem besseren Leben, sondern auch Konfliktpotentiale. Diese Konfliktpotentiale bestehen im Streben der einzelnen Individuen nach einem möglichst hohen Gewinn. „Man braucht also Grundsätze, um zwischen den verschiedenen Gesellschaftsordnungen zu entscheiden, die diese Verteilung der Güter bestimmen, und um eine Übereinkunft über die richtigen Anteile zustande zu bringen.“<sup>47</sup> Der Begriff Gerechtigkeit betrifft bei Rawls die Verteilungsgerechtigkeit. Der Urzustand dient bei Rawls zur Aufstellung gerechter Grundsätze und somit einer gerechten Verteilung unter fairen Bedingungen. Das Problem des Strebens nach Eigennutz, durch die bei der Aufstellung der

---

<sup>45</sup> Vgl. Arthur Hanau: *Die Prognose der Schweinepreise*. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 7, Berlin 1928.

<sup>46</sup> John Rawls: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main<sup>1</sup> 1979, S. 28.

<sup>47</sup> Rawls 1979, S. 149.

Grundsätze der Gerechtigkeit Beteiligten, versucht er durch den „Schleier des Nichtwissens“<sup>48</sup> zu lösen. Dieser Schleier bewirkt, dass die Beteiligten nicht wissen, „wie sich die verschiedenen Möglichkeiten auf ihre Interessen auswirken würden“<sup>49</sup> und sie daher objektiv beurteilen müssen. Dieser Schleier verhindert jegliche Kenntnisse von Tatsachen, die das Urteil beeinflussen könnten, wie beispielsweise den jetzigen oder zukünftigen sozialen Status, persönliche Eigenschaften, die persönliche Lebensplanung oder auch die persönliche Vorstellung vom Guten. Durch diese Prämissen soll erreicht werden, dass nur objektive Argumente ein Urteil über ein Verteilungssystem entscheiden. Es sind zwei Grundsätze, auf die sich die Menschen im Urzustand in Rawls Meinung einigen würden. Der erste Grundsatz lautet: „Jedermann soll gleiches Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist.“<sup>50</sup> und der zweite Grundsatz: „Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass (a) vernünftigerweise zu erwarten ist, dass sie zu jedermanns Vorteil dienen, und (b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offen stehen.“<sup>51</sup> Unter dem Begriff Freiheiten subsumiert Rawls die folgenden Grundfreiheiten: das aktive und passive Wahlrecht, Rede- und Versammlungsfreiheit, Gewissens- und Gedankenfreiheit, die Unverletzlichkeit der Person, das Besitzrecht und Schutz vor behördlicher Willkür. Der erste Grundsatz ist höher zu bewerten als der zweite Grundsatz, das soll dem Schutz des ersten Grundsatzes dienen, damit dieser nicht durch wirtschaftliche oder gesellschaftliche Vorteile ausgehebelt werden kann. Rawls gesteht zu, dass die beiden Grundsätze recht speziellen<sup>52</sup> Inhalts sind und formuliert die allgemeinere Gerechtigkeitsvorstellung folgendermaßen: „Alle sozialen Werte – Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung – sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht.“<sup>53</sup>

---

<sup>48</sup> Rawls 1979, S. 159.

<sup>49</sup> Rawls 1979, S. 159.

<sup>50</sup> Rawls 1979, S. 81.

<sup>51</sup> Ebd.

<sup>52</sup> Vgl. Rawls 1979, S. 82.

<sup>53</sup> Rawls 1979, S. 83.

**Distributionsgerechtigkeit entzieht sich der einfachen Analyse**

*„Wenn wir die sozialen Bedeutungen von zur Verteilung gelangenden Sozialgütern respektieren wollen, dann dürfen wir ihre Verteilung nicht koordinieren, dürfen wir sie nicht anordnen, weder im Verweis auf eine allgemeine Glückseligkeit noch auf irgend etwas anderes. Herrschaft lässt sich nur dann ausschließen, wenn soziale Güter nach je spezifischen „internen“ Sach- und Vernunftgründen verteilt werden.“<sup>54</sup>*

Die Initialzündung für die „Sphären der Gerechtigkeit“ bildete eine gemeinsame Lehrveranstaltung<sup>55</sup>, die die Form eines Streitgespräches mit Professor Nozick hatte, der damals in der libertären Tradition stand, vergleichbar den Positionen Hayeks. Ebenfalls Einfluss auf das Werk hatte Rawls „Theory of Justice“, dessen Theorie Michael Walzers Ansichten widerspricht. Michael Walzer sieht die Distribution, im Sinne der Verteilung und des Tausches, als den Grund eines gemeinschaftlichen Zusammenschlusses. Die daraus entstehende distributive Gerechtigkeit betrifft sowohl das Haben, wie das Sein und das Tun. Die Pluralität der verschiedenen Aspekte der distributiven Gerechtigkeit führen zu einer Pluralität von Distributionsverfahren, -agenten und -kriterien. Diese Pluralität und deren Komplexität lässt keine einfache Antwort für ihre einheitliche Lösung oder auch nur Bewertung zu. Die Idee des Naturzustandes von John Rawls kritisiert er als zu hypothetisch. Er gesteht ihm zu, dass sie im Rahmen des Naturzustandes und innerhalb des Schleiers der Unwissenheit so wie von John Rawls angenommen entscheiden würden. Aber diese Situation erscheint Michael Walzer unpraktikabel. Michael Walzer sieht das Problem der Entscheidung für ein gerechtes Distributionssystem nicht so sehr in den Partikularinteressen der Individuen, vielmehr in deren historischen, kulturellen und sozialen Kontext. Dass eine Entscheidung ohne einen, und sei es nur unbewussten Rückgriff auf den gesellschaftlichen Kontext erfolgt, hält Michael Walzer für sehr unwahrscheinlich. Distribution kann nicht singular erklärt oder analysiert werden. Ein Hindernis für die singuläre Analyse stellt die Tatsache dar, dass es kein universales Tauschmittel gibt. Geld mag zwar vielen Menschen als solches erscheinen, aber es war dies nicht in allen Zeiten und nicht alles ist gegen Geld eintauschbar, also erwerbbar. Welche Güter gegen Geld als eintauschbar gelten wird von der Gesellschaft, also den Menschen selbst bestimmt. Die Wichtigkeit des Marktes in Bezug auf die Distribution stellt Michael Walzer nicht in Frage, aber die allumfassende Lenkung wurde bisher nie dem Markt überlassen. Auf der anderen Seite gab es auch noch nie in der Geschichte

---

<sup>54</sup> Michael Walzer: *Sphären der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main 2006, S. 22.

<sup>55</sup> Walzer 2006, S. 23.



der Menschheit einen Zeitpunkt, in dem die Regeln des Marktes vollständig außer Kraft gesetzt waren und die Distribution vollständig zentral gelenkt vollzogen wurde. In der Geschichte der Menschheit gab es bisher auch noch nie ein Kriterium bzw. eine Kombination von Kriterien, die die Ansprüche an die Distribution regelten, vielmehr herrschte immer eine Kombination von vermischten und nicht klar abgegrenzten Kriterien vor. Daher lehnt Michael Walzer auch die Suche nach einer singulären Erklärung für die Distribution als nicht zielführend ab.

Um die Analyse durchzuführen bedarf es zuerst einer Theorie der Güter. „Menschen verteilen Güter an (andere) Menschen.“<sup>56</sup>. Diese Aussage greift aber zu kurz, sie entspricht nicht der gelebten Praxis. Daher erweitert Michael Walzer den Güterbegriff und definiert Güter folgendermaßen: „Menschen ersinnen und erzeugen Güter, die sie alsdann unter sich verteilen.“<sup>57</sup>. Diese Definition ist insofern passender, da sie den Prozess der Herstellung der Güter beinhaltet, denn diese stehen in Relation zu den Gedanken über die Güter. Die Beziehung zwischen Menschen und Gütern sieht Michael Walzer als referentiell, sie beeinflussen sich gegenseitig. Daraus folgt für Michael Walzer, dass es sich bei allen Gütern die der distributiven Gerechtigkeit unterliegen, um soziale Güter handelt. Der Umgang mit den sozialen Gütern prägt die Identität der Menschen, wobei dies nicht auf alle Güter zutrifft, sondern auf ein spezielles Set von Gütern, die die Identität konstituieren. Die Bedeutung, die Güter für die Menschen einnimmt, ist vom sozialen Kontext abhängig. Dies trifft auch auf die Grundnahrungsmittel zu, wie Michael Walzer am Beispiel des Brotes<sup>58</sup> aufzeigt. Brot kann sowohl die Bedeutung des Grundnahrungsmittels einnehmen, aber beispielsweise auch religiöse Bedeutung besitzen wie im Christentum. Die Stellung, die die zu verteilenden sozialen Güter in der Gesellschaft einnehmen bestimmt das Konzept einer gerechten Verteilung innerhalb der Gesellschaft. Die Bedeutung, die einem Gut beigemessen wird, sagt aus, wie es verteilt werden sollte. Diese Bedeutungen unterliegen dem historischen Wandel und daher auch die Praktiken der Distribution. Das bedeutet aber in letzter Konsequenz, dass sich die Güter autonom verhalten und eine eigene Distributionssphäre schaffen. Die Distributionssphären können analysiert werden, nur innerhalb dieser ergeben Distributionspraktiken Sinn.

Der gemeinsame Nenner der verschiedenen Theorien zur Verteilungsgerechtigkeit ist eigentlich nur, dass es Verteilung gibt und dass diese gerecht erfolgen kann. Überschneidungen gibt es auch im Bereich, dass eine Institution bei der Verteilung helfen kann. Der Umfang dieser Hilfe und

---

<sup>56</sup> Walzer 2006, S. 30.

<sup>57</sup> Walzer 2006, S. 31.

<sup>58</sup> Vgl. Walzer 2006, S. 34.

deren Aufgaben sind aber bereits wieder stark umstritten. Zwei der Philosophen werden im Laufe dieser Arbeit nochmals zu Wort kommen, wenn es um die genauere Definition der Aufgaben einer solchen Institution geht.

### **Profane Gedanken führen zur gerechten Distribution?**

*„Öfter scheint ihnen (den gesellschaftlichen Umverteilungsordnungen) ganz profanes ökonomisches Profitdenken zugrunde zu liegen, dessen Resultat freilich dann in der Geschichtsschreibung nicht selten als „Sieg der Vernunft“ oder der „Moral“ gefeiert worden ist.“<sup>59</sup>*

Doch es gibt auch noch andere Möglichkeiten, warum es zur Verteilung kommen kann, abseits vom philosophischen Gedanken des gerechten Handelns. Eine davon berührt ein Menschenbild, dass sich zeitweise großer Beliebtheit erfreut, das des homo oeconomicus. In der zweiten Möglichkeit wird untersucht werden, ob kooperatives Handeln nicht zu optimaleren Ergebnissen führt als das klassische Bild des homo oeconomicus. Für diese Untersuchung wird die Spieltheorie zur Unterstützung der Analyse herangezogen. Der erste Teil stützt sich vor allem auf ein Kapitel des Buches „Leben ohne zu arbeiten?“ von Manfred Füllsack, während dem zweiten Teil Werke über die Spieltheorie zu Grunde liegen, darunter das Lehrbuch „Gleichzeitige Ungleichzeitigkeiten“, auch von Manfred Füllsack und Untersuchungen von Karl Siegmund zur evolutionären Spieltheorie. Am Beginn des zweiten Teiles steht eine Einführung in die Grundlagen der Spieltheorie, weil diese wahrscheinlich nicht allen Lesern als Analysewerkzeug ein Begriff ist.

Einer der Gründe, die Manfred Füllsack für die Distribution anführt ist „profanes ökonomisches Profitdenken“<sup>60</sup>. Tatsächlich lassen sich Maßnahmen für Transferleistungen in der Geschichte mit Profitdenken als Ursache interpretieren. Da sind beispielsweise die britischen „Speenhamland laws“, in denen festgelegt wurde, dass bedürftige Landarbeiter arbeitsunabhängig unterstützt werden sollten. Die Höhe der Unterstützung orientierte sich am Brotpreis. Der Hintergrund dieser Maßnahme war die davor stattfindende Abschaffung des Gemeindelandes und Einzäunung durch die Großgrundbesitzer. Die Einzäunung diente dem Zweck, die Landwirtschaft zu kommerzialisieren, da davor von den Landwirten vor allem für den Eigenbedarf produziert worden war. Die bedürftigen Landarbeiter mussten sich in den Erntezeiten, sofern sie ihren Lohn aufbessern wollten, als Tagelöhner verdingen. In den Zeiten zwischen den Anstellungen als

---

<sup>59</sup> Füllsack 2002, S. 85f.

<sup>60</sup> Füllsack 2002, S. 85ff.

Tagelöhner waren sie auf die Unterstützung angewiesen, die die Großgrundbesitzer so auf die Allgemeinheit abschoben. Eine Folge dieser Maßnahme war die Abhängigkeit weiterer Bevölkerungsteile von den Großgrundbesitzern. Grundsätzlich ist dazu anzumerken, dass eine Distribution zumindest aus Sicht der Schichten Sinn macht, die Unternehmen besitzen bzw. an diesen beteiligt sind, denn diese Unternehmen benötigen einen Absatzmarkt, also Käufer. Wenn es großen Teilen der Bevölkerung finanziell so schlecht geht, dass sie nur rudimentärste Bedürfnisse stillen können, dann fallen diese als Konsumenten aus. Produzierende Firmen stellen aber umso günstiger her, desto höher die Anzahl der hergestellten Produkte ist, da diese den Anteil der Fixkosten auf eine größere Menge verteilen und somit die Herstellungskosten sinken. Es liegt daher tatsächlich im ökonomischen Eigeninteresse der oft genannten „besitzenden“ Klasse, für ein gewisses Wohlstandsniveau gesorgt zu haben, vor allem, wenn die Kosten für dieses sozialisiert werden. Ökonomische Interessen erstrecken sich aber nicht nur auf Individuen als Konsumenten, sondern auch als Produzenten. Die Individuen, die konsumieren, werden auch für die Herstellung der Güter benötigt. So tragen Unternehmer und arbeitende und konsumierende Bevölkerung zu einem steigenden Wohlstandsniveau bei. Adam Smith meinte dazu „Und er wird in diesem wie auch in vielen anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat. Auch für das Land selbst ist es keineswegs immer das schlechteste, dass der einzelne ein solches Ziel nicht bewusst anstrebt, ja, gerade dadurch, dass er das eigene Interesse verfolgt, fördert er häufig das der Gesellschaft nachhaltiger, als wenn er wirklich beabsichtigt, es zu tun.“<sup>61</sup>. Um den Herstellungsprozess gewährleisten zu können ist es oft notwendig, die benötigten Personen speziell auszubilden. Auch die notwendige Infrastruktur und stabile Verhältnisse sind Voraussetzungen für eine möglichst gewinnmaximierende Produktion. Um diese Zustände zu erreichen erscheint eine Distributionsordnung notwendig.

### **Kooperation als Vorteil?**

*„The basic problem that Cooperation Theory addresses is the common tension between what is good for the individual actor in the short run, and what is good for the group in the long run.“<sup>62</sup>*

Die Spieltheorie wird unter anderem verwendet, um soziales Verhalten und den ihnen zu Grunde liegenden Entscheidungen aufzuzeigen und zu begründen. Ihr Ursprung liegt in der Mathematik, die moderne Spieltheorie geht auf ein Werk von John von Neumann und Oskar Morgenstern

<sup>61</sup> Adam Smith: *Der Wohlstand der Nationen*. London 1776/München<sup>8</sup> 1999, S. 371.

<sup>62</sup> Robert Axelrod: *On Six Advances in Cooperation Theory*. Michigan Januar 2000, S.3.

zurück, das den Titel „The Theory of Games and Economic Behavior“<sup>63</sup>. Wie der Titel bereits aussagt, verband dieses Werk die mathematische Spieltheorie bereits mit einem der Mathematik nicht unbedingt verwandten Fachgebiet, der Ökonomie. Das wahrscheinlich bekannteste Beispiel der Spieltheorie stellt das Gefangenendilemma dar. Bevor aber das Spiel betrachtet werden kann, empfiehlt es sich, zuerst einige Grundbegriffe der Spieltheorie zu klären. Es gibt verschiedene Kriterien, wann ein Spiel als eine gute Strategie bewertet wird. Eines der Bewertungskriterien ist das sogenannte Nash-Gleichgewicht.

### Spieltheorie und Nash-Equilibrium

*„The main mathematical result is the proof of the existence in any game of at least one equilibrium point.“<sup>64</sup>*

Das Nash-Gleichgewicht ist nach dem Spieltheoretiker John Nash benannt, der für seine spieltheoretischen Ergebnisse den Nobelpreis für Ökonomie erhielt. Teile seines Lebens wurden in dem Film „A beautiful mind“ verfilmt. In diesem Film kommt auch eine Szene vor, in der versucht wird, das Nash-Gleichgewicht zu erläutern, wenn auch fehlerhaft<sup>65</sup>. Die Szene spielt in einer Bar, die von John Nash und drei seiner Studienkollegen gemeinsam besucht wird. Die Bar wird auch von fünf attraktiven Frauen besucht. Eine der fünf Frauen ist allerdings von herausragender Schönheit und wird auch von allen vier Studenten so klassifiziert. Daher ruft einer der vier Studenten zu einem Wettkampf um die Schönheit auf. Der Vorschlag wird von zwei der drei Kommilitonen begeistert angenommen. Bevor sie aber den Wettkampf beginnen können hält John Nash, der vierte Student, die anderen drei zurück. Er weist sie darauf hin, dass dieser Wettkampf zu einem suboptimalen Ergebnis führen würde. Denn die Schönheit würde einen der vier wählen, die anderen drei aber würden leer ausgehen. Mit den anderen vier attraktiven Frauen könnten sie nicht mehr rechnen, denn diese würden sich als zweite Wahl fühlen und daher den Flirtversuchen der von der Schönheit Abgewiesenen abgeneigt gegenüberstehen. Die beste Strategie wäre daher, wenn die vier sich auf je eine der attraktiven Frauen einigen würden und dann mit dieser flirten würden. Die Schönheit sollten sie nicht weiter beachten. Die gewählte Strategie wäre also, dass sich die vier Studenten um die vier attraktiven Frauen bemühen. An dieser Stelle unterlief dem Verfasser des Drehbuchs ein Fehler. Das Nash-Gleichgewicht besagt, dass kein Spieler den Anreiz hat einseitig seine Strategie zu wechseln, da

<sup>63</sup> John von Neumann, Oskar Morgenstern: *The Theory of Games and Economic Behavior*. Princeton 1944.

<sup>64</sup> John Forbes Nash: *Non-cooperative games*. Dissertation, Princeton 1950.

<sup>65</sup> Vgl. Andreas Diekmann: *Spieltheorie*. Hamburg 2009, S. 21ff.

ihn dieser Wechsel nicht besser stellen würde. In der Filmszene hat aber jeder der vier Studenten den Anreiz, einseitig die Strategie zu wechseln, da ja der größere Anreiz mit der Schönheit verbunden ist, die die anderen, wenn sie sich an die Strategie halten, nicht weiter beachten. Das wahrscheinlich bekannteste Beispiel stellt das sogenannte Gefangenendilemma<sup>66</sup> dar.

Zwei Personen begehen gemeinsam ein Verbrechen und werden danach gefasst. Beide werden in getrennten Zellen inhaftiert, so dass eine Kommunikation zwischen den beiden nicht möglich ist. Da der Staatsanwalt Probleme hat, den beiden Gefangenen das ihnen zur Last gelegte Verbrechen zu beweisen, unterbreitet er den beiden Gefangenen getrennt ein Angebot. Der Gefangene, der gesteht und den anderen belastet, erhält drei Monate Haft, der belastete andere Gefangene zehn Jahre, wenn beide Gefangenen gestehen und sich gegenseitig belasten erhalten beide acht Jahre Haft. Wenn beide Gefangenen die Tat leugnen, dann droht ihnen eine Haftstrafe in Höhe von einem Jahr für ein geringeres Verbrechen. Diesen Sachverhalt kann man folgendermaßen schematisch darstellen:

	Gefangener 2	
Gefangener 1	Leugnen	Gestehen
Leugnen	1/1	10/0,25
Gestehen	0,25/10	8/8

Die obige Tabelle zeigt, zu welchen Ergebnissen, in der Spieltheorie auch Auszahlungen genannt, die verschiedenen Entscheidungen der Gefangenen, in der Spieltheorie Strategien genannt, führen würden. Das beste Ergebnis für beide Gefangenen gemeinsam wäre es, wenn beide leugnen würden, also die Kooperation. Aber das würde einerseits eine Absprache voraussetzen, die nicht möglich ist, und zweitens ist es nicht die beste Lösung für jeden einzelnen Gefangenen. Das rationale Verhalten und damit das beste Ergebnis für jeden einzelnen Gefangenen wäre es zu gestehen und damit den anderen zu belasten, in der Hoffnung, dass der andere Gefangene weiterhin leugnet. Aber auch die Antizipation des rationalen Verhaltens des anderen Gefangenen, also das dieser gesteht, lässt nur die Strategiewahl des Gestehens, also Betrügens zu, um das Strafmaß zu verringern. Da beide Gefangenen rational handeln werden ist die dominante Strategie diejenige, in der die zwei Gefangenen ein Geständnis ablegen, und damit zu dem für sie suboptimalen Ergebnis von acht Jahren Haft verurteilt werden. Diese Lösung stellt das Nash-Gleichgewicht dar. Keiner der beiden Gefangenen hat ein Interesse daran,

<sup>66</sup> Die Werte wurden dem Buch Manfred J. Holler/Gerhard Illing: *Einführung in die Spieltheorie*. Heidelberg<sup>7</sup> 2009, S. 3 entnommen.

einseitig seine Strategie zu verändern, denn das würde ihn schlechter stellen. Der im Gefangenendilemma dargestellte Konflikt stellt ein singuläres Ereignis ohne Wiederholung vor. Die zwei Spieler können weder miteinander kommunizieren und somit Strategien vereinbaren noch auf ihren davor getroffenen Entscheidungen aufbauen und aus den Konsequenzen ihrer Entscheidungen lernen. Das Beispiel gibt einen Anhaltspunkt, dass kooperatives Verhalten unter Umständen besser wäre als unkooperatives.

Das Nash-Gleichgewicht zeigt Gleichgewichte im Aufeinandertreffen von Strategien und kann die Bewertung von Strategien erleichtern. Es hat aber das Problem, dass es mehrere Nash-Gleichgewichte in einem Spiel geben kann. Ein bekanntes Beispiel, um dieses Problem zu illustrieren wird „Kampf der Geschlechter“ genannt. „Oskar und Tina treffen sich zufällig im Café. Sie unterhalten sich angeregt. Tina erweist sich als begeisterter Fußballfan und möchte am Abend unbedingt zum Pokalspiel ihres Vereines gehen, während Oskar überhaupt nichts mit Fußball im Sinn hat und dies auch zu verstehen gibt. Er ist ein überzeugter Kinogänger und möchte Tina überreden, gemeinsam den neuesten Woody Allen Film anzuschauen, der heute Premiere hat. Sie lässt freilich erkennen, dass sie grundsätzlich nicht gerne ins Kino geht. Mitten im Gespräch bemerkt Oskar plötzlich, dass er vor lauter Begeisterung einen wichtigen Vorstellungstermin fast vergessen hätte. Überstürzt verabschiedet er sich mit einem Kuss und meint noch: „Du bist einfach hinreißend – wir müssen uns heute Abend unbedingt sehen.“ Tina stimmt begeistert zu. Zu spät bemerken beide, dass sie gar keinen Treffpunkt vereinbart und auch nicht ihre Adressen ausgetauscht haben. Wo sollen sie hingehen, um sich wieder zu sehen: Ins Fußballstadion oder ins Kino? Beide wissen, dass Tina lieber ins Stadion geht und Oskar lieber den Film anschaut; wenn sie sich aber verfehlten, dann würde ihnen jede Freude am Kino oder am Pokalspiel vergehen.“<sup>67</sup>. In diesem Beispiel gibt es vier mögliche Strategien: Die erste Strategie besteht darin, dass beide ins Kino gehen, dann würden sie sich treffen. Das wäre für Tina zwar alleine gesehen nicht optimal, aber da sie den Abend gemeinsam mit Oskar verbringen würde, doch eine gute Lösung. Die zweite Strategie könnte darin bestehen, dass beide in das Stadion gehen. Das wäre für Tina die optimalste Lösung und für Oskar durch das Wiedertreffen eine gute Lösung. Die Strategien drei und vier bestehen darin, dass sich beide nicht treffen, weil sie zu verschiedenen Orten gehen. Beide folgen ihren eigenen Präferenzen und so geht Tina ins Stadion und Oskar ins Kino, oder beide versuchen, die Präferenzen des Anderen zu erkennen und so geht Tina ins Kino und Oskar ins Stadion. In spieltheoretischer Form wird das Spiel mit seinen Strategien folgendermaßen dargestellt.

<sup>67</sup> Holler/Illing 2009, S. 11.

		Oskar	
		Kino	Stadion
Tina	Kino	(3,1)	(0,0)
	Stadion	(0,0)	(3,1)

Das Beispiel zeigt, dass es zwei Nash-Gleichgewichte gibt, und zwar die Strategie, dass beide ins Kino gehen oder die Strategie, dass beide ins Stadion gehen. Bei beiden erscheint es nicht sinnvoll, einseitig die Strategie zu wechseln, da das Ergebnis eine Verschlechterung darstellen würde. Die beiden Strategien sind auch von der Auszahlung her gleich, so dass keine der beiden auszahlungsdominant wäre. Man kann nicht entscheiden, welche der beiden Strategien besser wäre, zumindest aus spieltheoretischer Sicht. Die Wahl der Lösung kann beispielsweise zufällig erfolgen, aber das wird eher selten der Fall sein. Wahrscheinlicher erscheint eine Lösung, die von externen Faktoren beeinflusst wird. Die Gesellschaft könnte beispielsweise von Männern dominiert werden, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass beide sich im Kino treffen, oder es dominiert in der Gesellschaft die Ansicht, dass weibliche Wünsche prioritär zu behandeln sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sich beide im Stadion treffen. Externe Faktoren können also die Strategiewahl erheblich beeinflussen, die Strategiewahl wird sozusagen fokussiert, daher spricht man von Fokus-Punkten.

Jeder Spieler wird in einem Spiel danach trachten, eine Strategie zu finden, die seine Lage und damit seine Auszahlung verbessert. Wenn er dies tut, ohne die Lage der anderen Spieler zu verschlechtern, dann bezeichnet man diese Verbesserung als Pareto-Verbesserung. Wenn in einem Spiel keine weitere Verbesserung mehr möglich ist, ohne die Lage seiner Mitspieler zu verschlechtern, dann hat man ein Pareto-Optimum erreicht.

### Evolution und Spieltheorie

*„The slight corporeal strength of man, his little speed, his want of natural weapons, &c., are more than counterbalanced, firstly by his intellectual powers, through which he has, whilst still remaining in a barbarous state, formed for himself weapons, tools, &c., and secondly by his social qualities which lead him to give aid to his fellow-men and to receive it in return.“<sup>68</sup>*

Charles Darwin stellte fest, dass die Kooperation der Menschheit einen evolutionären Vorteil darstellt. Aber lässt sich diese Aussage erhärten, wenn doch das oben angeführte Beispiel der

<sup>68</sup> Charles Darwin: *The descent of man, and selection in relation to sex*. London 1871.

Spieltheorie zeigt, dass die dominante Strategie nicht das kooperative Verhalten darstellt. Die Spieltheorie wird nicht mehr nur in der Mathematik und Ökonomie eingesetzt, sondern ihre Anwendung erstreckt sich auch schon auf Fragen der Evolution. Wie in der ethischen Richtung des Utilitarismus dargestellt, kann man die Meinung vertreten, dass das Gemeinwohl wichtiger ist als das Eigenwohl. Diese Ansicht wird ja scheinbar teilweise in der Tierwelt gelebt, man denke beispielsweise an die Bienen, die für die Verteidigung ihres Bienenstocks ihr Leben lassen<sup>69</sup> oder an Murmeltiere, die sich auf Wächter verlassen. Der Nachteil solchen Verhaltens erscheint auf den ersten Blick klar. Wenn sich jemand opfert oder auch nur Zeit aufwendet, also Aktionen setzt, die anderen zu Gute kommt, dann schmälert das seine Chancen auf die Weitergabe seiner Gene. Und die Weitergabe der Gene stellt ein wichtiges Kriterium der Evolution dar. Die evolutionäre Spieltheorie unterscheidet sich in einigen Punkten von der klassischen Spieltheorie. Die klassische Spieltheorie behandelt Szenarien, in denen die gewählten Strategien davon beeinflusst werden, dass die Spieler das Verhalten der Mitspieler antizipieren, um rationale Strategien zu wählen. In der evolutionären Spieltheorie stellt die Strategie ein gewähltes Verhalten dar, das nicht auf das Verhalten der Mitspieler Bezug nimmt. Der Erfolg oder Misserfolg einer Strategie hängt von der Strategie, also dem Verhaltensmuster der Mitspieler ab. Wenn eine Strategie sich als erfolgreich erwies, wird dieses häufiger eingesetzt, sei es durch Imitation der erfolgreichen Spieler oder durch Vererbung des erfolgreichen Verhaltensmusters. Eine Veränderung der Strategien bewirkt auch eine Veränderung der Wahrscheinlichkeit des Aufeinandertreffens verschiedener Strategien innerhalb einer Population.

Ein solches Spielszenario<sup>70</sup> würde folgendermaßen ablaufen: Es sind zwei mögliche Strategien gegeben, eine Strategie des Kooperierens, abgekürzt mit dem Buchstaben „C“ für „cooperate“ und die Strategie des Nichtkooperierens, abgekürzt mit dem Buchstaben „D“ für „defect“. Treffen zwei Spieler aufeinander ist es vom Zufall abhängig, welcher Spieler von den beiden Hilfe benötigt. Es sind folgende Szenarien denkbar: Es treffen zwei kooperative Spieler, also C-Spieler aufeinander. In diesem Fall kommt es auf jeden Fall zu einer Auszahlung. Treffen zwei D-Spieler, also unkooperative Spieler aufeinander kommt es auf keinen Fall zu einer Auszahlung. Treffen ein C-Spieler und ein D-Spieler aufeinander gibt es zwei Möglichkeiten. Wenn der C-Spieler Hilfe benötigt, dann kommt es zu keiner Auszahlung, denn der D-Spieler

---

<sup>69</sup> Vgl. Karl Sigmund: *Evolutionäre Spieltheorie - von Gesellschaftsspielen zum Spielen mit Gesellschaften*. In *Evolution in den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften*, Bern 2003, S. 96.

<sup>70</sup> Vgl. Sigmund 2003, S. 98f.



leistet keine Hilfe. Wenn der D-Spieler die Hilfe benötigt, dann kommt es zu einer Auszahlung, da ja der C-Spieler kooperiert. Das führt zum Ergebnis, dass augenscheinlich ein D-Spieler am besten aussteigt, denn dieser gibt nie etwas, kann aber ohne Gegenleistung Hilfe erhalten. Wenn zwei D-Spieler aufeinander treffen, dann kommt es wie oben erwähnt zu keiner Auszahlung. In solchen Fällen ist anzunehmen, dass sich D-Spieler, die auf Hilfe angewiesen sind, einen C-Spieler als Mitspieler wünschen würden. Aber dieser mögliche Wunsch eines D-Spielers ermöglicht noch keine Aussage darüber, ob sich ein solches Verhalten durchsetzen würde. Mit Hilfe von Computern wurde versucht, die Evolution zu simulieren. Die Simulation ist folgendermaßen aufgebaut: Es gibt eine fiktive Population von Spielern mit vorgegebenen Strategien, die zufällig aufeinander treffen. Am Ende jedes Aufeinandertreffens wird die Auszahlung der Strategien berechnet, die sich in Nachkommen derselben Strategie niederschlägt. War also eine Strategie erfolgreich, dann erhöhte sich die Anzahl der Spieler mit dieser Strategie, die wieder zufällig auf andere Spieler treffen. Um die Simulation noch mehr an einen Evolutionsprozess anzupassen, werden in jeder Runde eine kleine Anzahl von Spielern mit zufälligen Strategien in die Population aufgenommen, also von Spielern, die nicht direkt den vererbten Strategien zugerechnet werden können. Als weitere Anpassung wurden zufällige Fehler eingebaut, da es unwahrscheinlich erscheint, dass eine Strategie immer fehlerlos läuft. Dabei kristallisierte sich eine Strategie heraus, die Pavlov-Strategie<sup>71</sup> genannt wird. Ein Abweichen von dieser Strategie führt zu einer geringeren Auszahlung und kann sich daher nicht durchsetzen. Die Strategie Pavlov ist nicht störanfällig, sie kann sich jedoch nicht in einer reinen D-Strategie-Umwelt durchsetzen<sup>72</sup>. Der genaueren Beschreibung der Strategie und deren Durchsetzung bzw. Eindringen in verschiedene Umwelten wird im dritten Kapitel genauer behandelt werden. Für den Moment ist es wichtig, dass sich gemäß der evolutionären Spieltheorie eine kooperative Spielstrategie durchsetzt und diese auf Dauer die höchste Auszahlung ausschüttet.

Der Abschnitt zeigte, dass es gute Gründe geben kann anzunehmen, dass Menschen Verteilung auf Grund ökonomischer Interessen fördern, und somit aus ökonomischer Sicht rational handeln. Die Spieltheorie zeigt aber auf, dass Kooperation eine bessere Lösung darstellt als rein rationales Denken. Das trifft nicht nur auf einmalige Spiele zu, sondern verstärkt bei wiederholten und sich verändernden Spielen, den sogenannten evolutionären Spielen. Diese Spiele zeigen auch, dass rein rationales Handeln sogar negative Folgen zeigen kann und Systeme zusammenbrechen lässt.

---

<sup>71</sup> Sigmund 2003, S. 102.

<sup>72</sup> Vgl. Sigmund 2003, S. 102.

Wie aber kommt es zu einer positiven Strategiewahl, welche eine maximale Auszahlung für alle ergibt.

Eine Grafik veranschaulicht das sehr treffend:

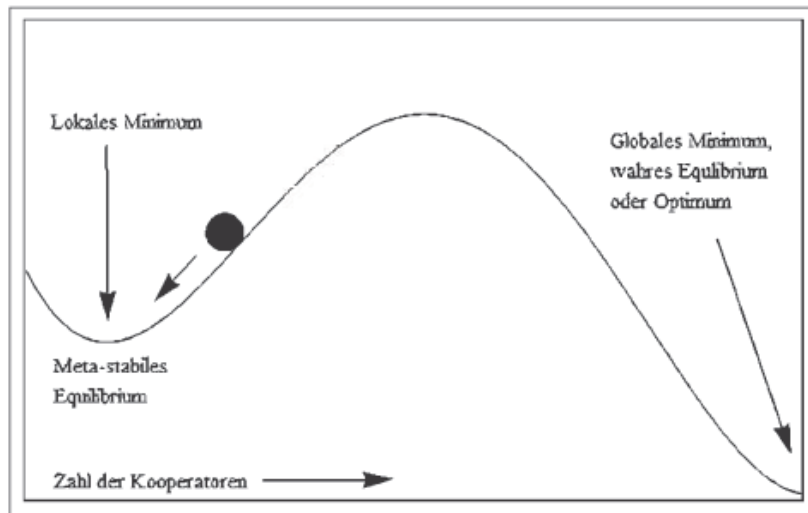


Abbildung 1: Darstellung Gemeinwohl-Spiel. Füllsack 2011, S. 193.

Sie zeigt eine Kugel und zwei Täler, die durch einen Hügel getrennt sind. Das erste Tal, in dem sich die Kugel befindet, stellt ein lokales Minimum dar, das gleichzeitig als meta-stabiles Gleichgewicht fungiert. Es symbolisiert das Gleichgewicht, das durch die Nicht-Kooperation aller Spieler entsteht. Es stellt das Gleichgewicht dar, in dem die Auszahlung der Einzahlung gleicht, das also suboptimal ist. Das globale Minimum, in dem es zur optimalen Auszahlung kommt, weil alle Spieler ein Maximum einzahlen und ein Maximum ausbezahlt erhalten, so gesehen das wahre Gleichgewicht, liegt hinter dem Hügel verborgen. Die Spieler müssen sich anstrengen um diesen Hügel zu überwinden, sie müssen immer wieder versuchen zu kooperieren. Jede Einheit Anstieg, den die Kugel überwindet, gelingt durch einen Spieler mehr, der gleichzeitig kooperiert. Wenn alle Spieler kooperieren ist die Spitze des Hügels erreicht, wenn sie den Gewinn durch die Kooperation erkennen und daher weiterhin kooperieren, dann rollt die Kugel wie von alleine in das Tal zum optimalen Gleichgewicht. Das nächste Kapitel wird sich der Frage widmen, warum der Weg vom lokalen Minimum zum globalen Minimum so schwer fällt.

## Warum Kontrolle?

### Ein Hindernis für die Kooperation

*„Denn jedermann glaubt, dass ihm für sich die Ungerechtigkeit weit mehr nützt als die Gerechtigkeit, [...]“<sup>73</sup>*

Es zeigte sich, dass kooperatives Verhalten die höchste Auszahlung verspricht. Die Art von Spielen gemäß Spieltheorie, in denen die Kooperation untersucht wird, nennt man Gemeinwohl-Spiele. Aber die Idylle der vollkommenen Kooperation ist nur teilweise stabil. Es wurde im oben angeführten Szenario gezeigt, dass das Eindringen von D-Spielern zum kurzfristigen Zusammenbruch des kooperativen Systems führt. Auf den ersten Blick erscheint es nicht nachvollziehbar, sich unkooperativ zu verhalten, wenn doch das kooperative Verhalten den größten Nutzen bringt. In einem Szenario jedoch, in dem sich alle kooperativ verhalten, also etwas geben und erhalten, kann es für vereinzelte Spieler lukrativer sein, nur zu nehmen, keine Ausgaben, sondern nur Gewinn zu lukrieren. Natürlich funktioniert das nur, wenn nicht alle so handeln, denn dann findet ja keine Kooperation mehr statt, und damit auch keine Auszahlungen, das heißt, das System bricht zusammen und man befindet sich im oben gezeigten lokalen Minimum. Aber solange nur vereinzelte Spieler diese Strategie spielen, ist ihr Gewinn größer als der Teil, den sie durch Kooperation erlangt hätten. Spieler dieser Strategie werden auch Freerider genannt. Das Freerider Problem tritt vor allem bei Gemeingütern auf. Gemeingüter werden in öffentlichen Gütern und Allmende-Gütern unterschieden. Öffentliche Güter zeichnen sich dadurch aus, dass man Individuen nicht von ihrer Nutzung ausschließen kann bzw. nur unter nicht vertretbarem Aufwand und dass keinerlei Konkurrenz bei der Nutzung besteht. Ein Beispiel für ein öffentliches Gut stellt zum Beispiel Sauerstoff auf der Erde dar. Sauerstoff wird von jedem Lebewesen der Erde konsumiert und keines kann von der Nutzung ausgeschlossen werden. Es besteht auch keinerlei Konkurrenzverhalten, da man im Normalfall niemanden den Sauerstoff „wegatmen“ kann. Die Allmendegüter wurden von Garrett Hardin 1968 untersucht. Das Ergebnis seiner Untersuchung veröffentlichte Garrett Hardin in einem Artikel in der Zeitschrift Science, der heute noch eine bedeutende Rolle im diesbezüglichen Diskurs spielt. Der Titel des Artikels lautete

---

<sup>73</sup> Platon: *Politeia*. Buch II, 360 c-d.

**„The Tragedy of the Commons“**

*“The essence of dramatic tragedy is not unhappiness. It resides in the solemnity of the remorseless working of things.”<sup>74</sup>*

Zuerst muss geklärt werden, was ein Allmendegut kennzeichnet. Ein Allmendegut steht unter dem Überbegriff Gut, es kann daher konsumiert werden. Wenn etwas konsumiert wird, verringert sich üblicher Weise dessen Vorhandensein. Selbst bei sich regenerierenden, sich konsumieren lassenden Ressourcen besteht das Problem, dass sie eine gewisse Zeit benötigen, um sich zu regenerieren. Das bedeutet, dass der gewünschten Konsumation eine beschränkte Anzahl von Ressourcen gegenübersteht. Man spricht daher von endlichen Ressourcen, die ein Allmendegut kennzeichnen. Endliche Ressourcen haben meistens den Effekt, dass sie von mehreren Personen konsumiert werden wollen, als dies für das Vorhandensein der Ressource optimal ist. Das bedeutet, dass eine Ressource so genutzt wird, dass sie für weitere Nutzer nur mehr eingeschränkt bzw. gar nicht mehr zur Verfügung steht. Diese Eigenschaften treffen aber auf viele Güter zu, vor allem auf alle künstlich hergestellten. Allmendegüter müssen sich also noch in einem anderen Punkt unterscheiden. Dieser Punkt ist, dass Allmendegüter eine Untergruppe der öffentlichen Güter darstellen bzw. in der Mitte zwischen öffentlichem Gut und Konsumgut steht. Von den Konsumgütern haben Allmendegüter die Eigenschaft der Knappheit bzw. Begrenztheit, von den öffentlichen Gütern den freien Zugang, der nicht oder nur durch zu hohen Aufwand beschränkt werden könnte.

Garrett Hardin prägte in seinem Artikel „The Tragedy of the Commons“<sup>75</sup> den Ausdruck Tragik der Allmende, wobei der Begriff Tragik in diesem Kontext das Unglück eines unausweichlichen Schicksals mit negativen Ausgang bedeutet. Garrett Hardin stellte diesbezüglich fest: „The tragedy of the commons develops in this way.“<sup>76</sup> Er führt das an einem Beispiel eines Allmendegutes in Form des Weidelandes aus, wie es zum Beispiel im Mittelalter in Europa üblich war. Das Weideland wird von den Hirten des Dorfes genutzt und jeder versucht, möglichst viele Tiere auf diesem Grund weiden zu lassen. Das funktioniert auch über einen längeren Zeitraum gut, da sowohl die Tier- als auch Hirtenbestände immer wieder durch Kriege, Wilderei und Seuchen dezimiert werden. Doch mit dem Eintreten von Stabilität fallen diese Faktoren weg bzw. spielen nur noch eine untergeordnete Rolle und „[...]the inherent logic of the commons

---

<sup>74</sup> John Whitehead. cit. von Garrett Hardin: *The Tragedy of the Commons*. In Science, Dezember, 13, 1968.

<sup>75</sup> Hardin 1968.

<sup>76</sup> Hardin 1968.

remorselessly generates tragedy.“<sup>77</sup>, das tragische Schicksal der Allmende schlägt unausweichlich zu. Warum? Garrett Hardin geht von dem Menschenbild des „homo oeconomicus“ aus, und als solcher versuchen die Hirten, ihren individuellen Nutzen zu maximieren. Jedes zusätzliche Tier auf der Weide hat für den einzelnen Hirten einen positiven und einen negativen Aspekt. Der positive Aspekt äußert sich in dem Gewinn, den der Hirte durch die Nutzung des Tieres erlangt. Den negativen Aspekt stellt die Steigerung der Nutzung der Weidefläche dar, die sich durch Ressourcenverbrauch äußert und im schlimmsten Fall die Überweidung nach sich zieht. Allerdings gehört der Gewinn der Nutzung des zusätzlichen Tieres ihm alleine, während der Ressourcenverbrauch, also die Kosten, auf alle Hirten des Weidelandes aufgeteilt wird. Daher steigert jeder rational denkende Hirte den Bestand seiner Herde, bis das unausweichliche Ende der zerstörten Weide eingetreten ist. Damit unterstellt Garrett Hardin gleichzeitig, dass jene Hirten, die sich keine weitere Anzahl von Tieren zulegen, nicht rational handeln. Durch das rationale Handeln aller folgt unweigerlich die Zerstörung für alle. Seine These sieht er durch beispielsweise die Entwicklung im Fischfang bestätigt, in dem die Meere immer mehr leer gefischt werden und Fischarten inzwischen vor der Ausrottung stehen. Ein weiteres Beispiel stellt die Umweltverschmutzung dar, in dem die Kosten für die Verschmutzung der Luft oder der Flüsse auf die Allgemeinheit übertragen werden. Eine Vorgehensweise, die Garrett Hardin als individuell rational betrachtet. Ethische Richtlinien sieht Garrett Hardin als nicht zielführend an, sie führen das Individuum nur in einen ständigen Gewissenskonflikt, da jedes Individuum zwei verschiedene Signale empfängt. Einerseits, dass es die Ressourcen schützen soll, da es sonst unverantwortlich handelt und daher von der Öffentlichkeit verurteilt wird. Andererseits erfolgt eine unterschwellige Botschaft, die dem Individuum mitteilt, dass es nicht rational ist, die Ressourcen zu nützen und es von allen verurteilt wird, weil es das einzige Individuum ist, welches diese Ressourcen nicht nützt. Es wird daher von allen anderen ausgelacht und doppelt ausgenützt. Auch eine staatliche Kontrolle sieht Garrett Hardin nicht als Ausweg. Dieser Zweifel erscheint oft berechtigt, ist es doch auch für einen Staat unmöglich viele Allmendegüter einer optimalen Nutzung zuzuführen, wie schon am Beispiel des Fischfangs illustriert wurde. Es erscheint unmöglich, das Fischen im Meer zu verbieten bzw. ein solches Verbot zu überwachen. Die heutige Situation der Fischpopulationen zeigt, dass die Meere zumindest teilweise überfischt<sup>78</sup> sind. Das führt dazu, dass sich der Konkurrenzkampf um die Gründe verschärft, in denen noch Ressourcen in Form von Fischen auffindbar sind. Es gibt

---

<sup>77</sup> Hardin 1968.

<sup>78</sup> Vgl. Greenpeace: *Fischführer*. <http://www.greenpeace-stuttgart.de/themen/meere/Fischfuehrer.pdf>.

beispielsweise Fangquoten, die für Fischer einer bestimmten Region bindend sind. Die Fangquoten haben den Zweck, dass sich die Population erholen kann. Wenn man nun annimmt, dass sich alle Fischer unter dieser Jurisdiktion daran halten, dann wird in den Gewässern nicht so viel Fisch gefangen, wie möglich wäre. Es erscheint für Fischer, die nicht unter die angenommene Jurisdiktion fallen, interessant, das Fanggebiet, das durch die eingehaltenen Fangquoten eine höhere Fischpopulation aufweist als andere Fanggründe, auszubeuten. Vor allem, da es keine Möglichkeiten gibt, die Meere effizient zu überwachen. Diese Fischer agieren dann als Freerider. Als eine weitere Illustration kann die schon erwähnte Umweltverschmutzung am Beispiel eines Industrieunternehmens dienen, bei dessen Produktion Schadstoffe entstehen. Diese werden über Schornsteine in die Atmosphäre abgelassen. Für die dadurch entstehenden Beeinträchtigungen kann das Unternehmen nicht direkt „zur Kassa“ gebeten werden, da diese nur schwer zu beziffern sind. In diesem Fall verhält sich das Unternehmen als Freerider. Der einzige Ausweg aus der Tragik der Allmende führt für Garrett Hardin über die Abschaffung von öffentlichen Gütern und Allmendegütern. Dies ist jedoch weder immer möglich noch politisch gewünscht und es ist fraglich, ob eine solche Vorgehensweise immer zu einem optimalen Ergebnis führen würde. Wenn man niemanden von einem Gut ausschließen kann, dann wird dieses Gut selten von Individuen oder privaten Unternehmen angeboten werden. Es sieht also so aus, als müsste man die Individuen zu ihrem „Glück“ zwingen.

### **Zwang zum Glück? - Kontrolle und Sanktion**

*„Wollte man einen Hirsch anjagen; so merket ein jeder wohl, dass er auf seinen Posten acht geben müsse. Wenn einer aber einen Hasen neben ihm hin laufen sähe; so ist kein Zweifel dass er ihm nachgesetzt, und sich um den Raub seiner Mitgesellen wenig bekümmert haben wird, wenn er nur den seinigen erreicht hat.“<sup>79</sup>*

Das oben angeführte Zitat von Jean-Jacques Rousseau kann und wird auch oft spieltheoretisch dargestellt. Der Unterschied zum normalen Gefangenendilemma besteht darin, dass „In the Stag Hunt, what is rational for one player to choose depends on his beliefs about what the other will choose.“<sup>80</sup> Rousseau selbst schließt aus seinem Beispiel, dass es eines Dritten Bedarf, um dafür zu sorgen, dass das Abkommen zwischen den beiden Jägern eingehalten wird. Aber in Anbetracht des Ergebnisses der evolutionären Spieltheorie stellt sich die Frage, wieso nicht alle kooperieren, da diese Strategie ja die größte Auszahlung garantiert. Wie bereits bei der

<sup>79</sup> Rousseau 1755/2000, S. 144.

<sup>80</sup> Brian Skyrms: *The Stag Hunt*. Irvine 2001, S. 3.

evolutionären Spieltheorie erwähnt, wurden einerseits immer wieder Spieler mit verschiedenen Strategien in die Population eingeschleust, andererseits „gewann“ die Pavlov-Strategie gegen andere Strategien. In der Folge werden verschiedene Strategien, die in der evolutionären Simulation vorkamen genauer betrachtet.

### **Grim**

*„Weil du das getan hast, seist du verflucht, verstoßen aus allem Vieh und allen Tieren auf dem Felde. Auf deinem Bauche sollst du kriechen und Erde fressen dein Leben lang.“<sup>81</sup>*

Die Strategie, die als grim trigger bekannt ist, ist die Strategie, die selbst kleinste Abweichungen von der Kooperation nie verzeiht<sup>82</sup>. Grundsätzlich beginnt der Spieler kooperativ. Treffen zwei C-Spieler aufeinander, von denen derjenige, der Hilfe geben soll, die Strategie grim-trigger spielt, hilft er. Trifft aber ein hilfeschender C-Spieler mit der Strategie grim trigger auf einen D-Spieler, so erhält er keine Hilfe. Seine Reaktion darauf ist eine Änderung seiner Strategie von kooperativen Verhalten auf unkooperatives Verhalten, er mutiert zum D-Spieler. Dieses Verhalten ist nicht mehr reversibel, auch wenn der Grim-Spieler wieder auf kooperatives Verhalten stößt, also auf einen C-Spieler trifft. Diese Änderung seines Verhaltens tritt auch schon dann ein, wenn der Grim-Spieler nur das „Gefühl“<sup>83</sup> bekommt, dass andere Spieler unkooperativ sein könnten. Die kleinste Abweichung von kooperativen Verhalten verwandelt einen Grim-C-Spieler in einen D-Spieler, wobei es unerheblich ist, ob sich der Grim-Spieler irrte oder nicht, ob er also „wirklich“ unkooperatives Verhalten erlebte oder nicht. Eine reine Grim-Population würde also kooperieren, ist aber nicht sehr stabil. Ein D-Spieler in dieser Population würde ausreichen, um eine kooperative Population in eine unkooperative zu verwandeln.

### **tit-for-tat**

*„Und wer seinen Nächsten verletzt, dem soll man tun, wie er getan hat, Schaden um Schaden, Auge um Auge, Zahn um Zahn; wie er einen Menschen verletzt hat, so soll man ihm auch tun.“<sup>84</sup>*

Eine weitere Strategie stellt die „tit for tat“-Strategie dar. Auch diese Strategie beginnt grundsätzlich positiv, sie ist also kooperativ. Treffen nun zwei C-Spieler aufeinander, verhalten sie sich kooperativ. Trifft ein hilfeschender tit-for-tat-Spieler auf einen D-Spieler erhält er keine Hilfe und mutiert vorläufig zu einem D-Spieler. Trifft der nun temporäre D-Spieler hilfeschend

<sup>81</sup> 1. Mose 3,14.

<sup>82</sup> Vgl. Axelrod 2000, S. 10.

<sup>83</sup> Vgl. Axelrod 2000, S. 12.

<sup>84</sup> 3. Moses 24, 19 - 20.

auf einen C-Spieler erlebt er wieder kooperatives Verhalten und mutiert wieder zu einem C-Spieler, bis er wieder hilfeschend auf einen D-Spieler trifft. Auch beim tit-for-tat-Spieler genügt bereits eine kleine Irritation<sup>85</sup>, um zu einem temporären D-Spieler zu mutieren. Aber dieser D-Spieler kann auch vergeben, sobald er wieder positive Erfahrungen erlebte. Eine tit-for-tat-Population erscheint daher stabiler als eine Grim-Population, ist aber ebenfalls für D-Spieler anfällig. Denn trifft ein tit-for-tat-D-Spieler auf einen hilfeschenden tit-for-tat-C-Spieler, dann kooperiert der D-Spieler nicht. Das hat zur Konsequenz, dass dann auch der hilfeschende C-Spieler zu einem D-Spieler mutiert, der weitere tit-for-tat-C-Spieler infizieren kann.

### **Pavlov**

*„[...] Gnade bewahrt und vergibt Missetat, Übertretung und Sünde, aber ungestraft lässt er niemand, [...]“<sup>86</sup>*

Die sich in einer Simulation durchsetzende Strategie wurde oben als Pavlov<sup>87</sup>-Strategie bezeichnet. Der Pavlov-Spieler beginnt ebenfalls kooperativ, also als C-Spieler. Eine Mutation zu einem D-Spieler, also unkooperatives Verhalten wird ausgelöst, wenn in der Vorrunde ein anderer Zug als der eigene gespielt wurde. Trifft ein Pavlov-C-Spieler hilfeschend auf einen anderen C-Spieler bleibt er Pavlov-C-Spieler. Trifft ein hilfeschender Pavlov-C-Spieler auf einen D-Spieler mutiert er selbst in der nächsten Runde zu einem D-Spieler. Jetzt sind zwei Szenarien möglich: Im ersten Szenario trifft er in der nächsten Runde auf einen C-Spieler, dann bleibt er D-Spieler. Dieses Verhalten behält er bei, bis er auf einen anderen D-Spieler trifft. Im zweiten Szenario trifft er wieder auf einen D-Spieler, worauf er zu einem C-Spieler mutiert. Im ersten Szenario erhält er durch sein unkooperatives Verhalten eine hohe Auszahlung, da er den C-Spieler ausbeuten kann, also sieht er keinen Grund, sein Verhalten zu ändern. Im zweiten Szenario bemerkt er, dass er keine Auszahlung erhält und dass die Kooperation lohnender war, also ändert er sein Verhalten. Die oben beschriebenen Szenarien führen zur Konsequenz, dass die Pavlov-Strategie eine stabile<sup>88</sup> „Gesellschaft“ schafft. Es können auch keine Spieler eindringen, die immer kooperieren, also permanente C-Spieler. Permanente C-Spieler (All-C-Spieler) stören die Stabilität einer Gesellschaft insofern, dass sie Ausbeuter nicht sanktionieren, sondern belohnen und somit Trittbrettfahrer begünstigen.

---

<sup>85</sup> Vgl. Axelrod 2000, S. 27.

<sup>86</sup> 2. Moses 34, 7.

<sup>87</sup> Sigmund 2003, S. 101.

<sup>88</sup> Vgl. Sigmund 2003, S. 102.



## **Bellum omnium contra omnes und Pavlov?**

*„Lupus est homo homini, non homo, quom qualis sit non novit.“<sup>89</sup>*

In eine Gesellschaft, in der durchgehend die Strategie D gespielt wird, die also aus All-D-Spielern besteht, können Pavlov-Spieler nicht eindringen<sup>90</sup>. Diese Aussage hat Auswirkungen auf Überlegungen bezüglich des Urzustandes. Von diesem wird ja beispielsweise von Hobbes angenommen, dass im Naturzustand der Kampf aller gegen alle wütete. Ein solches Szenario umgelegt auf die Spieltheorie würde bedeuten, dass die Gesellschaft aus reinen D-Spielern besteht. In eine solche können Pavlov-Spieler aber nicht eindringen, ihre Versuche zu kooperieren führen zu ihrer Ausbeutung, sie können ihre Eigenschaften nicht weitergeben und verschwinden wieder. Die Pavlov-Strategie erscheint also für eine Änderung des Urzustandes nicht verwendbar. Die Simulationen gelangen trotzdem zur Pavlov-Strategie, aber auf Umwegen. Diese Muster wiederholen<sup>91</sup> sich bei allen Simulationen. Am Beginn besteht die Gesellschaft aus lauter D-Spielern. Dieser Gesellschaft werden immer wieder Mutationen mit anderen Strategien beigelegt, wie es sich wahrscheinlich auch in einer realistischen Umwelt ergeben würde. Pavlov-Spieler würden ausscheiden, wie bereits ausgeführt wurde, nicht aber tit-for-tat-Spieler oder grim-Spieler. Diese würden sich beim Zusammentreffen mit D-Spielern auch in D-Spieler verwandeln, wie bereits oben angeführt. Aber diese Spieler würden auch immer wieder auf ihresgleichen treffen, und die bei diesem Zusammentreffen lukrierten Auszahlungen führen zu einer Weitergabe ihrer Gene. Diese „Vererbungen“ reichen aus, um sich pro Runde zu vermehren und die reinen D-Spieler zu verdrängen. Ab einem gewissen Zeitpunkt ist die Zeit dann reif für Pavlov-Spieler, so dass diese sich durchsetzen können. Mit der Zeit setzen sich die Pavlov-Spieler immer mehr durch, da sie die höchsten Auszahlungen lukrieren. Die Pavlov-Strategie wird zur sozialen Norm. Das Beschriebene basiert auf der Annahme, dass die Wahl der Strategie vom vorherigen Zug abhängt. In der Spieltheorie wird eine solche Simulation als direkt reziprok<sup>92</sup> bezeichnet. Dies ist ein denkbare Verhalten in einer kleinen Gesellschaft, aber in einer größeren, vielschichtigeren Gesellschaft wird ein solches Verhalten eher unwahrscheinlich sein. Es ist schließlich nur schwer vorstellbar, dass es in einer größeren Stadt die Regel ist, dass zwei Spieler über mehrere Runden miteinander in direkter Wechselwirkung stehen und sich diese Wechselwirkungen auf die gesamte Gesellschaft auswirken. Es wurden aber auch Szenarien

---

<sup>89</sup> Plautus: *Asinaria*. 495.

<sup>90</sup> Sigmund 2003, S. 102.

<sup>91</sup> Sigmund 2003, S. 102.

<sup>92</sup> Vgl. Sigmund 2003, S. 103.

entwickelt, die indirekte Reziprozität simulieren. In diesen Simulationen gilt, dass in jedem Fall eine geleistete Hilfe von einem anderen Spieler vergolten wird. Um dies zu erreichen wird ausgeschlossen, dass sich zwei Spieler öfter als einmal treffen können. Als Motivation für die Aufrechterhaltung einer Kooperation wird angenommen, dass die Spieler, die mit anderen Spielern kooperieren, an Reputation gewinnen. Man denke nur zum Beispiel an den Euergetismus in der Antike. Der sogenannte Euergetismus basierte ja auf dem Prinzip der gesteigerten Reputation bzw. um seiner Reputation gerecht zu werden, war man verpflichtet, Teile seines Vermögens dem Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen. In der Simulation äußert sich der Anstieg der Reputation durch den Anstieg eines angenommenen Wertes. Der Wert erfüllte eine zweite Aufgabe. Kooperative Spieler kooperieren nur mit den Spielern, die mindestens einen Wert in der gleichen Höhe oder darüber haben, die also mindestens die gleiche Reputation besitzen. Wie schon oben erwähnt können sich in diesem Szenario die gleichen Mitspieler höchstens einmal treffen. Auch in diesem Szenario setzt sich die Kooperation<sup>93</sup> durch, allerdings scheinen die Mitspieler zu einem Zeitpunkt des Spieles die Kooperation so hoch zu schätzen, dass sie jeden anderen Spieler helfen. Denn das Verweigern der Hilfe kostet ja Reputation, und dies verschlechtert auch die Möglichkeiten, dass einem selbst geholfen wird. Wenn aber unabhängig vom Status des Gegenübers geholfen wird, ermöglicht dies natürlich das Eindringen von Ausbeutern in Form von All-D-Spielern. Diese nützen das System aus, da es keine Sanktionen gibt, allerdings mit der Konsequenz einer Phase des Zusammenbruches des Systems. Die Phase des Zusammenbruches währt aber nur kurz, dann setzen sich wieder vergeltende Spieler durch, die den Boden für die kooperativeren Spieler aufbereiten.

---

<sup>93</sup> Sigmund 2003, S. 103.

## Warum circulus diaboli?

### Zentral gesteuerte Kontrollen und Sanktionen – der Staat

*„Neuntens gehört es zur höchsten Gewalt, alle Rechtshändel der Wahrheit und den Rechten nach zu untersuchen und alle Streitigkeiten zu entscheiden, mit einem Worte: das Richteramt. Gäbe es dieses nicht, wären die Bürger gegen Unrecht nicht gesichert; die Gesetze über das Dein und Mein wären ohne Kraft, und die Menschen blieben in dem Zustand des Krieges aller gegen alle.“<sup>94</sup>*

Es gibt also viele Möglichkeiten Freerider zu sein, und es ist für denjenigen auch rational, als solcher zu agieren. Welche Möglichkeiten gibt es, um ein solches Agieren zu verhindern? Denn das ist ja nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern ein Überhandnehmen von Freeridern führt zu einem Zusammenbruch eines Systems, wie in der evolutionären Spieltheorie gezeigt wurde. Aber auch ohne Spieltheorie ist klar, dass ein System, in dem immer weniger Individuen für Aufwendungen aufkommen, aber eine wachsende Anzahl die dadurch finanzierten Güter nutzen will, ohne einen Beitrag zu leisten, nicht funktionieren kann. Um ein System aufrecht zu erhalten und Freerider zu verhindern ist es notwendig, Sanktionen für das Verhalten von Freeridern anzudrohen und im Bedarfsfall diese zu verhängen. In der evolutionären Spieltheorie wurden schon zwei Möglichkeiten der Sanktionierung vorgestellt, und zwar jene Spieler, die eine grim- oder eine tit-for-tat-Strategie verfolgten. Diesen Spielern kam auch die wichtige Aufgabe zu, den Boden für Pavlov-Spieler aufzubereiten und so der effizientesten Strategie ihr Entstehen zu ermöglichen. Inwiefern ist aber ein menschliches Individuum bereit, Verhalten zu sanktionieren, wenn es selbst keine direkte Auswirkung dieser Sanktion bemerkt? Denn in einer Gesellschaft, die aus vielen Spielern besteht, sinkt die Wahrscheinlichkeit, direkt den Nutzen aus seiner Sanktionierung zu ziehen. In dem zweiten Szenario der evolutionären Spieltheorie waren die Parameter so eingestellt, dass nie zwei Spieler ein zweites Mal aufeinandertreffen, um das Spiel näher an die erlebte Realität anzupassen. Wenn aber kaum eine Wahrscheinlichkeit besteht, Nutznießer der gesetzten Sanktion zu sein, auch nicht in der Form von erhöhter Reputation, dann entspräche die Sanktionierung altruistischem<sup>95</sup> Verhalten, würde also dem Bild des homo oeconomicus widersprechen. Aus diesem Grund schlägt Samuel Bowles den Begriff homo reciprocans für dieses Verhalten vor. Seinen Vorschlag untermauert Samuel Bowles mit einem

<sup>94</sup> Thomas Hobbes: *Leviathan*. London 1651/ Stuttgart 1986, S. 162.

<sup>95</sup> Vgl. Manfred Füllsack: *Gleichzeitige Ungleichzeitigkeiten*. Wiesbaden 2011, S. 196.

Experiment der Experimentalökonomern Ernst Fehr und Simon Gächter<sup>96</sup>. Das Experiment wurde mit 240 Studenten durchgeführt, die in zwei Gruppen zu je vier Spielern eingeteilt wurden. Gespielt wurde ein Gemeinwohl-Spiel. Ein Gemeinwohl-Spiel<sup>97</sup> wird in einer Gruppe gespielt. Die Spieler erhalten ein Startkapital, das sie in einen Fonds einzahlen. Die Höhe der Einzahlung bleibt jeden Spieler überlassen, er kann alles, einen Teilbetrag oder nichts einzahlen. Die Höhe der Einzahlung ist den Mitspielern nicht bekannt, denn die Einzahlung erfolgt verdeckt. Am Ende der Runde zählt der Spielleiter die eingezahlte Summe, verdoppelt diese und zahlt sie zu gleichen Teilen an die Mitspieler aus. Als Beispiel nehme man ein Startkapital von zehn Euro an und eine Gruppengröße von vier Spielern. In der ersten Runde zahlen alle Spieler das gesamte Startkapital ein, das ergibt insgesamt vierzig Euro. Die vierzig Euro werden verdoppelt, daher werden achtzig Euro an die Mitspieler ausgeschüttet. Jeder Spieler erhält zwanzig Euro. Wenn aber einer der Spieler nicht sein gesamtes Startkapital einzahlt, sondern stattdessen nur sechs Euro, dann liegen im Topf am Ende der Runde sechsenddreißig Euro. Diese werden zu zweiundsiebzig Euro verdoppelt und zu achtzehn Euro je Spieler ausgeschüttet. Das bedeutet, jeder der Spieler besitzt nun achtzehn Euro, mit Ausnahme des Spielers, der nur sechs Euro eingezahlt hatte. Dieser besitzt die achtzehn erhaltenen Euro und die zurückbehaltenen vier Euro vom Startkapital, insgesamt also zweiundzwanzig Euro. Aus der Sicht des einzelnen Spielers erscheint es also, zumindest kurzfristig, optimal, als Freerider zu agieren. Bei mehreren Wiederholungen des Spieles stellte sich heraus, dass andere Mitspieler begannen, ebenfalls ihre Einzahlung zu reduzieren. Nach mehreren Runden ergibt sich dann die suboptimale Lösung, dass kein Spieler mehr investiert und daher alle Spieler mit ihren zehn Euro Startkapital aus dem Spiel aussteigen. Bei dem Experiment erhielt eine der beiden Gruppen die Möglichkeit der Sanktionierung, die andere nicht. Das Spiel wurde mehrmals wiederholt, aber es wurde sichergestellt, dass die einzelnen Spieler niemals ein zweites Mal miteinander spielen konnten. Am Ende jedes Spieles konnten Spieler der Sanktionsgruppe Sanktionen für Spieler vorschlagen, die ihrer Meinung nach zu wenig investiert hatten. Dieser Vorschlag führte zu einem Gewinnabzug für den Freerider. Aber dieser Vorschlag war für den Vorschlagenden mit Kosten verbunden, auch er musste auf einen Teil seines Gewinnes verzichten. Das Spiel in der Gruppe ohne Sanktionsmöglichkeiten führte zu einem suboptimalen Ergebnis, in dem wie bereits oben beschrieben niemand mehr investierte. In der Gruppe mit Sanktionsmöglichkeit verlief das Spiel konträr. Trotz der Verminderung des eigenen Gewinnes und der nicht vorhandenen Möglichkeit,

<sup>96</sup> Vgl. Ernst Fehr, Simon Gächter: *Altruistic punishment in humans*. In Nature, 415, Januar 2002.

<sup>97</sup> Vgl. Füllsack 2011, S. 190.

von den Sanktionen zu profitieren wurden Freerider sanktioniert. Es stellte sich auch heraus, dass die Sanktionierung eines Mitspielers Auswirkungen auf das Verhalten der anderen Mitspieler hatte. Die sanktionierten Spieler wie auch die Spieler, die eine Sanktionierung beobachteten, neigten zu höheren Investitionen. In Gesellschaften wird die Sanktionsgewalt üblicherweise monopolisiert und einer Institution übertragen, die man heute als Staat bezeichnet. Man könnte sagen, dass es zu den Aufgaben eines Staates gehört öffentliche Güter, deren Schaffung als notwendig erachtet werden und die geschaffen werden können, zur Verfügung zu stellen. Als zweite Aufgabe des Staates könnte man sehen, dass er mittels Zwangsmonopol Gesetze oder Einrichtungen schafft, die öffentliche Güter oder Allmende-Güter schützen bzw. den Zugang zu ihnen regelt und Missbrauch sanktioniert. Bis zu welchem Grad aber soll der Staat diese Aufgaben wahrnehmen. Zu dieser Frage werden zwei Ansichten näher betrachtet, die Ansichten Friedrich August von Hayeks und die Ansichten John Rawls'.

### **Der Staat als Garant für Freiheit?**

*„Während manche Ziele des Wohlfahrtsstaates nur mit Mitteln erreicht werden können, die die Freiheit beeinträchtigen, können alle seine Ziele mit solchen Mitteln verfolgt werden.“<sup>98</sup>*

Wie bereits im ersten Kapitel aufgeführt, sieht Friedrich August von Hayek ein Eingreifen des Staates in die Distribution als ein Übel an. Die Distribution als solche wird am besten über den freien Markt geregelt. Dieser sorgt dann für eine gerechte Verteilung. Staatseingriffe führen aus Sicht des Libertarismus zu Verzerrungen. Der Staat soll sich auf ein Minimum beschränken. Es gibt aber manche Aufgaben, die aus Sicht von Hayek der Staat wahrnehmen kann. So sieht er öffentliche Einrichtungen<sup>99</sup>, deren Errichtung im Interesse der Allgemeinheit liegen kann, als möglichen staatlichen Eingriff, wiewohl auch diese besser lokal organisiert werden würden. Zu diesen Einrichtungen zählt Hayek Parks, Museen, Theater und Sportanlagen. Eine weitere Aufgabe stellt eine soziale Sicherheit dar, wobei Hayek unter Sicherheit versteht: „[...] Sicherung gegen schwere physische Entbehrungen, Zusicherung eines gegebenen Existenzminimums für alle.“<sup>100</sup>. Auch einer Art von Sozialversicherung steht Hayek nicht grundsätzlich negativ gegenüber, sofern es sich dabei um wirkliche versicherungsfähige Risiken<sup>101</sup> handelt, wie zum Beispiel Krankheit, Unfall oder Naturkatastrophen. Eine darüber hinausgehende staatliche Verteilung von Gütern mit dem Ziel, einen bestimmten Lebensstandard für alle zu erreichen,

<sup>98</sup> Friedrich A. von Hayek: *Die Verfassung der Freiheit*. Tübingen<sup>3</sup> 1991, S. 331.

<sup>99</sup> Vgl. Hayek 1991, S. 330.

<sup>100</sup> Hayek 1991, S. 330.

<sup>101</sup> Hayek 2009, S. 158.

lehnt Hayek strikt<sup>102</sup> ab. Diese Ziele eines Wohlfahrtsstaates könnten in seinen Augen nur durch Zwang und willkürliche Methoden zu Stande kommen und die Freiheit beeinträchtigen. Hayek bestreitet grundsätzlich nicht, dass es Forderungen für staatliche Eingriffe geben kann, die auf den ersten Blick legitim erscheinen. Aber die Gefahr des Missbrauches durch den Staat überwiegt. „Während manche Ziele des Wohlfahrtsstaates nur mit Mitteln erreicht werden können, die die Freiheit beeinträchtigen, können alle seine Ziele mit solchen Mitteln verfolgt werden.“<sup>103</sup>. Das Einlassen auf kurzfristige, offensichtliche Lösungsansätze vergrößert die Gefahr, alternative Lösungsansätze nicht zu probieren oder gar zu verhindern. Je mehr Aufgaben dem Staat übertragen werden, desto mehr wird die Freiheit eingeschränkt. Der Staat bestimmt dann über ganze Bereiche, individuelle Bedürfnisse werden nicht mehr beachtet, können auch nicht mehr beachtet werden. Die Verwaltung wird in ihrem Streben nach Planbarkeit immer mehr in die Freiheiten der Individuen eingreifen. „Es ist unvermeidlich, dass aus dieser Art der Verwaltung des Volkswohls ein eigenwilliger und unkontrollierbarer Apparat wird, dem gegenüber der Einzelne hilflos ist [...]“<sup>104</sup>. Aus diesem Grunde sind staatliche Eingriffe auf ein Minimum zu begrenzen und eigentlich nur dort zulässig, wo sie den Markt nicht verzerren können.

### **Der Staat als Garant für Fairness?**

*„Wir sahen schon, dass trotz der individualistischen Züge der Gerechtigkeit als Fairness die beiden Gerechtigkeitsgrundsätze einen archimedischen Punkt bilden für die Beurteilung bestehender Institutionen wie auch der von ihnen erzeugten Bedürfnisse und Strebungen.“<sup>105</sup>*

Wie bereits im ersten Kapitel erwähnt sieht John Rawls zwei Grundsätze, die für ein gerechtes System gelten müssen: „Jedermann soll gleiches Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist.“<sup>106</sup> und der zweite Grundsatz: „Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass (a) vernünftigerweise zu erwarten ist, dass sie zu jedermanns Vorteil dienen, und (b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offen stehen.“<sup>107</sup>. Diese Grundsätze müssen einerseits von einem Staat garantiert werden und andererseits seiner Verfassung zu Grunde

---

<sup>102</sup> Hayek 2009, S. 157.

<sup>103</sup> Hayek 1991, S. 331

<sup>104</sup> Hayek 1991, S.333

<sup>105</sup> Rawls 1979, S. 565.

<sup>106</sup> Rawls 1979, S. 81.

<sup>107</sup> Rawls 1979, S. 81.

liegen. Eine politische Ökonomie<sup>108</sup> beschäftigt sich vor allem mit dem zweiten Grundsatz. Rawls sieht eine enge Verknüpfung zwischen der Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung. Denn die Bedürfnisse und die Gesellschaft beeinflussen sich gegenseitig, und ein Wirtschaftssystem dient nicht nur der Bedürfnisbefriedigung, sondern beeinflusst auch die Bedürfnisse der Zukunft. Diese Macht erfordert, dass ökonomische Entscheidungen nicht nur der Ökonomie überlassen werden können. Vielmehr müssen moralische und politische Ansichten in die Entscheidungen einfließen. Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass der Staat aktiv eingreifen muss, aber er hat die Aufgabe zu beobachten und zu analysieren, um im Falle der Notwendigkeit eingreifen zu können. Welches Wirtschaftssystem gewählt wird, ist nicht so wichtig, wobei John Rawls zwischen zwei Arten von Wirtschaftssystemen unterscheidet, ein auf Privateigentum gegründetes und ein sozialistisches Wirtschaftssystem. Die beiden Wirtschaftssysteme unterscheiden sich zwar im Besitz der Produktionsmittel, ansonsten sieht John Rawls<sup>109</sup> aber keine für die Verteilung wesentlichen Unterschied. Es ist für ihn wesentlich, dass sich beide auf den Markt als Verteilungsmechanismus stützen, wenn auch im auf Privateigentum aufbauenden Wirtschaftssystem der Markt in einem größeren Umfang von den privaten Haushalten abhängt, während im sozialistischen Wirtschaftssystem zentrale Planer einen größeren Einfluss ausüben. Die Grundstruktur der Rahmenbedingungen eines in Rawls Sinne gerechten Staates, der Privateigentum an den Produktionsmitteln zulässt, stellt er sich folgendermaßen vor: Die Grundlage bietet eine Verfassung, die die bürgerlichen Freiheiten schützt. Dazu zählt die Gewissens- und die Gedankenfreiheit, die politische Freiheit, die nach Möglichkeit auch Entscheidungen über die Regierung und die Gesetzgebung ermöglichen sollte und Chancengleichheit. Die Chancengleichheit versteht Rawls insofern, dass der Staat gleiche Bildungschancen und kulturelle Möglichkeiten für jene schafft, die dieser bedürfen im Sinne, dass sie gleich begabt und motiviert sind. Wie der Staat diese Bildungschancen schafft, über Schaffung der Bildungseinrichtungen, ein Stipendiensystem oder auf andere Möglichkeiten ist für Rawls nicht wesentlich. Eine weitere Aufgabe des Staates sieht Rawls in der Fürsorge für wirtschaftliche Chancengleichheit, dem Garantieren freier Berufswahl und der Verhinderung von Monopolen. Auch in der sozialen Fürsorge sieht Rawls Verpflichtungen des Staates. Der Staat muss für ein Existenzminimum sorgen, dass entweder aus Zuschüssen zum Gehalt bestehen, nach Bedarf gestaffelt oder Beihilfen für spezielle Situationen wie Unterstützungen für Familien, Arbeitslose und Kranke. Dies will John Rawls durch die Schaffung von vier Abteilungen in der

---

<sup>108</sup> Rawls 1979, S.291f.

<sup>109</sup> Rawls 1979, S. 303f.

Regierung erreichen, einer Allokationsabteilung, einer Stabilisierungsabteilung, einer Umverteilungsabteilung und einer Verteilungsabteilung. Die beiden erstgenannten Abteilungen haben die Aufgabe, die Marktwirtschaft aufrechtzuerhalten und marktwirtschaftliche Dysfunktionalitäten auszugleichen. Die Allokationsabteilung überwacht das Preissystem und die Anzahl der Anbieter. Ihre Aufgabe ist es, keine übermäßige wirtschaftliche Macht in Form von Monopolen entstehen zu lassen. Des Weiteren soll sie für eine Kostenwahrheit auf Seite der Anbieter sorgen, damit keine Kosten sozialisiert werden. Als Instrumente sollen ihr zweckgebundene Steuern, Subventionen und Veränderungen des Besitzrechts zur Verfügung stehen. Die Stabilisierungsabteilung widmet sich der Beschäftigung. Ihre Aufgabe ist das Erreichen von Vollbeschäftigung, so dass alle Arbeitssuchenden eine Arbeitsmöglichkeit finden, die Garantie für eine freie Berufswahl und auch das Gewährleisten guter Verdienstmöglichkeiten. Die Aufgabe der Umverteilungsabteilung sieht John Rawls in der Sicherung des Existenzminimums. Diese Abteilung soll ihr Augenmerk auf die Bedürfnisse der Bürger richten, denn diese berücksichtigt der Markt nicht. Die Abteilung soll nicht nur die Existenz der Individuen sichern, sondern ihnen auch einen gewissen Lebensstandard gewährleisten. Diese Gewährleistung sieht John Rawls als eine effizientere Methode der Grundbedürfnisbefriedigung an als beispielsweise gesetzliche Mindestlöhne. Die Basis bildet das Gesamteinkommen der ärmsten Schicht, „es muss ihre Aussichten auf lange Sicht maximieren (unter den Bedingungen der gleichen Freiheit für alle und der fairen Chancengleichheit)“<sup>110</sup>. Die vierte Abteilung bezeichnet John Rawls als Verteilungsabteilung, die sich der Werkzeuge der Besteuerung und der Änderung des Besitzrechts bedienen soll. Diese Werkzeuge erinnern an die Allokationsabteilung, ihre Aufgaben sind aber andere. Die Zielgruppe dieser Abteilung sind die Individuen, nicht Unternehmen, und sie soll private Allokation von Mitteln und Macht mittels Erbschaften und Schenkungen verhindern. Vererben entspricht dann John Rawls Gerechtigkeits Sinn, wenn sie dem am wenigsten Bevorzugten nützt und mit seinen Gerechtigkeitsgrundsätzen übereinstimmt. Dieser Teil der Abteilung soll keinen Ertrag für die Institution lukrieren, sondern nur die Vermögensverteilung ausgleichen. Anders sieht es bei der zweiten Aufgabe der Abteilung aus, die darin besteht, die Mittel für den Staat durch Steuern und Abgaben zu erzielen. Die aufgebrachten Mittel werden für die Bereitstellung der öffentlichen Güter und der Umverteilung benötigt. Die Steuern sollen in dem Sinne verteilt werden, dass sie der Verteilungsgerechtigkeit entsprechen. Auf die Art des Steuersystems will sich John Rawls nicht festlegen. „Die (nötigenfalls) progressive Besteuerung des Erbes und Einkommens und das Eigentumsrecht

---

<sup>110</sup> Rawls 1979, S. 311.



sollen in einer Demokratie mit Privateigentum die Institutionen der gleichen Freiheit und den fairen Wert der von ihnen gewährten Rechte gewährleisten.“<sup>111</sup>.

Um diese Frage zu beantworten wird zunächst einmal die Analyse des Staates von David Easton näher betrachtet.

### Wie funktioniert ein Staat?

„A political system can be designated as those interactions through which values are authoritatively allocated for a society; [...]“<sup>112</sup>

David Easton analysiert das politische System als Grundeinheit, nicht ihre Interaktionen<sup>113</sup>, womit er von der Tradition Max Webers abweicht. Die Interaktionen sind miteinander vernetzt und referenzieren aufeinander und bilden ein System politischen Verhaltens, ein politisches System. Dieses System kann nicht isoliert existieren, sondern interagiert mit der Umwelt<sup>114</sup>, und zwar mit der psychischen, physischen, biologischen und sozialen Umwelt. Das politische System ist ein offenes System. Die Systeme, mit denen es interagiert, beeinflussen die Konditionen, unter denen die Personen des politischen Systems agieren können. Politische Systeme zeichnet noch eine weitere Eigenschaft aus, zumindest manche von ihnen, und zwar die Fähigkeit auf Störungen zu reagieren und die Konditionen, unter denen es agiert, anzupassen. Politische Systeme zählen zu den wenigen Systemen, die viele Mechanismen entwickelten, um mit ihrer Umwelt zu interagieren. Diese Mechanismen können die dem politischen System immanenten Ziele verändern und der Umwelt anpassen, wenn es das Überleben des Systems erfordert. Ein politisches System unterscheidet sich von anderen Systemen und seiner Umwelt dadurch, dass: „a political system can be designated as those interactions through which values are authoritatively allocated for a society; [...]“<sup>115</sup>. Das bedeutet, dass ein politisches System Werte vertritt, die von einem Großteil der Gesellschaft eine gewisse Zeit vertreten oder zumindest geduldet werden. Die Umwelt selbst teilt David Easton in zwei Teile ein, den intragesellschaftlichen („intrasocietal“<sup>116</sup>) und den extragesellschaftlichen („extrasocietal“<sup>117</sup>) Einflüssen. Die intragesellschaftlichen Einflüsse umfassen wirtschaftliche, kulturelle, soziale und persönliche Komponenten, von denen die Politik einen Teil darstellt. Die extragesellschaftlichen

<sup>111</sup> Rawls 1979, S. 313.

<sup>112</sup> David Easton: *Varities of political theory*. Prentice-Hall 1972, S. 147.

<sup>113</sup> Vgl. Dieter Fuchs: *Die politische Theorie der Systemanalyse*. In Politische Theorien der Gegenwart I. Opladen & Farmington Hills 2006, S. 344.

<sup>114</sup> Easton 1972, S. 144 .

<sup>115</sup> Easton 1972, S. 147.

<sup>116</sup> Ebd.

<sup>117</sup> Ebd.

Einflüsse umfassen internationale Einflüsse, von denen einzelne Gesellschaften nur einen Teil darstellen. Beide Arten beeinflussen das politische System, wenngleich sie das System sowohl positiv, neutral oder negativ beeinflussen können. Der Großteil der Einflüsse sieht David Easton jedoch als störend für das politische System an. Diese Störungen können einen kritischen Punkt erreichen, an dem das politische System keine verbindlichen Werte mehr vorgeben kann und daher zusammenbricht, weil die Gesellschaft ein System sucht, das akzeptable Werte vorgibt. Doch dieses Szenario stellt für David Easton die Ausnahme dar, meistens ist das politische System fähig, mit Krisen in gewisser Weise umzugehen. Ein Zusammenbruch erfolgt nur, wenn das System keine Entscheidungen treffen kann oder seine Entscheidungen von der Mehrheit der Gesellschaft nicht mehr akzeptiert wird. David Easton sieht aber ein Problem für eine etwaige Analyse politischer Systeme, und zwar die große Menge an etwaigen Einflüssen. Diese verunmöglichen die Möglichkeit, diese zu untersuchen. Daher fasst er die möglichen Einflüsse in zwei Kategorien zusammen, den Inputs<sup>118</sup> und den Outputs<sup>119</sup>. Als Schlüsselinputs identifiziert David Easton zwei Inputs, die Forderungen („demands“<sup>120</sup>) und die Unterstützung („support“<sup>121</sup>). Diese Inputs erwarten Outputs vom politischen System, die David Easton als politischen Output („political output“) definiert. Dieser Ausdruck umfasst die Entscheidungen und Handlungen, die das politische System setzt bzw. genauer gesagt, die das politische System vertretenden Autoritäten. Input und Output sind über eine Feedbackschleife miteinander verbunden, denn die Inputs beeinflussen den Output und der Output wiederum den Input, so kann eine Entscheidung für die Förderung eines bestimmten Berufsstandes dessen Unterstützung für das System ebenso erhöhen, wie die Forderungen anderer Berufsstände nach denselben Förderungen, wobei jede dieser Förderungen administriert werden muss. Das Problem stellt die Feedbackschleife dar, die dem Staat als solches keinen Ausweg lässt, wenn er sich in Form der PolitikerInnen die Unterstützung erhalten will. Das bedeutet auch, dass, wenn der Staat Forderungen nach Bedingungen für die Distribution erfüllt, über die Feedbackschleife mit neuen Forderungen diesbezüglich konfrontiert werden wird. Das beschriebene Modell illustriert, wie ein Staat simpel dargestellt funktioniert. Aber es gibt keine Antwort auf die Frage, welche Aufgaben der Staat in der Distribution wahrnehmen soll. Es zeigt aber, wo die Ursachen für mögliche Schwachstellen liegen können.

---

<sup>118</sup> Easton 1972, S. 149.

<sup>119</sup> Ebd.

<sup>120</sup> Easton 1972, S. 151.

<sup>121</sup> Ebd.

## **Bietet der Staat Schutz vor Freeridern?**

„*Quis custodiet ipsos custodes?*“<sup>122</sup>

Wer bewacht die Wächter? Die Frage Juvenals kann man auch auf den Staat anwenden. Es gibt Aufgaben, die fast unumstritten vom Staat wahrgenommen werden sollen, wie zum Beispiel die Landesverteidigung. Diese kann verschieden aufgebaut sein, als verpflichtender Dienst für die Bürger eines Staates, als freiwilliger Dienst für die Bürger eines Staates oder in verschiedenen Kombinationen der beiden Systeme. In jedem der Systeme muss der Staat Mittel für die Ausrüstungen, den Unterhalt, den Sold, etc. aufbringen. Das Aufbringen der Mittel erfolgt durch die Einnahmen des Staates, die in der Regel durch Steuern seiner Bürger aufgebracht werden. Ein Nicht-Partizipieren an dem versprochenen Schutz ist als Bürger nicht möglich, wohl aber ein Agieren als Freerider, indem Steuern nicht bezahlt werden. Der Staat wird in einem solchen Fall die Administration erhöhen, um die Freerider zu verhindern oder behindern, möglicherweise ohne Rücksicht auf die dafür entstehenden Kosten zu nehmen, wenn ihm diese Maßnahmen die Unterstützung der Mehrheit zu sichern scheinen.

Eine andere Art des Freeriders, die den Staat als Unterstützer erfordert, wurde erstmals 1917 von Ralph Pulitzer<sup>123</sup> erläutert, sie wird heute meist als „iron triangle“ bezeichnet. Ralph Pulitzer erläutert die Gefahren, die er in einer Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg sieht. Das Problem besteht für ihn vor allem darin, dass diese Verhandlungen von Regierungen und nicht von Völkern geführt werden. Drei Kräfte definiert er als Gefahr. Erstens den Konservatismus der Regierung, die versucht, den Chauvinismus für ihren Vorteil zu nutzen und zweitens den Materialismus der Industrie und der Geschäftsleute. Drittens den Militarismus der Soldaten, die die Chauvinisten mit Stolz erfüllen. Diese drei Quellen bilden ein Dreieck, in dem sich die drei Komponenten gegenseitig unterstützen und fördern. Das Ziel der Politik ist es, seine Beliebtheit beim Wahlvolk zu mehren mit dem Ziel einer Wiederwahl und dem damit verbundenen Machterhalt bzw. Machtausbau. Um dieses Ziel zu erreichen setzt sie laut Ralph Pulitzer auf den Chauvinismus, der zur Zeit seiner Analyse durch den Ersten Weltkrieg besonders stark war. Die Industrie und die Geschäftsleute versprechen der Politik finanzielle Unterstützung, wenn die Aufrüstung weiter verfolgt wird, denn dies erhöht die Umsätze und Gewinne der Rüstungsindustrie und der mit ihr verbundenen Lieferanten und Geschäftsleute. Den Dritten im Bunde stellt die Exekutive dar, in Form des Militärs. Dieses unterstützt einerseits die Politik,

---

<sup>122</sup> Juvenal: *Satiren*. Satire IV.

<sup>123</sup> Ralph Pulitzer: *Forces at War in Peace Conclave*. In New York Times 18. Jänner 1919.

zum Beispiel durch Paraden, Siegesmeldungen und der Demonstration von Stärke, sowie dem Aufbau von Bedrohungsszenarien, die vor allem die von der Politik umworbenen Bevölkerungsschichten anspricht und die Existenz des Militärs rechtfertigt, andererseits durch Aufrüstungswünsche die Industrie sowie zwischengeschaltete Dienstleister. Diese drei Protagonisten kann man sich als Dreieck vorstellen. An der Spitze steht die Politik, deren Ziel der Machtgewinn darstellt. Sie unterstützt die Industrie, die in der linken Ecke des Dreiecks angesiedelt ist, durch Auftragsvergabe und Budgetmittel. Das Ziel der Industrie ist die Gewinnmaximierung. Dafür erhält die Politik durch die Industrie Geldmittel und Unterstützung im Wahlkampf. In der anderen Ecke des Dreiecks ist das Militär angesiedelt, dessen Ziel der eigene Machtausbau oder zumindest eine Machtbasis darstellt. Die Politik gewährt dem Militär Unterstützung für seinen Ausbau und das Militär unterstützt die Politik durch Hilfestellungen. Die Industrie wiederum erhält vom Militär Unterstützung in Form von beispielsweise Empfehlungen der aufzurüstenden Waffengattungen, dafür erhalten Entscheidungsträger im Militär spezielle Zuwendungen.

Dieses eiserne Dreieck ist allerdings nicht auf das Militär beschränkt und auch nicht auf die USA. Es sind zumindest Szenarien denkbar, wie beispielsweise in der Landwirtschaft, die nach ähnlichen Parametern funktionieren. Ein solches Szenario könnte beispielsweise folgendermaßen aussehen: Die Lobby der Betreiber von Landwirtschaft verspricht einer politischen Gruppierung Unterstützung in Form von Einladungen zu landwirtschaftlichen Messen und unterstützenden Artikeln in der Lobbyzeitschrift, die jeder Landwirt zugesandt erhält. Die Politik erreicht dafür die Erhöhung von Subventionen für landwirtschaftliche Produkte. Unterstützung erhält sie dafür von der Bürokratie, die ihrerseits die Subventionen überwachen muss und daher ausgebaut wird, andererseits als Sponsor landwirtschaftlicher Messen auftreten kann. Die Bürokratie erlangt noch einen weiteren Vorteil, denn durch die Vergabe und Überwachung der Subventionen rechtfertigt sich ihre Existenz. Man kann das Dreieck auch in eine allgemeinere Form bringen. An der Spitze steht immer die Politik. Diese benötigt für ihren Machterhalt oder Machtausbau Unterstützung, der sich je nach Regierungsform unterschiedlich äußern kann. Diese Unterstützung erhält sie von außen durch Lobbyisten, die die Politik mit Zuwendungen bedenken. Im Inneren des Staatskonstruktes erhält sie die Unterstützung durch die Bürokratie. Die Politik ihrerseits unterstützt die durch die Lobbyisten vertretene Interessengruppe, in dem sie die Wünsche derselbigen vertritt und unter Umständen in Gesetze umwandelt. Die Bürokratie wird durch die Politik mit Rechtfertigung ihrer Existenz durch Aufgabenzuteilung belohnt. In gewisser Weise

gleich es einer Win-win-Situation, da jede der drei beteiligten Gruppen profitiert. Es gibt aber eine vierte Gruppe, die nicht direkt Teil der Dreiecksbeziehung ist. Diese Gruppe stellen die Bürger, die durch Abgaben für das Dreieck aufkommen. Eine durch eine Interessengruppe erreichte Lösung wird nicht unbedingt die für die Allgemeinheit beste Lösung darstellen, da ja das Ziel der Interessengruppe die eigene Gruppe und nicht die Allgemeinheit ist. Die von Adam Smith erwähnte „unsichtbare Hand“, die die Eigeninteressen der Individuen zu einem ungewollten Wohlstandsgewinn für alle umwandelt würde in diesen Fall nicht funktionieren, da die Mechanismen des Marktes umgangen werden würden. Die offiziellen Kosten für die Allgemeinheit würden wahrscheinlich gering erscheinen oder könnten gut verkauft werden, so dass nur einem geringen Teil der Bevölkerung dieser Umstand auffallen würde. Die entstehenden Opportunitätskosten wären wahrscheinlich nur schwer feststellbar, würden aber die offiziellen Kosten wohl um ein Vielfaches übersteigen.

Der nächste Abschnitt widmet sich der Frage, wie Zentralinstitutionen in der Vergangenheit mit der Frage der Verteilung umgingen.

## Historischer Abriss

*„Ein heutiger Proletarier und ein antiker Sklave verständigen sich so wenig, wie ein Europäer und ein Chinese.“<sup>124</sup>*

Der historische Abriss soll die verschiedenen Arten der Verteilungsmechanismen Europas aufzeigen. Natürlich ist jeglicher historischer Abriss mit Vorsicht zu genießen. Die Verwendung moderner Ausdrücke dient dem besseren Verständnis, es ist aber zu beachten, dass eine eins zu eins Umlegung nicht möglich ist, da moderne Ausdrücke bestenfalls Hilfsausdrücke darstellen können. Selbst den Worten, die die heutige Gesellschaft von historischen Begriffen ableitet liegt meist ein anderes Weltbild und somit Verständnis zu Grunde. Ein Sklave in der Antike war nicht vergleichbar mit jener Bedeutung<sup>125</sup>, die diesem Begriff heute zugeschrieben wird. Der Abriss beansprucht keineswegs eine Vollständigkeit, sondern soll an Beispielen zeigen, wie sich die Verteilung und deren Mechanismen in der europäischen Historie abspielten. Wenn soziale Transferleistungen bzw. der Versuch der gelenkten Distribution und Kontrolle tatsächlich einen *circulus diaboli* darstellen, war es dann immer schon so oder zeigt der Blick in die Vergangenheit einen möglichen Ausweg? Davor jedoch muss der Begriff Transferleistung, wie er in dieser Arbeit verwendet werden soll, näher betrachtet werden.

### Transferleistungen

*„Transferleistungen sind bestimmte Geld- oder Sachleistungen, die an Menschen bezahlt bzw. ihnen gewährt werden, ohne dass diese dafür eine Gegenleistung erbringen.“<sup>126</sup>*

Transferleistungen sind ein Mittel, um Distribution institutionalisiert durchzuführen. Die oben angeführte Definition stammt aus dem Politiklexikon für Jugendliche im Auftrag des österreichischen Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur aus dem Jahr 2008. In der Folge zählt dieser Artikel des Politiklexikons verschiedene konkrete Beispiele für Transferleistungen in Österreich auf. Der Begriff soziale Transferleistung ist aber nicht ganz unumstritten, daher wird im Folgenden eine Arbeitshypothese dieses Begriffes für den Zweck der vorliegenden Arbeit herausgearbeitet. Das Wort „Transfer“ hat lateinische Wurzeln und bedeutet hinüberbringen. Die heutige Bedeutung liegt darin begründet, dass Leistungen von

<sup>124</sup> Max Weber: *Die sozialen Gründe des Untergangs der antiken Kultur*. In *Über das Studium der Alten Geschichte* / hrsg. von Wilfried Nippel, München 1993, S. 291.

<sup>125</sup> Vgl. Siegfried Lauffer/Hans Kloft (Hrsg.): *Sozialmaßnahmen und Fürsorge: zur Eigenart antiker Sozialpolitik*. In *Grazer Beiträge*, Graz 1988, S. 7.

<sup>126</sup> Gärtner, Reinhold: *Politiklexikon für junge Leute*. Wien<sup>1</sup> 2008.

Leistungen gebenden Personen an Leistungen empfangende Person transferiert werden. Der offizielle Zweck liegt darin, etwaige Mängel oder Bedürfnisse zu beheben. Der Ausdruck ohne Gegenleistungen ist aus zwei Gründen näher zu betrachten. Es gibt zwei Modelle, wie Transferleistungen finanziert werden können. In dem einem Modell gibt es kaum ein Versicherungssystem - möglichst viele Transferleistungen werden aus den eingehobenen Staatseinnahmen finanziert. Dieses System herrscht zum Beispiel in den skandinavischen Staaten vor.<sup>127</sup> In den deutschsprachigen Staaten besteht ein Mischsystem, in dem viele Leistungen vorgeblich über ein Versicherungssystem laufen. Die Grenzen können aber oft nicht eindeutig gezogen werden. Leistungen für Einwohner, die noch nie in das Versicherungssystem eingezahlt haben, werden beispielsweise direkt vom Staat bezahlt und nur anders benannt, im Kern gleichen sie aber den Leistungen aus der Versicherung. Ebenso ist davon auszugehen, dass der Staat bei finanziellen Notlagen der Versicherungsträger finanziell helfend einspringt. Auch der Ausdruck ohne Gegenleistung erscheint nicht klar definiert. Zwar steht den Transferleistungen, die direkt vom Staat ohne Zwischenschaltung einer Versicherungsinstitution transferiert werden, keine direkte Einzahlung gegenüber. Aber die Transferleistung wird, zumindest theoretisch, von den allgemein eingehobenen Steuern beglichen bzw. von den aufgenommen Krediten des Staates, denen aber auch das Steueraufkommen als Sicherheit gegenüber steht. Auch ist die Möglichkeit der Entgegennahme vieler Transferleistungen an Bedingungen geknüpft, die zwar nicht finanzieller Natur sein müssen, die aber nichts desto trotz erfüllt werden müssen. In der historischen Abhandlung wird ersichtlich sein, dass beispielsweise die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit unter Beweis gestellt werden muss, oder die Zugehörigkeit zu einer definierten Gruppe. In der vorliegenden Untersuchung werden alle Leistungen des Staates oder von ihm eingerichteter Institutionen subsumiert, die Leistungen an die Bürger transferieren oder versuchen, die Distribution zu lenken. Im historischen Rückblick erschließen sich diese Fragen am ehesten, wenn man den Umgang von Institutionen mit ihren Bedürftigsten, meist als „die Armen“ bezeichneten, betrachtet.

Die Spieltheorie liefert Argumente für die Annahme, dass Kooperation Vorteile in der Entwicklung bietet und bot. Das kann zu einem Gedankenexperiment bezüglich der Entwicklung der Menschen der Zeit führen, aus der keinerlei schriftliche Zeugnisse überliefert sind. Gedankenexperimente dieser Art blicken in der Philosophie auf eine lange Tradition zurück. Zu den bekanntesten dieser Art zählen die Beschreibungen eines Naturzustandes bei Hobbes<sup>128</sup>,

---

<sup>127</sup> Vgl. Füllsack 2002.

<sup>128</sup> Hobbes 1651.

Locke<sup>129</sup>, Rousseau<sup>130</sup> und in der Gegenwart bei Rawls<sup>131</sup>.

Vorstellbar ist eine Gruppe von Geschöpfen, die sich aus einer Familie gebildet hat. Die Kooperation führt scheinbar zu einem evolutionären Vorteil und daher zu besseren Überlebenschancen. Es sind jedenfalls mehrere Aufgaben vorstellbar, die durch Kooperation besser zu bewerkstelligen erscheinen. Das ist einerseits die Nahrungsmittelbeschaffung, die zumindest bei der Jagd auf Großwild eine Kooperation einer größeren Gruppe unabdingbar erscheinen lässt. Aber auch bei der Suche nach Nahrungsmittel zum Sammeln steigt die Chance für das Auffinden von Ressourcen durch eine größere Anzahl von Suchenden, wie es sich beispielsweise bei Insekten beobachten lässt. Innerhalb der Gruppe können die verschiedenen Mitglieder je nach ihren Fähigkeiten verschiedene Aufgaben verschieden gut erfüllen. Es ist also wahrscheinlich, dass sich innerhalb der Gruppe eine Art Aufgabenteilung<sup>132</sup> und damit Arbeitsteilung herauskristallisiert.

### **Der Ursprung der Transferleistungen?**

*„[...] dessen Bürger gerechte Männer schlechthin und nicht bloß bedingungsweise sind, dieselben weder das Leben eines Handwerkers noch das eines Kaufmanns führen dürfen, denn ein solches ist unedel und der Tugend zuwider, und dass auch Ackerbauern diejenigen nicht sein dürfen, welche hier Staatsbürger sein wollen, [...]“<sup>133</sup>*

Mit dem Einsetzen der Schrift entsteht die Möglichkeit einer Überlieferung, die nicht vom Gedächtnis und der Weitergabe von einem Individuum zu einem anderen abhängt. Teile des Schriftgutes sind bis heute erhalten und ermöglichen einen etwas genaueren Blick auf die Verteilungsmechanismen mancher antiken Kulturen, auch wenn viele der heute noch erhaltenen Überlieferung nur durch Rezeptionen aus zweiter oder dritter Hand zur Verfügung stehen. Aus den Familien entwickelten sich Sippen und aus den Sippen größere Zusammenschlüsse wie Stämme oder Staaten. Es liegt auf der Hand, dass größere Zusammenschlüsse andere Mechanismen der Verteilung benötigen, sofern sie eine solche als notwendig erachteten. Wie bereits im vorherigen Kapitel beschrieben wurde kam es bereits in der Vorzeit zu ersten Arbeitsteilungen, welche sich in der Antike fortsetzten. Ein Beispiel für eine Arbeitsteilung am Beginn der Antike berichtet der antike Historiker Diodor<sup>134</sup> von der Insel Lipara im

<sup>129</sup> Locke, John: Zwei Abhandlungen über die Regierung. London 1689.

<sup>130</sup> Rousseau 1762.

<sup>131</sup> Rawls 1979.

<sup>132</sup> Vgl. Füllsack, Manfred: Zuviel Wissen? Zur Wertschätzung von Arbeit und Wissen in der Moderne. Berlin 2006.

<sup>133</sup> Aristoteles.: Politik 1328b 35 – 1329 a.

<sup>134</sup> Diodorus: Griechische Weltgeschichte. Buch IV, 9.



Thyrrhenischen Meer. Diese wurde von griechischen Einwanderern besiedelt. Da sie als Insel von See bedroht waren, wurde eine Hälfte der Bevölkerung zum Schutz der Insel eingeteilt. Waren sie am Beginn zum Schutz gegen Seeräuber tätig, so spezialisierte sich diese Gruppe später selbst zu Seeräubern. Die andere Hälfte der Bevölkerung war für die Bewirtschaftung der Insel zuständig. Die Ackerflächen galten für lange Zeit als Gemeingut, später wurden sie alle zwanzig Jahre neu verlost. Um die Erträge der beiden Bevölkerungsgruppen aufzuteilen wurden gemeinsame Mahlzeiten eingerichtet, an denen auch die Beute der seefahrenden Bevölkerung aufgeteilt wurde. Die Arbeitsteilung erzwang also einen Transfer zwischen den Bevölkerungsgruppen, da diesen die jeweils andere Art der Tätigkeit verwehrt war. Das gemeinsame Essen als Art des Transfers zwischen den Einwohnern wurde auch in Kreta gepflegt. Aristoteles berichtet<sup>135</sup>, dass der Staat gemeinsame Mahlzeiten ausrichtete. Aristoteles vergleicht die kretische Art der gemeinsamen Speisung mit der Spartas. Sparta<sup>136</sup> beschreibt er zuerst als ein Land, indem die Güter aus Privatbesitz gleichzeitig auch der allgemeinen Benutzung offen stehen. Das Ackerland steht zwar in Besitz einer Familie, steht aber demjenigen, der am Weg darbt, zur Benützung zur Verfügung, ähnliches geschieht mit Sklaven oder Nutztier. Die gemeinsamen Mahlzeiten Spartas aber wurden im Gegensatz zu Kreta von Bürgern gestiftet, unabhängig von ihrer Vermögenslage und ihre Ausrichtung führte daher teilweise zu Armut. Sie dienten also nicht dem Transfer zum Ausgleich von Bedürfnissen, sondern eher dem Beweis des jeweiligen Besitzstandes. Wie erwähnt wurde es in Kreta anders gehandhabt. Kreta stellte eine Palastwirtschaft dar, in der die Wirtschaft zentral gelenkt wurde. Die produzierten Güter wurden gesammelt, zentral verwaltet und verteilt. Eine Art der Verteilung stellten die vom Palast ausgerichteten Mahlzeiten dar, zu denen auch Gäste<sup>137</sup> und Reisende geladen waren. Eine zentral verwaltete Wirtschaft bedeutet wahrscheinlich auch, dass die Arbeit nach Bedarf an Personen weitergegeben wurde. Eine zentrale Verwaltung der eingehenden Güter sowie deren Ausgabe nach einem bestimmten Schlüssel verlangte sicher auch eigene Spezialisten, die diese Tätigkeiten organisierten und beaufsichtigten. In Kreta scheint die Verteilung und das Zurverfügungstellen öffentlicher Güter zentral gelenkt gewesen sein. Alle Produktionsmittel waren scheinbar Eigentum des Palastes, der auch für die Versorgung seiner Untergebenen verantwortlich war.

Eine der bekanntesten Kulturen der Antike stellt der Stadtstaat Athen dar, gilt dieser doch als

---

<sup>135</sup> Vgl. Aristoteles: Politik. 1271a 25.

<sup>136</sup> Aristoteles: Politik. 1263a 30f.

<sup>137</sup> Vgl. Pöhlmann, Robert: Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus. München 1893.

Wiege der Demokratie und der Philosophie. Dem Stadtstaat Athen werden auch erste explizite Transferleistungen zugeschrieben, wobei das Hauptaugenmerk nicht auf der Beseitigung der Armut gelegen sein dürfte, sondern dem Nutzen für die Gemeinde. Noch ist die Familie in Form des Haushaltes hauptsächlich für Verteilung zuständig, Aristoteles<sup>138</sup> sieht in ihr den Staat im Kleinen. Aber wie die Familie für die Verteilung in sich selbst verantwortlich ist, so sieht sich scheinbar auch der Staat für seine Mitglieder verantwortlich, wenn die Familie ausfällt. Zuerst wurde ein Transfersystem für diejenigen geschaffen, die auf Grund eines Krieges nicht mehr für sich selbst aufkommen konnten, für Kriegswaisen, Kriegsversehrte und Hinterbliebene von Gefallenen. Es wurde also für die gesorgt, die durch den Dienst am Vaterland nicht mehr für sich selbst sorgen konnten. Es ist auch anzunehmen, dass eine solche Regelung den Einsatz am Felde zu Gute kam. Die Soldaten der damaligen Zeit waren milizartig organisiert, die Bürgerpflichten definierten sich teilweise über den Heeresdienst und dem damit sich selbst für die Verteidigung der Stadt und der Gemeinschaft zur Verfügung stellen. Ein Soldat, der sich während eines Krieges nicht zu sehr sorgen muss, wer sich im Falle seines Todes um seine Hinterbliebenen bzw. im Falle einer schweren Verwundung um seinen Lebensunterhalt kümmert, wird wahrscheinlich eine bessere Moral und damit Kampfkraft aufweisen. Die Kriege jener Zeit erforderten auch eine Ausweitung der Bürgerrechte. Grundsätzlich oblag einem Vollbürger die Aufgabe, eine vollständige Kriegsausrüstung im Krieg bereitzustellen. Der Vollbürger musste also auch in der Lage sein, die Stadt, in der er die Bürgerrechte besaß, mit der Waffe zu verteidigen und für ihre kostspielige Ausrüstung aufzukommen. Die Bewohner der Stadt, denen dies nicht möglich war, mussten auf das Vollbürgertum verzichten und im Kampf als Ruderer dienen. Die Seeschlacht von Salamis und die Steigerung der Wichtigkeit der Marine für Athen ermöglichten den bis zu diesem Zeitpunkt nicht als Vollbürger anerkannten Bewohnern Athens den Aufstieg in das Bürgertum. Perikles sah es später als notwendig an, eine neue Form der staatlichen Fürsorge zu ermöglichen, um sich deren Unterstützung zu sichern. Die Ämter der Stadt waren Ehrenämter und wurden als Ehrendienste von den Vollbürgern monetär unentgeltlich erbracht, und dass man sie ohne Lohn erfüllen konnte war eine Voraussetzung für den Status als Bürger. Ein Nachteil dieser Usance war, dass Ämter nur von wohlhabenden Bürgern wahrgenommen werden konnten und weniger begüterte Einwohner von diesem Ehrendienst ausgeschlossen waren und damit nicht Vollbürger sein konnten. Perikles schuf als Konsequenz Ämter, die vom Stadtstaat eine Entschädigung<sup>139</sup> für ihren Aufwand erhielten und somit auch den

---

<sup>138</sup> Vgl. Aristoteles Politik.

<sup>139</sup> Walzer 2006, S. 117.

weniger wohlhabenden Bürgern offen standen. Eine andere Transferleistung betraf die Befriedigung des religiös-kulturellen Bedürfnisses der Bewohner Athens, und zwar Theateraufführungen, die einen hohen Stellenwert einnahmen. Sie dienten einerseits der Unterhaltung, gleichzeitig aber auch kultisch-religiösen Zwecken, wobei in der Antike der kultisch-religiöse Zweck einen höheren Stellenwert einnahm. Diese Theateraufführungen zu Ehren des Dionysos fanden an dessen Festtagen statt und um allen Bürgern die Teilnahme zu ermöglichen wurde das „theorikon“<sup>140</sup> in Höhe einer Drachme eingeführt. Diese wurde am Beginn von den wohlhabenden Bürgern zur Verfügung gestellt und vom Stadtstaat an die ärmeren Bürger verteilt. Daraus entwickelte sich dann eine eigene Kassa mit Verwaltungsapparat, die auch den Besuch weiterer Veranstaltungen finanzierte. Die Voraussetzung für die Auszahlung, dass der Staat Überschüsse erwirtschaften müsse, um das „theorikon“ zu zahlen wick dem Gewohnheitsrecht. Die religiösen Kulte wurden damals als eine wichtige Einrichtung zum Wohle der Stadt gesehen, daher wurden sie nicht nur mit Spenden, sondern auch mit öffentlichen Mitteln bedacht. Das bekannteste Beispiel stellt wahrscheinlich die Akropolis dar, die mit öffentlichen Mitteln erbaut wurde. Für die Überwachung des Zustandes der Straßen und Wege sowie deren Instandhaltung waren bis zu fünf Personen eingesetzt, so genannte Wegebaumeister<sup>141</sup>. Eine weitere Aufgabe, für die sich die Gemeinschaft zuständig sah, war eine medizinische und hygienische Grundversorgung der Stadt. Es gibt Überlieferungen von öffentlich bezahlten Ärzten, deren Aufgabe wahrscheinlich vor allem eine Versorgung der Stadt in Seuchenzeiten<sup>142</sup> war. Die Versorgung der Bürger in normalen Zeiten oblag wahrscheinlich jedem Bürger selbst und wurde nicht von der Allgemeinheit finanziert. Hygienische Vorschriften wurden von den Bürgerversammlungen beschlossen und von Beauftragten der Stadt überwacht. Bäder und Gymnasien wurden für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt, um die Hygiene und Gesundheit zu unterstützen. Die Versorgung mit Bildung sah die antike Stadt nicht als ihre Aufgabe an, diese war Privatangelegenheit. Einen wesentlichen Punkt der antiken Distribution stellte die Versorgung mit Nahrungsmitteln dar, vor allem mit Getreide. Die Getreideversorgung war ein häufig wiederkehrender Tagesordnungspunkt in den antiken Versammlungen<sup>143</sup> Athens. In Athen wurde das Getreide nicht kostenlos verteilt, aber die Stadt überwachte den Getreidemarkt und griff auch regulierend ein. Michael Walzer zählt die in

---

<sup>140</sup> Vgl. Ruschenbusch, Eberhard: Die Einführung des Theorikon. In Zeitschrift für Papyrologie und Epigraphik, 36, Bonn 1979, S. 303 – 308.

<sup>141</sup> Walzer, 2006, S. 116.

<sup>142</sup> Vgl. Walzer 2006, 115.

<sup>143</sup> Aristoteles, Ath. Pol. 43,4.

Athen mit dieser Aufgabe betrauten folgendermaßen auf: „Er bestand aus zehn Marktmeistern, zehn Marktaufsehern, zehn Eichmeistern, den Metronomen, fünfunddreißig „Kornwächtern“, die für einen gerechten Preis sorgten, und – in Krisenzeiten – einer Gruppe von Kornkäufern, die Staatsabgaben in Gestalt von Gebühren erhoben, um die nötigen Mittel zum Kauf von Korn zur Verfügung zu haben, und die sowohl Preissenkungen als auch Rationierungen initiierten.“<sup>144</sup>. Der Getreidemarkt spielt auch im als nächsten betrachteten antiken Reich eine zentrale Rolle in der Distribution.

Die griechischen Stadtstaaten als solche verloren an Bedeutung und auf den sieben latinischen Hügeln bildete sich aus einem Stadtstaat das aus heutiger Sicht erste große Staatsgebilde Europas, das römische Reich. Das römische Reich bildete keinen zentralisierten Staat im heutigen Sinne und die Verteilungsproblematik wurde größtenteils dezentral geregelt. Es galt eine Patronage, in der ein reicher Patron für seine Klientel zu sorgen hatte, die dieses Recht sogar einklagen<sup>145</sup> konnte.

Eine Sonderrolle nahm die Gründungsstadt Rom ein. Schon in der römischen Republik<sup>146</sup> war es üblich, zumindest temporär einen Höchstpreis für Getreide von staatlicher Seite festzulegen bzw. den Getreidepreis zu subventionieren. Daraus entstand später eine kostenlose Verteilung von Getreide an eine bestimmte Anzahl von römischen Bürgern. Diese Anzahl wurde von verschiedenen Kaisern angehoben, ebenso wurde temporär die Leistung als solche ausgeweitet. Anspruchsberechtigt waren alle römischen Bürger mit ständigem Wohnsitz in Rom. Um ihren Anspruch anzumelden, mussten sie sich in eine Liste eintragen lassen. Die administrative Abwicklung übernahm ab Kaiser Augustus ein eigens geschaffenes Amt, der „praefectus annonae“, davor oblag diese Aufgabe den Aedilen. Doch schon Caesar zuvor schuf eigene Aedilen für die Wahrnehmung dieser Aufgabe. Das Amt des „praefectus annonae“ wuchs in der Zeit seines Bestehens an und bestand bis zum Ende des Weströmischen Reiches. Dem „praefectus annonae“ unterstand zahlreiches Personal sowohl in Rom selbst wie auch in dessen Hafen Ostia. Die kostenlose Getreideversorgung blieb nicht auf die Stadt Rom beschränkt. Unter Kaiser Konstantin wurde mit dem Ausbau und Umwidmung der Stadt Byzantion zu seiner Hauptstadt Konstantinopel auch die Art der Getreideversorgung<sup>147</sup> von Rom übernommen. Ebenso ist eine kostenlose Getreideversorgung für Alexandria überliefert, aber auch für die

---

<sup>144</sup> Walzer 2006, S. 115.

<sup>145</sup> Kolb, Frank: Rom: die Geschichte der Stadt in der Antike. München<sup>2</sup> 2002, S. 236.

<sup>146</sup> Kolb 2002, S. 235.

<sup>147</sup> Socrat., hist.eccl. 2,13.

ägyptische Kleinstadt Oxyrhynchos<sup>148</sup>. Die dortige Getreideversorgung ist durch Papyrusfunde relativ gut dokumentiert und kann als Beispiel dienen, wie die Versorgung mit Nahrungsmitteln in antiken Städten unter Umständen ablief sowie der damit verbundene bürokratische Aufwand. Oxyrhynchos lag 160 km südwestlich von Kairo, nicht direkt am Nil. Die Zahl der möglichen Empfänger wurde auf 4000 Personen festgelegt. Die Voraussetzung für den möglichen Empfang stellte die Vollbürgerschaft der Stadt dar. Die Empfänger wurden per Los ermittelt und lassen sich in drei Gruppen einteilen. Die größte Gruppe stellten die Bürger mit 3000 Personen. Obwohl das einzige Kriterium für den Empfang die Bürgerschaft darstellte und der Empfänger durch ein Losverfahren ermittelt wurde, weisen Papyri darauf hin, dass es Bestätigungen<sup>149</sup> gab, dass das Getreide benötigt wurde. Die zweite Empfängergruppe stellten städtische Bedienstete dar, bei denen die Getreidezuteilung einen Teil der Entlohnung dargestellt haben könnte. Der dritte Empfängerkreis bestand aus unehelichen Kindern, die auf diese Weise versorgt wurden. An die berechtigten Empfänger für die Getreidezuteilung wurden Berechtigungsmarken<sup>150</sup> verteilt, wobei diese nicht nur für Getreidezuteilung gültig waren, sondern zeitweise auch für andere Mittel zur Befriedigung rudimentärer Bedürfnisse, wie beispielsweise Öl und manchmal Wein. Die Marken waren wahrscheinlich ein Jahr gültig und wurden bei der Amtsübergabe an den Nachfolger<sup>151</sup> übergeben. Das bedeutet, dass es wahrscheinlich bei Nichteinlösung ein *Procedere* für die Einsammlung der Marken gab sowie auch eine periodische Kontrolle der Anzahl der Marken. Das würde auch bedingen, dass es eine Feststellung der Personen gab, die ihre Marken einlösten. Die Verwaltung erfolgte in der ersten Instanz grundsätzlich dezentral im jeweiligen Stadtteil. Die zuständigen Verwalter eines Stadtteils, die *Phylarchen* waren für Stadtteillisten verantwortlich. Wie ordnungsgemäß die Wartung der Listen durchgeführt wurde ist unklar, es kommt auf jeden Fall periodisch zu zentral angeordneten Bereinigungen von Listen. Eine solche überliefert Sueton<sup>152</sup> beispielsweise auch für Rom. Dort hätte Gaius Julius Cäsar eine solche Bereinigung angeordnet, wodurch der Kreis der berechtigten Empfänger von 320.000 Personen auf 150.000 fiel. Die Stadtteillisten wurden an einen Sekretär der Getreideversorgung weitergeleitet, der der Stadtverwaltung unterstellt war. Die Angaben der Stadtteile wurden von Sachverständigen kontrolliert, die die Identität der Antragsteller überprüften. Die ebenfalls

---

<sup>148</sup> D'Arms, John H., Fischer, Wolfram (Hrsg.): Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. 1. Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der römischen Kaiserzeit, Stuttgart 1990, S. 255.

<sup>149</sup> Kloft, Hans: Das Problem der Getreideversorgung in den antiken Städten: das Beispiel Oxyrhynchos. In Grazer Beiträge, Graz 1988, S. 139.

<sup>150</sup> Kloft 1988, S. 151.

<sup>151</sup> Kloft 1988, S. 145.

<sup>152</sup> Sueton: Cäsar, 41, 3.

zentral eingesetzten „diakritai“ waren für Streitfälle zuständig. Neben diesen rein für die Verwaltung zuständigen Beamten gab es natürlich noch die Personen, die die Verteilung praktisch durchführten. Dazu zählten beispielsweise die Beamten, die die Marken austeilten und einholten und jene, die die Ausgabe des Getreides überwachten, sowie Lagerverwalter, Lagerarbeiter, Lastenträger und Getreideverteiler.

### **Christliche Caritas – ein Ende der Armut?**

*„Niemand kann zwei Herren dienen: Entweder er wird den einen hassen und den andern lieben, oder er wird an dem einen hängen und den andern verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon. Darum sage ich euch: Sorgt nicht um euer Leben, was ihr essen und trinken werdet; auch nicht um euren Leib, was ihr anziehen werdet. Ist nicht das Leben mehr als die Nahrung und der Leib mehr als die Kleidung?“<sup>153</sup>*

Allgemein wird den Religionen, die am engsten mit Europa verbunden sind, ein enges Verhältnis zu Transferleistungen nachgesagt. „Das andere ist dies: „Du sollt deinen Nächsten lieben wie dich selbst“. Es ist kein anderes Gebot größer als dieses.“<sup>154</sup> oder das Gleichnis des barmherzigen Samariters kann man als Grundlage für soziale Transferleistungen im christlich geprägten Abendland sehen. Almosen sind keine Transferleistungen im oben definierten Sinne, aber das schließt nicht aus, dass sie nicht der Ursprung sozialer Transferleistungen sein können. Wie oben bereits an den Zitaten ersichtlich ist, stellt zumindest im Christentum die Caritas und die damit verbunden Almosen einen Teil des Grundverständnisses dar. Folgt man dem Zitat aus dem Markusevangelium, dann ist es neben der Liebe zu Gott gar das wichtigste Gebot der Christen. Das Urchristentum selbst sah die Caritas als eine ihrer Aufgaben. So heißt es im Brief an Diognet „Wer dagegen die Last seines Nächsten auf sich nimmt, wer dem Schwächeren helfen will in den Stücken, in denen er ihm überlegen ist, wer das, was er von Gott empfangen hat, den Bedürftigen spendet, der wird ein Gott für die Empfänger, er ist Gottes Nachahmer.“<sup>155</sup>. Wenn man diese Aussage exemplarisch für die Mentalität des frühen Christentums ansieht, so müsste mit dem Aufstieg des Christentums als Staatsreligion die Armenfürsorge und mit dem Christentum die sozialen Transferleistungen ein Leitmotiv des Staates und der Bürger geworden sein. Dies ist so aber zumindest nicht überliefert, und die ökumenischen Konzile behandeln andere Themen. Die Zeit war aus kirchlicher Sicht geprägt vom Diskurs über die wahre Religion und ihre Auslegung.

<sup>153</sup> Matthäus 6, 24-25.

<sup>154</sup> Markus 31,12.

<sup>155</sup> Diognet: *Brief an Diognet*. Frühchristliche Apologeten und Märtyrerakten Band I, München 1913, S. 170.

Im Mittelalter kam es zu Gründungen sogenannter Bettelorden, die sich die persönliche Armut und gleichzeitige Hingabe zum Nächsten als Ziel setzten. Die scheinbare Notwendigkeit für die Gründung solcher Orden weist darauf hin, dass Teile der Kirche dieser Aufgabe nicht mehr im gefühlt notwendigen Maße nachkamen. Mit der Aufklärung setzte die Säkularisierung ein und die christlichen Kirchen verloren an Bedeutung, ein Trend, der sich in Europa bis heute fortsetzt. Politische Vereinigungen, vor allem sozialistische, die kirchliche Ideen (zumindest offiziell) ablehnen, zählen teilweise zu den stärksten Verfechtern von sozialen Transferleistungen. Natürlich widerspricht die Säkularisierung nicht einer christlichen Wurzel für soziale Transferleistung. Eine Säkularisierung ist ja nur denkbar im Hintergrund einer durchaus christlich geprägten Kultur in Europa. Und man könnte durchaus argumentieren, dass bei der Trennung von Kirche und Staat eben auch soziale Transferleistungen vermehrt auf den Staat übergingen, aber nur, weil dieser die Aufgaben der Kirche übernahm. Dabei muss aber bedacht werden, dass die christliche Kirche vor allem eine dem Jenseits zugewandte Institution war und eigentlich auch noch ist. Die Doktrin der Mildtätigkeit der Kirche verfolgte so gesehen (überspitzt formuliert) vor allem den Zweck, sich im Diesseits mittels Almosen einen guten Platz im Jenseits zu sichern. Es war also für den Einzelnen wichtig, dass er als Individuum andere Individuen unterstützte. Die Mildtätigkeit der Institutionen war so gesehen ein Nebenprodukt dieser Doktrin, es bleibt auch in der historischen Darstellung noch zu untersuchen, inwieweit sie eine tragende Rolle spielte. Paul Veyne drückte die Rolle der frühen christlichen Kirche so aus: "Der Triumph der christlichen Religion hat eine starke Minderheit in die Lage versetzt, eine ganze Gesellschaft für die Armut zu sensibilisieren."<sup>156</sup> Eine direkte Verbindung des Christentums zu sozialen Transferleistungen lässt sich daraus nur schwer ableiten.

### **Bedürftige im Diesseits als Hilfe für das Jenseits?**

*„Selig sind die Barmherzigen; denn sie werden Barmherzigkeit erlangen.“<sup>157</sup>*

Die vom Christentum ausgelöste Sensibilisierung für das Thema Armut spiegelte sich am stärksten im Mittelalter wider, das zumindest am Beginn eine Zeit tiefer Religiosität ist. Im anerkannten Kanon der Bibel und vor allem des neuen Testaments lassen sich aber für die verschiedenen Ansichten zum Thema Armut und Fürsorge Belege finden, von „Seht euch die Vögel des Himmels an: Sie säen nicht, sie ernten nicht und sammeln keine Vorräte in Scheunen;

---

<sup>156</sup> Paul Veyne: *Als unsere Welt christlich wurde: Aufstieg einer Sekte*. München 2008, S. 63.

<sup>157</sup> Matthäus 5,7.

euer himmlischer Vater ernährt sie. Seid ihr nicht viel mehr wert als sie?“<sup>158</sup> bis zu: „Denn als wir bei euch waren, haben wir euch die Regel eingeprägt: Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.“<sup>159</sup>. In dieser Ambivalenz bildete sich im Mittelalter der Umgang mit den Bedürftigen aus, wobei das größere Gewicht auf dem Christuswort des Armen als Seligen lag. Die Bedürftigkeit galt grundsätzlich als von Gott gewollt und die Bedürftigen hatten eine feste Stellung im mittelalterlichen Gesellschaftssystem, das ziemlich undurchlässig war. Geprägt war das Mittelalter in Mitteleuropa von einem großen Anteil im primären Sektor, also der Landwirtschaft. Die antiken Städte waren im Zuge der Völkerwanderung teilweise entvölkert worden und gewannen erst im Verlauf des Mittelalters wieder an Bedeutung. Das politische System war ein Feudalsystem, das von gegenseitigen Abhängigkeiten geprägt war. Der oberste Lehnsherr war Gott, der die Fürsten belehnt hatte, diese belehnten die Edelleute und Ritter und die Ritter die Bauern, die sich bis zum Mittelalter immer mehr vom freien Bauern zum hörigen Bauern bzw. leibeigenen Bauern wandelten. Daneben gab es eine ähnliche klerikale Hierarchie, die analog zum Lehnssystem organisiert war. Aus der Völkerwanderung hatte sich noch eine andere Gewohnheit erhalten, die Allmende, ein gemeinschaftlich genutztes Ackergebiet der Dorfgemeinschaft. Die Allmende sollte den Zweck erfüllen, die Grundbedürfnisse der Dorfgemeinschaft, vor allem nach Nahrung, zu stillen. Diese Einrichtung fehlte in den Städten. Parallel zum Anwachsen der Städte wuchs auch die Anzahl der Bedürftigen an. Das lag vor allem daran, dass die meisten jener, die in die Stadt zogen oder flüchteten, in dieser ein besseres Leben erwarteten, also eher der Unterschicht angehörten. Auch verbreitete sich die Ansicht, dass ein solches Leben in der Stadt möglich sei erst mit der Zunahme der Bedeutung der Stadt. In der Stadt wurde Armut auch besser sichtbar, da der Raum kleiner war und außerdem der Stadt Einrichtungen wie die Allmende fehlten. Grundsätzlich hatte ein Bedürftiger eine wichtige Funktion im Mittelalter, da er den weniger Bedürftigen die Möglichkeit zur Mildtätigkeit bot. Die Mildtätigkeit nahm einen hohen Stellenwert ein, wie es auch bei Thomas von Aquin anklingt. Sie ermöglichte die Verbesserung der eigenen Position im jüngsten Gericht, die Armen wiederum waren ja gemäß Bergpredigt im Jenseits „privilegiert“. Das änderte aber nicht viel an ihrer Lage, denn gerade wegen ihrer Funktion waren sie auf Almosen angewiesen, und Almosen sind, trotz der Sorge um das Seelenheil, nur periodisch auftretende Ausgaben, und selten eine dauerhafte Einrichtung sowie in gewisser Weise konjunkturabhängig. Die Bedürftigen setzten sich im Mittelalter nicht nur aus den städtischen Bettlern zusammen, sondern auch aus

---

<sup>158</sup> Matthäus 6, 26.

<sup>159</sup> Paulus Thess 2.



herumziehenden Vagabunden, Studenten, Sängern, dem fahrenden Volk und anderen mehr. Die Organisation der Transferleistungen war dezentral. Einen Hauptteil der Fürsorge wurde von den Klöstern getragen. Benedikt von Nursa hatte die folgenden Punkte in seine Ordensregeln<sup>160</sup> aufgenommen: „§ 53 (1) Alle Fremden, die kommen, sollen aufgenommen werden wie Christus.“ Und nachdem er genauer aufzählt, wie sich die Mönche nach Möglichkeit in einem solchen Fall zu benehmen haben, stellt er fest: „§53 (15) Vor allem bei der Aufnahme von Armen und Fremden zeige man Eifer und Sorge, denn besonders in ihnen wird Christus aufgenommen.“. Die klösterliche Fürsorge war nicht nur in der Regel des heiligen Benedikt vorgesehen, sondern wurde auch mit dem Totengedenken verknüpft. Die Klöster führten Buch über Todesfälle der Gemeinschaft, um an deren Todestag ihrer in der Messe besonders zu gedenken. Dieses Gedenken beinhaltete auch die Speisung eines Bedürftigen pro Toten. Es ist klar, dass dies im Laufe der Zeit zu einer hohen Anzahl der Speisungen führte und so zu einem finanziellen Problem für die Klöster werden konnte. Es kam daher immer wieder zu Bereinigungen der Gedenktage.

Auch in den Städten wurde die Armenfürsorge am Beginn vor allem von den Pfarren wahrgenommen, wie in Form des Kirchenspieles. Auch Hospitäler waren am Beginn oft kirchliche Einrichtungen, aber deren Hauptzweck war die Unterbringung von Pilgern, oder sonstigen Durchreisenden und einer festgelegten Anzahl für die ständige Belegung. Diese ständige Belegung hatte aber oft den Sinn, einen Beitrag zur Finanzierung zu erhalten, da sie nicht unbedingt kostenlos zur Verfügung gestellt wurden. Ein anderer städtischer Ersatz für die Familie stellten die Zünfte dar. Bei der Aufnahme in eine Zunft bzw. Gilde ging man ein gegenseitiges Verhältnis der Unterstützung ein, das sich natürlich auch auf in Not geratene Zunftmitglieder bezog. Die Zünfte führten auch eine Art Sozialversicherung, in die von den Zunftmitgliedern eingezahlt wurde und aus der im Bedarfsfall ausgezahlt wurde. Es gab auch Gilden bzw. Zünfte, die von den ärmeren Ständen gegründet wurden, wie auch den Bettlern. Da sich aber die Mittel für die Hilfe in Not geratener Mitglieder aus den Einzahlungen der Mitglieder zusammensetzten, waren diese in ihrer Höhe sehr unterschiedlich. Und eine arme Gilde, noch dazu, wenn sie von einem ärmeren Stand gegründet wurde, konnte natürlich nur geringe Hilfe leisten. Die Zugänge zu den Gilden waren aber mit Auflagen und finanziellen Gebühren versehen, so dass sie nur einen eingeschränkten Kreis zur Verfügung standen. Die Aufnahmekriterien wurden mit der Zeit immer mehr verschärft, so dass Neuzugänge immer seltener wurden. Mit dem Anwachsen der Städte und dem Erstarken des Bürgertums verschoben

<sup>160</sup> Benedikt von Nursia: *Regula Benedicti*. 6. Jhd., Benediktinerabtei Ettal.

sich die sozialen Agenden immer mehr von den kirchlichen Institutionen zu den städtischen.

### **Heilung der selbstverschuldeten Bedürftigkeit?**

„*Virtutis est domare, quae cuncti pavent.*“<sup>161</sup>

Bereits im Spätmittelalter beginnt die Verschiebung der sozialen Leistungen zu den städtischen Institutionen. Auch der Blick auf die Bedürftigen verändert sich. Waren im Mittelalter die Armen noch als Gottgewollt angesehen und als ein Hilfsmittel für die eigene Seligkeit so beginnt im späten Mittelalter die Unterscheidung zwischen Arbeitsunfähigen und Arbeitsunwilligen. Dieser Trend wurde durch eine starke Regression der Population verstärkt. Die Dezimierung erfolgte vor allem durch die Pest und Kriege, im deutschsprachigen Raum vor allem dem Dreißigjährigen Krieg. Dies führte zu einem Mangel an Arbeitskräften, so dass die Toleranz für jene, die als arbeitsunwillig angesehen wurden, noch mehr schwand. Die Pest wiederum suchte nahezu alle Landstriche Europas heim. Die Entwicklungen verliefen in den verschiedenen Territorien unterschiedlich, die Tendenzen gleichen sich aber. Als Beispiel wird hier das englische Königreich gezeigt, in welchem die Gesetzgebung gut dokumentiert ist. Im englischen Königreich wurde, ausgelöst durch die Dezimierung der Bevölkerung im Jahr 1349, die „Ordinance of Labourers“ erlassen, die unter anderem festlegten, dass „That every man and woman of our realm of England, of what condition he be, free or bond, able in body, and within the age of threescore years, not living in merchandise, nor exercising any craft, nor having of his own whereof he may live, nor proper land, about whose tillage he may himself occupy, and not serving any other, if he in convenient service, his estate considered, be required to serve, he shall be bounden to serve him which so shall him require.“<sup>162</sup>. Jeder arbeitsfähige Mann Englands wurde also verpflichtet zu arbeiten, sofern er fähig war zu arbeiten. Ihnen durften auch keine Almosen gegeben werden, da dies sie ja von der Arbeit hätte fernhalten können. Das Verlassen der Arbeitsstelle ohne triftigen Grund und ohne Erlaubnis des Arbeitgebers war bei Gefängnisstrafe untersagt. Im Jahr 1388 folgte dann ein Wanderverbot für alle Bettler, Dienstboten und Tagelöhner, ein Umherziehen war nur noch mit Passierschein erlaubt. Im Jahr 1495 erließ das Parlament dann eine Anordnung, dass Vagabunden drei Tage bei Wasser und Brot einzusperrten und innerhalb von 6 Wochen in die Heimatbezirke zu transportieren seien. Heinrich VIII. verfügte dann 1531, dass man für unterstützungswürdiges Betteln eine Lizenz

<sup>161</sup> Inschrift über dem Eingang eines Amsterdamer Arbeitshauses, cit. Bernhard Rathmayr: *Armut und Fürsorge: Einführung in die soziale Arbeit*. Innsbruck 2006.

<sup>162</sup> Ordonance of Labourers, 1349.

benötige, andere Bettler müssten bestraft werden.

Es ist dies die Zeit, in der Thomas Morus seinen Roman *Utopia*<sup>163</sup> verfasst, der sich mit der sozialen Lage Englands und einem Gegenentwurf beschäftigt. Der Disput beginnt bei einer Diskussion, warum es soviel Elend gibt und dieses durch die Todesstrafe nicht eingedämmt werden kann. Der von Thomas Morus beschriebene Protagonist Raphael sieht die hohe Kriminalitätsrate darin begründet, dass nur ein geringer Teil der Bevölkerung arbeitet, während der Großteil unproduktiv ist. Vor allem die Schafzucht und die daraus resultierende Umwandlung von Ackeranbaufläche in Weideland treibe die Landbevölkerung in die Armut. Die Umwandlung hatte nicht nur den Effekt, dass weniger Getreide angebaut wurde, sondern dass dadurch das Recht der Bevölkerung auf Bewirtschaftung von brachliegenden Anbauflächen wegfiel. Neben dem Verschwinden der Einschränkung für den Eigenverbrauch Nahrungsmittel anbauen zu können, wurde durch die Umwidmung auch die Verdienstmöglichkeit als Erntehelfer vermindert. Der utopische Entwurf von Thomas Morus sah eine kostenlose Ausgabe von Gütern und Nahrungsmitteln vor, sowie einen Arbeitstag von sechs Stunden. Der Preis für seine Ansichten einer gerechten Gesellschaftsordnung waren Gleichschaltung der Bewohner, Arbeitszwang und starke Überwachung.

Das 1531 erlassene Gesetz dürfte nur schwer durchführbar gewesen sein, auf jeden Fall erlässt Heinrich der VIII. weitere Gesetze und verpflichtet in ihnen die Gemeinden, ortsansässige Arme zu unterstützen. Finanziert sollen diese Unterstützungen von privaten Spenden werden. Den Kindern der Bedürftigen soll das Erlernen eines Handwerkes ermöglicht werden. Der Strafbestand unerlaubten Bettelns blieb bestehen und wurde mit Zwangsarbeit bestraft, bei Rückfall drohte lebenslange Sklaverei. Im Jahr 1572 beschloss Königin Elisabeth neue Regelungen. Die Friedensrichter ernannten unbesoldete Helfer für ein Jahr, deren Aufgabe die Sorge um die Wohlfahrt war. Die Ernennung war ein Ehrenamt und wurde daher nicht vergütet. Daraus ergibt sich, dass das Amt nur von wohlhabenden Bürgern erfüllt werden konnte, eine Ablehnung durch den Ernannten war nicht möglich. Die Mittel für die Ausübung des Amtes konnten über Steuern eingehoben werden, deren Höhe im Ermessen des Friedensrichters bzw. der Helfer lag. Die Aufgaben des Helfers umfassten beispielsweise die Registrierung der ortsansässigen sowie der durchziehenden Bettler. Die durchziehenden Bedürftigen durften vom Helfer des Friedensrichters in ein Zuchthaus eingewiesen werden, die ortsansässigen in ein Armenhaus. In den Armenhäusern herrschte Arbeitspflicht für die Untergebrachten, für die Durchsetzung standen dem Personal Disziplinierungsmaßnahmen zur Verfügung, die durchaus

<sup>163</sup> Thomas Morus: *Utopia*. Löwen 1516.

körperliche Bestrafung beinhaltete. Es erfolgte keine Unterscheidung zwischen Kranken, psychisch Kranken und Arbeitslosen, sie alle konnten und wurden in das Armenhaus eingewiesen. Das Armenhaus galt als das beste Mittel gegen die Armut, wie beispielsweise eine Passage aus einem Bericht von 1732 belegt, einer Zeit, in der noch die gleichen Regelungen und Einrichtungen in Kraft waren: „[...] dass der hauptsächlichste Vorteil für die Öffentlichkeit, wenn sie solche Einrichtungen ermuntert, daher rührt, dass es den Geist des Fleißes unter den Armen hervorruft. Viele unserer Leute, die vorher hauptsächlich von dem lebten, was sie wöchentlich oder monatlich erhielten, indem sie den Armenpfleger plagten, machten sich nun an die Arbeit, und seit sie für die Gemeinde Arbeit leisten müssen, wenn sie von ihr erhalten sein wollen, strengen sie sich an, beschaffen sich Spinnräder und Materialien zum Spinnen und arbeiten von früh bis spät, um zu vermeiden, in das Arbeitshaus verwiesen zu werden.“<sup>164</sup>. Die auf Fürsorge angewiesenen Bewohner waren an ihren Heimatbezirk gebunden, Bezirksfremde konnten des Bezirkes verwiesen werden. Noch George Orwell beschreibt in seinem Werk „Erledigt in Paris und London“<sup>165</sup> seinen Aufenthalt in einem Arbeitshaus in England. Der Großteil der Mittel für die Erhaltung der Armenhäuser wurde nicht über die Steuer aufgebracht, sondern durch Spenden und Stiftungen von Privatpersonen.

Es fand also eine Verschiebung weg vom Christuswort des seligen Armen hin zum Pauluswort des bösen Müßiggängers. Der Einstellungswechsel ging einher mit dem Erstarren der städtischen handwerklichen und bürgerlichen Mittelschicht, die ihr Bild von der Arbeit in den Mittelpunkt rückte. Das Bild war geprägt von Fleiß, Pünktlichkeit und dem Austausch von Leistungen. In der Reformation findet in Teilen des Protestantismus eine Abwendung vom Jenseitigen und hin zum Diesseitigen statt, bis hin zu Ansichten, dass sich die Auswahl für die Erlösung im Jenseits schon im Diesseits durch Erfolg widerspiegelt. Die Bedürftigkeit wird als selbstverschuldet betrachtet, den Ausweg würde die Arbeit weisen. Darauf weisen auch die Inschriften auf Portalen<sup>166</sup> von Arbeitshäusern hin, wie zum Beispiel „Improbis coercendis et et quos deseruit sanae mentis usura custodiendis“ (Leipzig „Zähmung der Unehrliehen und der Bewachung der Wahnsinnigen.“), „Labore nutrior, labore plector“ (Hamburg, „Durch Arbeit werde ich ernährt, durch Arbeit büße ich.“) oder „labore et fame“ (Wien, „Durch Arbeit und Hunger.“).

Im Zuge der Machtverschiebung von den klerikalen Institutionen hin zu den Städten wurden

<sup>164</sup> Dorothy Marshall: *The English Poor in the Eighteenth Century*. Cit. von Wolfram Fischer: *Armut in der Geschichte*. Göttingen 1982, S. 46.

<sup>165</sup> George Orwell: *Down and Out in Paris and London*. London 1933, Kapitel 27.

<sup>166</sup> Vgl. Rathmayr 2006.

auch die kirchlichen Stiftungen für die Fürsorge von den Städten übernommen. Die Städte stellten Armenordnungen auf, eine Unterscheidung zwischen würdigen und unwürdigen Bedürftigen, eigenen und fremden Bedürftigen wurde geschaffen. Michel Foucault sieht in seinem Werk „Überwachen und Strafen“ eine solche Maßnahme als Teil der Disziplinierung, denn deren Grundlage stellt die Hierarchisierung und Klassifikation dar. Die Klassifikation von Bedürftigen führte zwangsläufig dazu, dass diese immer weiter verfeinert werden mussten, um alle möglichen Fälle abdecken zu können. Eine Klassifikation verlangt aber auch eine Kontrolle der aufgestellten Kriterien, also eine Überwachung. Je umfangreicher die Klassifizierung, desto umfangreicher wird auch die Überwachung. Vom Aufbau der Ämter in jenem Zeitraum wird später noch gesprochen werden. Jene Bedürftigen, die als arbeitsfähig angesehen wurden, galten als unwürdige Bedürftige und es musste ihnen geholfen werden, sich selbst zu helfen und sich so an das Bild der Mittelschicht anzupassen. Diejenigen, die sich nicht anpassen konnten oder wollten und die Bettelei nicht sein lassen konnten oder wollten, wurden als Gefahr für die Ordnung und den Frieden gesehen. Daher war man als Obrigkeit geradezu gezwungen, gegen diese Gefahr vorzugehen. Um Bettler leichter erkennen zu können wurde sogar teilweise ein „Armenzeichen“<sup>167</sup> eingeführt, dass die Betroffenen sichtbar tragen mussten.

Wie bei der Ausführung am Beispiel des Königreichs England erwähnt, setzte sich auch im restlichen Europa das Werk-, Zucht- oder Arbeitshaus als Umerziehungsstätte ab dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts durch, für die Frauen vor allem in Form von Spinnhäusern. In diese Zeit fällt auch die Verurteilung von Kriminellen zu Zwangsarbeit. Dies führte sogar so weit, dass beispielsweise in einem Amsterdamer Zuchthaus die Insassen überseeische Hölzer manuell raspeln mussten, statt die effizientere Möglichkeit der Windmühlen für diese Tätigkeit zu nutzen.<sup>168</sup> Diese Vorgehensweise erinnert an die Antike, für deren nicht Weiterentwicklung von Problemlösungen für manuelle Tätigkeiten es die Hypothese gibt, dass dies an der großen Verbreitung der Sklavenhaltung lag.

Die Bürokratisierung nahm wie erwähnt durch den Ausbau der Bettelverordnungen zu. In Nürnberg ist es bereits um 1370 verordnet, dass Bettler eine Lizenz benötigen. Um diese zu erhalten musste der Bedürftige Bürgen beibringen, die seine Bedürftigkeit per Eid bestätigten. Danach erhielt der Antragsteller ein Bettelzeichen, das für ein halbes Jahr gültig war. Außerdem musste er sich jährlich an zwei festgelegten Tagen melden. Über die Ausgabe der Bettelzeichen und der Zeugenaussagen wurde Buch geführt. Um 1478 wurde die Regelung verschärft, wer

---

<sup>167</sup> Vgl. Rathmayr 2006.

<sup>168</sup> Vgl. Rathmayr 2006.

betteln musste, musste an Werktagen einer Tätigkeit nachgehen und durfte erst danach bzw. an Sonn- und Feiertagen betteln. Wie bereits erwähnt wuchs der bürokratische Aufwand mit jeder Verfeinerung der Regeln. In Köln beispielsweise wurde 1555 die Zahl der Gewalttrichter von zwei auf vier verdoppelt. Außerdem wurden ihnen je zwei Diener zur Seite gestellt. Die Aufgaben umfassten nicht nur die Ausgabe und Registrierung der Armenzeichen, sondern auch stichprobenartige Hausbesuche zwecks Überprüfung der Bedürftigkeit. Es versteht sich fast von selbst, dass die Bedürftigen keinerlei Anrechte auf Zerstreung hatten. Bis zum Einsetzen des Absolutismus war die Armenfürsorge und somit die Transferleistung eine Aufgabe der Kommunen, die mit dem Einsetzen des Absolutismus auf den Staat überging. Damit blieb zwar die Grundaufgabe, die Betreuung, in der Kommune, aber es wurden ihnen landherrschaftliche Beamte vorgesetzt und die Vorschriften wurden vereinheitlicht, es wurden Almosenämter bzw. Armenkassen geschaffen. Deren Aufbau sah eine Oberaufsicht durch ein Gremium vor, das ehrenamtlich von ehrwürdigen Bürgern besetzt wurde. Diese setzten für die eigentliche Wohlfahrtsdurchführung Amtsdienere ein, die als „inspectores“, Armenvögte, Almosenschreiber oder ähnlich bezeichnet wurden. Die Aufgaben der Amtsdienere umfasste die Überprüfung der Antragsteller, die Erteilung einer temporär befristeten Empfangserlaubnis, das Verteilen der Güter und das Zuweisen der Antragsteller auf etwaige Einrichtungen wie Armenhäuser. Die beiden Sozialforscher Christoph Sachße und Florian Tennstedt charakterisierten die Armutsverwaltung der Neuzeit<sup>169</sup> nach vier Kriterien, der Kommunalisierung, der Pädagogisierung, der Rationalisierung und der Bürokratisierung. Die Kommunalisierung bezieht sich auf die von den Ämtern getroffene Unterscheidung zwischen eigenen und fremden Bedürftigen. Als Beispiel für die Auswüchse dieser Einteilung zitieren die beiden das folgende: „Von einem Sammellager bei Linz aus ging zweimal im Jahr der Schub, der aus mehreren Hunderten Personen bestand, unter starkem militärischen Schutz nach Bayern und von hieraus auf verschiedenen Routen von Territorium zu Territorium weiter [...] Jeder Ausgewiesene wurde nach einem langen Marsch am jeweiligen Geburtsort abgeliefert, wobei es vielfach zu fast kafkaesken Szenen kam. So wurde beinahe zehn Jahre lang bei jedem Schub ein Mann mitgeführt, der seit 40 Jahren in Österreich als Hausierer lebte und eben zufällig als Soldatenkind in Coburg geboren war, den ansonsten aber auch nichts mit Coburg verband, weshalb die Stadt jedes mal seine Aufnahme verweigerte. Ein 16jähriger Schneiderlehrling, ebenfalls ein Soldatenkind, gab an, er habe gehört, er sei in Furth geboren, könne aber nicht sagen, welches

---

<sup>169</sup> Vgl. Christoph Sachße/Florian Tennstedt: *Bettler, Gauner und Proleten. Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte*. Reinbeck bei Hamburg 1983.

Furth gemeint sei. Die Nürnberger Nachbarstadt weigerte sich ihn aufzunehmen, sandte ihn zurück und in den nächsten Jahren tauchte er mit jedem Schub wieder auf, bis endlich im Zuchthaus in Schwabach ein Platz für ihn frei wurde<sup>170</sup>. Das dieses Procedere nur kontraproduktiv war, liegt auf der Hand. Die beiden Forscher weisen darauf hin, dass dies „[...] geradezu eine heimatlose, unstete Armutbevölkerung produziert, deren Sesshaftigkeit systematisch verhindert und damit die Chance, je wieder eine geregelte Existenz aufzubauen ebenso systematisch verstellt.“<sup>171</sup>. Der Aspekt der Pädagogisierung ergibt sich aus dem gesellschaftlichen Bedeutungswandel des Bedürftigen. Waren Bedürftige im Mittelalter noch Helfer für das Erlangen des Heils im Jenseits, so mutierte das Bild der Bedürftigen in der Neuzeit zu böartigen Müßiggängern, oder wie man heute sagen würde, zu Sozialschmarotzern. Durch den Wandel des gesellschaftlichen Bildes wandelten sich auch die Auflagen für die Bedürftigen. Im Mittelalter war die Gegenleistung, die Bedürftige für Almosen erbringen mussten, das Beten für das Seelenheil des Gebers. In der Neuzeit wurden Institutionen gegründet, wie die Arbeitshäuser, in denen die Bedürftigen für deren Heil zu Arbeit und Disziplin erzogen werden sollten. Den Bedürftigen wurden Verhaltenskodices auferlegt, um sich der Transferleistung würdig zu erweisen. Verstöße gegen das moralische Leitbild der bürgerlichen Gesellschaft wurden mit Entzug der Transferleistung bestraft. In den Arbeitshäusern selbst wurde körperliche Züchtigung angewandt, um Verstöße gegen festgelegte Regeln zu ahnden. Als äußeres Zeichen mussten die Bedürftigen teilweise Bettlerzeichen tragen, was einer Stigmatisierung Vorschub leistete. Die Ausarbeitung der Kriterien, die zu einem Empfang von sozialen Transferleistungen berechtigen, werden unter dem Begriff Rationalisierung<sup>172</sup> sublimiert. Hier ist vor allem die steigende Bedeutung des Begriffes Arbeitsfähigkeit festzustellen. Weitere Kriterien waren die Familiensituation und das Arbeitseinkommen, die immer weiter an Bedeutung gewannen. Die Erweiterung der Kriterien ging mit einem Ausbau der Institutionen einher, die die Kriterien überwachten und exekutierten. Diesen Aufbau der Institutionen fassen die beiden Forscher unter den Begriff Bürokratisierung zusammen. Diese Bürokratie steht zwischen dem Gebenden und dem Empfangenden, der soziale Transfer wird so zu sagen entfremdet. Im frühen Mittelalter war es durchaus noch üblich, dass hohe Würdenträger ihre Almosen selbst an die Bedürftigen verteilten, in der Neuzeit gibt es diese Kontakte nicht mehr. Die eingesetzten Kommissionen wurden meist ehrenamtlich geleitet, die Durchführung

---

<sup>170</sup> Sachße/Tennstedt 1998. cit. Rathmayer 2006.

<sup>171</sup> Sachße/Tennstedt 1998. cit. Rathmayer 2006.

<sup>172</sup> Sachße/Tennstedt 1983, S. 42f.

oblag aber bezahlten Bediensteten, deren Tätigkeit immer mehr polizeilichen Charakter annahm, bis hin zu Kontrollrechten in fremden Wohnstätten. Die Bettelzeichen, die als Unterscheidungsmerkmal zwischen würdigen und unwürdigen Bedürftigen gedacht waren entwickelten sich immer mehr zu einem Zeichen einer klar abgegrenzten Gruppe, die am Rande der Gesellschaft stand.

### **Geburt des Wohlfahrtsstaates - Ende der Bedürftigkeit?**

*„The second principle is that organisation of social insurance should be treated as one part only of a comprehensive policy of social progress. Social insurance fully developed may provide income security; it is an attack upon Want. But Want is one only of live giants on the road of reconstruction and in some ways the easiest to attack. The others are Disease, Ignorance, Squalor and Idleness.“<sup>173</sup>*

Die Nutzung der Dampfkraft für die industrielle Produktion wird allgemein als der Beginn der industriellen Revolution gesehen. Mit ihr begann angeblich auch die Zeit des Pauperismus, die für sozialinteressierte Theoretiker der damaligen Zeit zur sozialen Frage führte. Heutige Sozialforscher wie Wolfram Fischer<sup>174</sup> sehen eher eine erhöhte Sensibilität als Ursache. Diese Sensibilität ist nicht nur den geistigen Strömungen wie Neuhumanismus und Aufklärung geschuldet, sondern auch dem durch die Industrialisierung geschaffenen Gefühl<sup>175</sup> der Möglichkeit, für alle Probleme technische Lösungen finden zu können. Die Armut gab es schon davor, war also vorindustriell und wurde nur durch ein erhöhtes Bevölkerungswachstum bei langsamer steigenden landwirtschaftlichen Erträgen erhöht. Diese Entwicklung am Ende des 18. Jahrhunderts veranlasste den Ökonomen Thomas Robert Malthus das Werk „Essay on the Principle of Population“<sup>176</sup> zu verfassen, in dem er das mathematische Axiom aufstellte, das der Anstieg der Bevölkerung geometrisch verlaufe, während die landwirtschaftliche Produktion nur arithmetische Steigerungen erreichen könne. Diese Theorie wurde durch die industrielle Revolution widerlegt, die auch die Landwirtschaft erfasste und die Produktion steigerte. Die Industrialisierung schuf eine Nachfrage nach Arbeitskräften und verstärkte dadurch die Landflucht. Eine weitere Komponente der Landflucht entstand durch die sogenannte Befreiung der Bauern. Den neuen unabhängigen Bauern blieb oft nicht genug Land zur Bewirtschaftung,

---

<sup>173</sup> Beveridge Report: London 1942, S. 6.

<sup>174</sup> Vgl. Fischer 1982, S. 56.

<sup>175</sup> Für die Beschreibung dieses Gefühls vgl. auch Stefan Zweig: *Sternstunden der Menschheit*, „Das erste Wort über den Ozean“.

<sup>176</sup> Thomas Malthus: *An Essay on the Principle of Population*. London 1798.



um sich zu ernähren. Die Landflucht war so groß, dass die städtischen Einrichtungen damit nicht Schritt halten konnten. Es war beispielsweise schlicht unmöglich in dem Maße Wohnraum zur Verfügung zu stellen, in dem die Nachfrage nach diesem stieg. In Summe schuf die Industrialisierung Arbeitsplätze, wenn sie auch die Arbeitsplätze in Gegenden, die technische Innovationen nicht einsetzten, vernichtete, weil beispielsweise die Handarbeiten des Verlagswesens mit den industriellen Preisen nicht mehr mithalten konnten. In der damaligen Gesellschaft jedenfalls wird der Pauperismus als neu empfunden, denn der Brockhaus von 1846 vermerkt: „Pauperismus ist ein neuerfundener Ausdruck für eine höchstbedeutsame und unheilvolle Erscheinung, den man im Deutschen durch die Worte Massenarmut oder Armentum wiederzugeben versucht hat. Es handelt sich dabei nicht um die natürliche Armut, wie sie als Ausnahme infolge physischer, geistiger oder sittlicher Gebrechen oder zufälliger Unglücksfälle immerfort einzelne befallen mag; auch nicht um die vergleichungsweise Dürftigkeit, bei der doch seine sichere Grundlage des Unterhalts bleibt. Der Pauperismus ist da vorhanden, wo eine zahlreiche Volksklasse sich durch die angestrengteste Arbeit höchstens das notdürftigste Auskommen verdienen kann, auch dessen nicht sicher ist, in der Regel schon von der Geburt an und auf Lebenszeit solcher Lage geopfert ist, keine Aussichten der Änderungen hat, darüber immer tiefer in Stumpfsinn und Roheit versinkt, den Seuchen, der Branntweinpest und viehischen Lastern aller Art, den Armen-, Arbeits- und Zuchthäusern fortwährend eine immer steigende Zahl von Rekruten liefert und dabei immer noch sich in reißender Schnelligkeit ergänzt und vermehrt.“<sup>177</sup>. Wolfram Fischer meint, dass diese Definition schon hundert, zweihundert oder dreihundert Jahre davor erfasst hätte werden können, man ist aber versucht, auch Parallelen zu heutigen Verhältnissen zu finden, denn manches an dieser Definition, vor allem am Beginn, mag an heutige prekäre Arbeitsverhältnisse und Mac-Jobs erinnern. Neben der allgemeinen Armut war aber die Armut durch Krankheit und Alter das größte Problem. Die städtischen und staatlichen Einrichtungen, die für die Fürsorge zuständig waren, waren mit dem alten System schlichtweg überfordert. Die erste Bestimmung, die der neuen Zeit zum Opfer fiel war das Heimatprinzip. Es war weder länger durchsetzbar noch gewünscht und war auch davor nur bedingt effizient gewesen, wie bereits oben gezeigt wurde. Die Menschen wünschten es nicht, weil es die Mobilität einschränkte, die heimatlichen Grundherren nicht, weil sie nicht für ihre ehemaligen Leibeigenen aufkommen wollten, die Industrie nicht, weil dadurch der Nachschub an neuen Arbeitskräften gebremst wurde und die Behörden wünschten es nicht, weil sie die Industrialisierung unterstützten. Das Heimatprinzip wich dem Prinzip des

<sup>177</sup> Brockhaus 1846. cit. Fischer 1982, S. 62.

Unterstützungswohnsitzes, das eine Fürsorge abseits des Geburtsortes ermöglichte. Doch die Auflagen<sup>178</sup> waren hoch. Die Bedürftigen mussten beispielsweise nachweisen, dass sie seit mindestens drei Jahren ohne Fürsorge am Antragsort wohnten, beim Zuzug noch nicht verarmt waren, mindestens sechsundzwanzig Jahre alt waren und nicht vorbestraft waren.

Der Beginn der Arbeiterorganisationen wurde als Bedrohung von den Regierungen empfunden. Es ist den Regierungen aber auch klar, dass sie durch Unterdrückung alleine die Tendenzen nicht aufhalten können. „Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte“<sup>179</sup>. Der Versuch der Rettung des bestehenden Systems führte zu den ersten Sozialgesetzen und der ersten Form von Sozialversicherung. Die Sozialgesetze führten auch zu den dazu passenden Verwaltungsapparat, denn das Anwachsen der Regulierungen führte auch zum Anwachsen der Kontrollierenden. Die Sozialversicherungsgesetze galten erst noch eingeschränkt, der Kreis der Bezieher wurde stark reglementiert. In Österreich fand Ende des 19. Jahrhunderts ein Tauschhandel<sup>180</sup> zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und den Vertretern des Gewerbes bzw. Bürgertums statt, die geschaffenen Transferleistungen sollten nach Möglichkeit beiden Seiten zu Gute kommen oder Vergünstigungen wurden je nach Klientel getauscht. Eine Tradition, die sich in Österreich in Form der Sozialpartner in gewisser Weise erhalten hat. Die Zwischenkriegszeit zeigt gegen Ende ein starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen Anstieg der Bedürftigkeit und ein gleichzeitiges Ansteigen des Protestes<sup>181</sup> gegen die Kosten des Wohlfahrtssystems durch die nicht Bedürftigen. Die hohe Anzahl der Arbeitslosen wird immer wieder mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in den deutschsprachigen Ländern in Verbindung gebracht. Der Nationalsozialismus stand zwiespältig zu Transferleistung. Es wurde beispielsweise ein Ehestandsdarlehen eingeführt, das Frauen zustand, die ihren Arbeitsplatz aufgaben. Auf der anderen Seite wurde für Arbeitslose Zwangsarbeit durch Reichsarbeitsdienst oder als Notstandsarbeiter eingeführt. Bedürftige, die Transferleistungen empfangen wollten wurden bis zu acht Stunden pro Tag zu kommunalen Hilfsleistungen eingeteilt. Die für Fürsorge zuständigen Institutionen wurden in die „Nationale Volkswohlfahrt“ zusammengefasst. Es lag in dem System begründet, dass diese für reinrassige Deutsche zuständig war. Eine Frage der Überwachung ist in dieser Zeit nicht wirklich beantwortbar, da sie sehr groß war, aber in Überschneidung mit der allgemeinen Überwachung,

---

<sup>178</sup> Vgl. Rathmayr 2006.

<sup>179</sup> Otto von Bismarck: *Gesammelte Werke* (=Friedrichsruher Ausgabe). Band 9, 1924/1935, S. 195/196.

<sup>180</sup> Vgl. Rathmayer 2006.

<sup>181</sup> Vgl. Rathmayer 2006.

die der Diktatur eigen war. Während des zweiten Weltkrieges wurde in Großbritannien William Henry Beveridge zum Vorsitzenden einer Kommission bestellt, um das bestehende System der sozialen Transferleistungen zu untersuchen und Vorschläge zu dessen Verbesserung zu erarbeiten. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden 1942 im Bericht „Report to the Parliament on Social Insurance and Allied Services“ veröffentlicht und führten zur Einführung des so genannten Wohlfahrtsstaates in Großbritannien, beginnend mit dem „National Health Service Act“ am 5. Juli 1948. William Henry Beveridge hatte vier Punkte herausgearbeitet, um die der Staat sich seiner Meinung nach kümmern sollte: ein nationales Gesundheitssystem, ein staatliches Pensionssystem, Unterstützung für Familien und Vollbeschäftigung. Alle diese Verbesserungsmaßnahmen wurden nach und nach in Großbritannien und danach dem restlichen Westeuropa umgesetzt. Tony Judt<sup>182</sup> nennt drei Gründe, warum diese Vorschläge nach dem Zweiten Weltkrieg, in finanziell schwierigen Zeiten, umgesetzt wurden. Erstens, weil die Zeiten finanziell schwierig waren, die Bürger daher Unterstützung benötigten und zweitens, weil alle Parteien in dieser Frage grundsätzlich einig waren. Die Transfergesetze führten nicht zu einer Enteignung der Reichen, sondern vor allem zu einer Umverteilung zur Mittelschicht, die bisher von allen Transferleistungen ausgeschlossen war. Den dritten Punkt sieht Judt in der Erwartungshaltung der Bürger, die von einem modernen Staat erwarten würden, dass er sich um sie kümmert. Spätestens Anfang der 70er Jahre stellte sich heraus, dass mindestens einer der von Beveridge vorgeschlagenen Punkte illusorisch war, und zwar der Punkt Vollbeschäftigung. Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit startete auch die öffentliche Diskussion<sup>183</sup> um Freerider in Form von so genannten Sozialschmarotzern und der damit verbundenen Ausweitung der Kontrollen, um Unterstützung für die jeweiligen politischen Akteure zu lukrieren.

---

<sup>182</sup> Judt 2010, S. 76.

<sup>183</sup> Vgl. Frank Oschmiansky/Silke Kull/Günther Schmid: *Faule Arbeitslose? Politische Konjunkturen einer Debatte*. Berlin 2001.

## Der Begriff Arbeit

*„Respondeo dicendum quod labor manualis ad quatuor ordinatur. Primo quidem, et principaliter, ad victum quaerendum. Unde primo homini dictum est, in sudore vultus tui vesceris pane tuo. Et in Psalmo, labores manuum tuarum quia manducabis, et cetera. Secundo, ordinatur ad tollendum otium, ex quo multa mala oriuntur. Unde dicitur Eccli. XXXIII, mittes servum in operationem, ne vacet, multam enim malitiam docuit otiositas. Tertio, ordinatur ad concupiscentiae refrenationem, inquantum per hoc maceratur corpus. Unde II ad Cor. VI, dicitur, in laboribus, in ieiuniis, in vigiliis, in castitate. Quarto autem, ordinatur ad eleemosynas faciendas.“<sup>184</sup>*

Die Säule „Vollbeschäftigung“ im Sinne von „Arbeit für alle, die arbeiten wollen“ des Beveridge-Plans erwies sich scheinbar als illusorisch. Gleichzeitig dienten und dienen die Begriffe Arbeitsfähigkeit bzw. Arbeitswilligkeit oft als Bedingung für den Erhalt von Transferleistungen. Was aber bedeutet der Begriff Arbeit<sup>185</sup>? Etymologisch gesehen stammt das Wort Arbeit von Frondienst, Knechtschaft und ähnlichen, nicht positiv konnotierten Begriffen ab. Die Bedingung für Transferleistungen setzt Arbeit wohl mit Lohnarbeit gleich. Aber kann man nur die Tätigkeiten als Arbeit ansehen, für die sich jemand findet, sie mit Geld zu entlohnen? Die klassische Ökonomie würde diese Frage bejahen. Arbeit in der Volkswirtschaft wird laut einem Wirtschaftslexikon<sup>186</sup> wie folgt definiert: „1. in der Volkswirtschaftstheorie (→ Wirtschaftswissenschaft) jede körperliche und geistige Tätigkeit des Menschen zur Herstellung von → Gütern, soweit diese von den → Haushalten angeboten (Arbeitsangebot, → Faktorangebot des Haushalts) und von den Unternehmen (→ Betrieb, I., 1.) nachgefragt (→ Arbeitsnachfrage) wird.“. Dem entsprechend wäre beispielsweise Haushaltsarbeit oder ehrenamtliche Arbeit keine Arbeit, wiewohl sie den Begriff im Namen führen. Dieser Einteilung würden wahrscheinlich all jene widersprechen, die diese leisten. Bei Haushaltsarbeit kann man feststellen, dass es sich hierbei um eine Tätigkeit handelt, die man auch auslagern könnte und daher von bezahlten Personen erledigen lassen könnte. Bei ehrenamtlicher Arbeit liegt der Fall nicht mehr so klar. Man kann zwar einwenden, dass dies auch auf viele ehrenamtliche

<sup>184</sup> „I answer that, Manual labor is directed to four things. First and principally to obtain food; wherefore it was said to the first man (Gn. 3:19): "In the sweat of thy face shalt thou eat bread," and it is written (Ps. 127:2): "For thou shalt eat the labors of thy hands." Secondly, it is directed to the removal of idleness whence arise many evils; hence it is written (Ecclus. 33:28,29): "Send" thy slave "to work, that he be not idle, for idleness hath taught much evil." Thirdly, it is directed to the curbing of concupiscence, inasmuch as it is a means of afflicting the body; hence it is written (2 Cor. 6:5,6): "In labors, in watchings, in fastings, in chastity." Fourthly, it is directed to almsgiving [...].“ Thomas von Aquin: *Summa theologica*, 1266, II<sup>a</sup>-IIae q. 187 a. 3 co.

<sup>185</sup> Vgl. Füllsack 2002, S.13ff.

<sup>186</sup> Artur Woll (Hrsg.): *Wirtschaftslexikon*. München, Wien, Oldenburg<sup>9</sup> 2000.

Tätigkeiten zutrifft. Es gibt ja durchaus die Berufsfelder der Berufsfeuerwehr oder des angestellten Sanitäters, allerdings wäre dies wahrscheinlich für die meisten Gemeinden nur schwer finanzierbar und mit deutlichen Qualitätsverlusten realisierbar. Aber auch viele soziale oder kulturelle Dienste wären entlohnt nicht aufrecht zu erhalten oder es gibt kein entlohntes Äquivalent. Viele Tätigkeiten würden also, wären sie entlohnt, nur mit Qualitätsverlusten aufrecht zu erhalten sein. Man kann denjenigen, die diese freiwillig leisten aber nicht absprechen, dass ihre Tätigkeit Arbeit darstellt. Dazu kommt, dass die Entlohnung einer Tätigkeit von der jeweiligen Zeit abhängt. In der Antike waren viele politische Ämter Ehrenämter und nicht mit einer Entlohnung versehen, sondern meist eher mit Kosten. Die Entlohnung scheint als Kriterium für eine allgemein gültige Definition also nicht auszureichen. Überhaupt kann man feststellen, dass sich der Begriff Arbeit im Laufe der Geschichte veränderte. In der Antike war Arbeit verpönt, sie blieb vornehmlich Sklaven überlassen. Ein Bürger konnte Ehrenämter übernehmen, weil er nicht auf Arbeit angewiesen war bzw. weil diese für ihn erledigt wurde. Auch im Mittelalter war der Begriff Arbeit negativ besetzt. Der Begriff Arbeit wird ja, wie oben bereits erwähnt, etymologisch mit negativen Wörtern in Verbindung gebracht. Das mönchische „ora et labora“ kann man auch so sehen, dass die Mönche im Diesseits leiden mussten, um im Jenseits belohnt zu werden. Der Soziologe Max Weber brachte den Kapitalismus, die Umwertung des Begriffs Arbeit und die protestantische Ethik in einen Zusammenhang. Manfred Füllsack<sup>187</sup> schlägt als Ansatz für das Verständnis von Arbeit vor, dass man das Lösen von Problemen als Grundlage für den Begriff Arbeit heranzieht. Dieser Ansatz erweitert erstmals den Begriff Arbeit. Jedes Lösen eines Problems kann aber zu neuen Problemen, die zu lösen sind, führen. Zuerst einmal führt eine Lösung eines Problems aber zu einem Wechsel der Perspektive. Als Beispiel<sup>188</sup> dient hierfür eine steinzeitliche Gesellschaft, die eine Möglichkeit schafft, Feuer zu reproduzieren, um von den Witterungsverhältnissen unabhängiger zu sein. Um dieses Problem zu lösen erfindet sie Streichhölzer und erfährt dadurch auf den ersten Blick eine Erleichterung ihres Lebens. Diese Erleichterung führt in der Folge zu neuen Aufgaben wie beispielsweise die Organisation der Beschaffung von trockenem Feuerholz oder das Organisieren von neuen Jagdmethoden, da durch das Feuer neue Fleischsorten zum Verzehr zur Verfügung stehen. Der Ansatz führt zur Schlussfolgerung, dass die Arbeit in diesem Sinne nie ausgehen wird, da jedes gelöste Problem durch die Erweiterung der Perspektiven eine Vielzahl neuer Probleme erschafft, wenn auch nicht unbedingt als direkte Folge.

---

<sup>187</sup> Füllsack 2002, S. 16.

<sup>188</sup> Ebd.

## Lösungswege?

### Ökonomische Ansätze – Nachfrage versus Angebot?

„The part played by orthodox economists, whose common sense has been insufficient to check their faulty logic, has been disastrous to the latest act.“<sup>189</sup>

Der ökonomische Ansatz von John Maynard Keynes wurde durch die Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren geprägt. Sein Hauptwerk trägt den Titel „The general theory of employment, interest, and money“<sup>190</sup>. In den 1930er Jahren wuchs die Erwerbsarbeitslosigkeit auf ein bis dahin unbekanntes Ausmaß an. Dieser Anstieg widersprach den gängigen ökonomischen Theorien, die auf Adam Smith aufbauten. Demnach sollte sich der Markt selbst regeln, was bedeutete, dass ein Überangebot an Arbeitskräften zu sinkenden Löhnen führen müsste. Die sinkenden Löhne würden die Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Unternehmen steigen lassen und die Arbeitslosigkeit müsste wieder sinken. Die Praxis der 1930er Jahre passte zum Beginn der Theorie, denn die Löhne sanken tatsächlich. Aber die Arbeitslosigkeit sank nicht in einem bedeutenden Ausmaß. Die bis dahin verwendeten ökonomischen Theorien stellten das Angebot in den Mittelpunkt ihrer Theorie und beriefen sich dabei auf das Say'sche Theorem. Es wurde aus dem Werk „Traité d'economie politique“ von Jean Baptiste Say abgeleitet, der festgestellt hatte: „It is worth while to remark, that a product is no sooner created, than it, from that instant, affords a market for other products to the full extent of its own value. When the producer has put the finishing hand to his product, he is most anxious to sell it immediately, lest its value should diminish in his hands. Nor is he less anxious to dispose of the money he may get for it; for the value of money is also perishable. But the only way of getting rid of money is in the purchase of some product or other. Thus, the mere circumstance of the creation of one product immediately opens a vent for other products.“<sup>191</sup>.

Das bedeutete kurz gefasst, dass sich das Angebot die notwendige Nachfragende schaffen würde und diese Ansicht wurde auch auf den Arbeitsmarkt übertragen. Am Arbeitsmarkt jener Zeit wurde sie aber ad absurdum geführt, denn das Angebot war groß, allein die Nachfrage fehlte. John Maynard Keynes stellte nun die Nachfrage in den Mittelpunkt seiner Theorie. Damit bewertete John Maynard Keynes auch die Sichtweise der Unternehmer neu. Er meinte, dass deren unternehmerische Entscheidungen von ihrer Sicht auf die Zukunft abhängen. Sehen sie

<sup>189</sup> John Maynard Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. New York 1936, S. 349.

<sup>190</sup> Keynes 1936.

<sup>191</sup> Jean-Baptiste Say: *Traité d'economie politique*. Paris 1803/New York 1971 S. 134.

Zukunft positiv und rechnen daher mit einer größeren Nachfrage, dann werden sie ihre Produktion ausweiten und mehr Arbeitskräfte einstellen. Sehen sie die Zukunft aber negativ und rechnen mit einer sinkenden Nachfrage, dann werden sie keine weiteren Arbeitskräfte einstellen, egal wie günstig die Löhne auch sein mögen. Der Staat kann durch Investitionen die Nachfrage fördern, wenn sich die Wirtschaft in einer Rezession befindet. Die stimulierte Nachfrage würde den Konsum steigern und die Zukunftsaussichten der Unternehmen positiv beeinflussen, die in der Folge wieder mehr investieren würden und im Zuge dessen Arbeitskräfte einstellen würden. Die Stimulation der Nachfrage führt so zu einem Multiplikatoreffekt, der im Idealfall dem folgenden Szenario gleicht. Der Staat zahlt einen Betrag an die Haushalte, den diese großteils konsumieren und teilweise sparen. Diese Verhaltensweise kommt den Unternehmen zu Gute, deren Umsätze durch die Konsumation steigen und damit auch ihre Nachfrage nach Arbeitskräften stimuliert und das ersparte Geld steht den Unternehmen in Form von Krediten für Investitionen zur Verfügung. Die neu eingestellten Arbeitskräfte wiederum entlasten einerseits den Staat, da sie weniger Transferleistungen benötigen und andererseits mit ihrem Lohn das Steueraufkommen erhöhen und andererseits stützen sie durch ihre gesteigerte Konsumation die Unternehmen, die durch den gesteigerten Umsatz und dem daraus resultierenden Gewinn auch mehr zum Steueraufkommen beitragen. Die Transferleistungen werden zurückgenommen und etwaige durch die steigenden Staatsausgaben entstandene Kredite getilgt, wenn der Konjunkturzyklus wieder ins Positive dreht. Ein möglicherweise auftretendes Problem der sogenannten Antizyklischen Wirtschaftspolitik lässt sich leicht erkennen, wenn man an das Staatsmodell von Easton denkt. Die Politiker könnten sich schwer tun in Zeiten eines positiven Konjunkturzyklus die von ihnen initiierten sozialen Transferleistungen wieder zurückzunehmen, da sie befürchten, dadurch an Unterstützung zu verlieren.

Das Misstrauen in die Politik ist einer der Gründe, warum Milton Friedman eine konträre Ansicht vertritt und Staatseingriffe ablehnt, ähnlich wie der oben erwähnte Friedrich August von Hayek, der Milton Friedman beeinflusste. Als Beispiel<sup>192</sup> führt Milton Friedman das Königreich England zu Zeiten Adam Smith's an. Damals war England noch von der Landwirtschaft beeinflusst, es war aber auch der Beginn der Zeit, die heute als industrielle Revolution bezeichnet wird. England hatte damals auf Betreiben der einheimischen Kaufleute hohe Importzölle verhängt, um den Binnenmarkt zu schützen. Der beschriebene Sachverhalt ist ein gutes Beispiel für die weiter oben erläuterte iron-triangle, in der eine kleine Interessengruppe auf Kosten der Allgemeinheit die Politik beeinflusst. Milton Friedman bezeichnet die Konsequenz

<sup>192</sup> Milton Friedman: *Free to Choose: The Tyranny of control*. PBS Arlington 1980.

daraus mit folgenden Worten: „One of the results was to turn Britain into a nation of lawbreakers.“<sup>193</sup>. Das bezieht sich darauf, dass der Schmuggel für begehrte Importwaren anstieg. Nach Jahrzehnten der Auseinandersetzung zwischen Schmugglern und Zollbeamten sowie Anhängern und Gegnern des Freihandels setzten sich 1846 die Anhänger des Freihandels durch und die Importzölle wurden aufgehoben. Laut Milton Friedman war das Ergebnis ein florierendes Königreich England, in dem der Gesamtwohlstand durch die Eigeninteressen der Einzelnen stieg. Das ist nur ein Beispiel von vielen, an dem gezeigt werden kann, dass Eingriffe des Staates keine positiven Auswirkungen haben. Die Staaten behaupten zwar, dass sie den Fortschritt unterstützen würden, aber sie unterstützen durch ihre Eingriffe meistens den Rückschritt. Diese Eingriffe behindern in den Augen von Milton Friedman die Entfaltung neuer Wirtschaftszweige und damit die Wohlfahrtssteigerung, da sie das Absterben veralteter und nicht konkurrenzfähiger Wirtschaftszweige verhindern. Aber nicht nur das, Milton Friedman sieht auch einen direkten Zusammenhang zwischen einer freien Wirtschaft und der Freiheit, wenn er sagt: „As always, economic freedom promotes human freedom.“<sup>194</sup>. Etwaige Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen Staaten würden sich ebenfalls von selbst regulieren, wenn Staaten nicht eingreifen. Milton Friedman führt als Beispiel Japan an, von dem damals behauptet wurde, dass die Löhne viel geringer seien als in den Vereinigten Staaten. Die niedrigeren Löhne würden sich in den Preisen für die Produkte niederschlagen, die billig in den USA gegen Dollar verkauft werden würden. Um aber in Japan Produkte kaufen zu können muss man die Dollars gegen Yen tauschen, was zu einer Steigerung der Nachfrage nach Yen und zu einer Steigerung des Angebots von Dollar führen wird. In der Folge steigt der Kurs des Yen und der Kurs des Dollars sinkt. Das führt gleichzeitig zu einer Verbilligung von US-amerikanischen Produkten und zu einer Verteuerung japanischer Produkte, bis sich der Kreis in die andere Richtung dreht. Jeder Markt würde sich, wenn der Staat nicht eingreift, in allen Fällen selbst regeln und ein Gleichgewicht finden, auch der Arbeitsmarkt. Staatliche Eingriffe in Form von sozialen Transferleistungen sind daher ebenfalls abzulehnen. Da wäre einmal das Verhältnis zwischen den staatlichen Beamten der sozialen Programme und den Empfängern von Hilfeleistungen, das Milton Friedman als ein Verhältnis zwischen Gottähnlicher Gestalt und unmündigem Kind bezeichnet. Der Beamte erhält durch die verschiedenen Bestimmungen viele Rechte und greift dadurch in die Rechte des Empfängers ein, der in vielen Belangen nicht mehr selbst entscheiden darf. Der Empfänger verliert seine Freiheit und seine Würde. Dazu kommt, dass der Empfänger in der „welfare trap“

---

<sup>193</sup> Ebd.

<sup>194</sup> Ebd.



gefangen ist. „Welfare trap“ bedeutet, dass es sich für die Empfänger nicht lohnt in das Erwerbsleben einzusteigen, weil die Verluste durch das Wegfallen der Fürsorge höher wären als das Einkommen. Die vermeintliche Macht der Beamten führt möglicherweise zu einem weiteren Problem, das Lord Acton so formulierte: „Power tends to corrupt, and absolute power corrupts absolutely.“<sup>195</sup> und daher warnt<sup>196</sup> Milton Friedman vor der Korruption der Bürokratie. Doch das grundsätzliche Problem stellt für ihn das Problem der Kosten und die durch die Wohlfahrt verursachte Verzerrung des Marktes dar. Wobei er für die Kosten insofern Verständnis äußert, als es für ihn nachvollziehbar erscheint, dass man mit Geld, das einem nicht gehört, nicht sorgsam umgeht. Nachvollziehbar, aber nicht verzeihlich. Milton Friedman schlägt als Ausweg aus der „welfare trap“ und der überbordenden Bürokratie eine negative Einkommenssteuer<sup>197</sup> vor, die er als die am wenigsten schlechte Lösung ansieht. Bei der Einkommenssteuer würde ein Freibetrag festgelegt, der für jeden Einkommensteuerzahler steuerfrei ist, nur der Betrag über den Freibetrag unterliegt der Einkommenssteuer. Personen, deren Verdienst unter dem Einkommenssteuerfreibetrag liegt erhalten die Differenz vom Finanzamt ausgezahlt. Jene Personen, die keinen steuerpflichtigen Verdienst aufweisen können erhalten einen Betrag in Höhe des Freibetrags vom Finanzamt ausbezahlt. Diese Lösung würde für Milton Friedman die Unterscheidung zwischen den Personen die zahlen und den Personen, die empfangen aufheben. Denn diese Unterscheidung bedeutet für ihn „A separation that tends to destroy the whole social fabric.“<sup>198</sup>.

### **Allmendegüter – Doch keine Tragödie?**

*„Die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Lehrbücher beten seit Jahrzehnten diese grobschlächtige These Garrett Hardins nach, nach der der Mensch als geborener Nutzenoptimierer jede gemeinschaftlich genutzte Ressource zugrunde richtet, es sei denn, sie wird durch Privatbesitz oder staatliche Maßnahmen davor bewahrt.“<sup>199</sup>*

In der Öffentlichkeit wird Lösungskompetenz in Fragen von Allmendegütern einem Gegensatzpaar zugeordnet, der Politik und der Ökonomie, wobei die Antwort oft in ein „Entweder-oder“ mündet. Wie bei der Tragik der Allmende erwähnt sieht Garrett Hardin beispielsweise eine Lösungskompetenz nur in der Ökonomie, vertreten durch den Markt. Eine

<sup>195</sup> John Emerich Edward Dalberg Acton: *Letter to Bishop Mandell Creighton*, 1887.

<sup>196</sup> Milton Friedman: *Free to Choose: From Cradle to Grave*. PBS Arlington 1980.

<sup>197</sup> Vgl. Friedman 1980. Vgl. ebenso Milton Friedman: *Capitalism and freedom*. Chicago 1982.

<sup>198</sup> Friedman 1980.

<sup>199</sup> Elinor Ostrom/Silke Helfrich (Hrsg.): *Was mehr wird, wenn wir teilen*. Jena 2011, S. 13.

Lösung, der Friedrich August von Hayek zweifellos zustimmen würde. Andererseits sah John Rawls durchaus Lösungskompetenz beim Staat. Elinor Ostrom sieht den Fokus auf dieses Gegensatzpaar kritisch, welches sich noch dazu gegenseitig oft den Ball zuspielt und schlägt eine Rückbesinnung auf die ursprüngliche Idee der Allmendegüter vor, indem sie zur Bereitstellung und Verwaltung freiwillige Selbstorganisation in Betracht zieht. Elinor Ostrom kritisiert<sup>200</sup> die Forschung, die für die Auseinandersetzung mit Allmendegütern vor allem auf zwei Theorien zurückgreift, das Gefangenendilemma und die Tragik der Allmende. Diese beiden Theorien führten zwangsläufig zum Gedanken, dass externe Autoritäten zur Verwaltung von Allmendegütern benötigt werden, dass also nur Top-down-Lösungen in Betracht kommen. Es führt auch zu Modellen, in denen die externe Autorität in Form des Staates als eine Institution angesehen wird, die im Sinne der Allgemeinheit handelt. Dass dies nicht unbedingt der Fall ist, wurde in dieser Arbeit schon belegt. Feldstudien und Experimente belegen für Elinor Ostrom, dass die Selbstorganisation unterschätzt wird und diese durchaus erfolgreich sein kann. Die Analyse von Garrett Hardin ist für Elinor Ostrom zu pauschalierend. Vor allem unterliegt Garrett Hardin einem Missverständnis<sup>201</sup>, denn er verwechselt Güter, zu denen alle Zugang haben mit Gemeingütern, die von einer Gemeinschaft genutzt und verwaltet werden. Die Überfischung ist ein Beispiel, das auch von Ostrom wieder angeführt und genauer analysiert wird. Da gibt es, wie weiter oben schon angeführt, das Problem, dass die Fangmenge und die Nachfrage nach Fisch steigt, während das Angebot in Form von Fischschwärmen in einem Maß zurückgeht, dass sich auf Grund der gefangenen Menge nicht mehr regenerieren kann. Da wäre zum Beispiel Kanada. Die UNO erreichte 1982 ein Seerechtsübereinkommen, das es Hochseefangflotten verbietet, sich näher als 200 Seemeilen der Küste zu nähern und dort Fischfang zu betreiben. Innerhalb der Zone bleibt es so den jeweiligen Staaten überlassen den Fischfang zu regulieren. Der Gedanke der UNO war, dass die Staaten dies im Eigeninteresse nachhaltiger betreiben würden. Kanada ist ein Beispiel für das Scheitern dieses Gedanken. Der Staat verwendete eine von Wissenschaftlern als fehlerhaft eingestufte Simulation für die Errechnung der Fangquoten für Kabeljau. Kabeljau stellte über Jahrhunderte die Grundlage des kanadischen Fischfangs dar, ganze Regionen bzw. Landstriche lebten vom Fang und der Verarbeitung dieser Fischart. Die Berechnungen des kanadischen Staates ergaben auf Grund der Simulation sehr hohe Fangquoten. Einheimische Fischer wiesen darauf hin, dass sie die Fangquoten für zu hoch einschätzen würden, wurden aber nicht gehört. Erst 1992 erfolgte eine Kehrtwende und der Fang von

---

<sup>200</sup> Ostrom 2011, S. 27.

<sup>201</sup> Ostrom 2011, S. 54.

Kabeljau wurde massiv eingeschränkt. Der Kabeljaubestand konnte sich bis heute nicht erholen, eine große Anzahl der Bewohner der ehemaligen Fischerregionen ist heute auf Sozialhilfe angewiesen. Inwieweit der Umgang mit zu optimistischen Daten und den sich daraus ergebenden höheren Fangquoten zumindest wohlwollend in Kauf genommen wurde ist wohl nur schwer zu klären. Im Sinne des Staatsmodells von Easton wäre zumindest ein Szenario denkbar, in dem Politiker höhere Fangquoten unterstützen würden, um die mögliche Unterstützung durch die Fischer zu erhalten. Tatsache ist, dass der Staat Kanada in diesem Fall die Tragik der Allmende unterstützte bzw. ermöglichte.

Ein anderes Beispiel stellt die Population von Meeresschildkröten auf den Philippinen dar, dass auf einem Bericht<sup>202</sup> von Raul Lejano und Helen Ingram der Universität von Kalifornien in der Zeitschrift *Environment* November 2007 beruht. Die Meeresschildkrötenpopulation auf den Philippinen war bedroht, was vor allem auf die unregelmäßige Ausbeutung der Meeresschildkröteneier zurückzuführen war. In Kooperation zwischen externen und lokalen Institutionen wurde das Pawikan Conservation Project initiiert, um der Ausbeutung Einhalt zu gebieten. Dieses Projekt war durch die Kooperation sehr gut auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten. Die Meeresschildkrötenpopulation wuchs in den folgenden Jahren stetig an bis zum Jahr 2001. Im Jahr 2001 erließ die philippinische Regierung ein Artenschutzgesetz, das das Ausbeuten bedrohter Tierarten vollkommen verbot und damit auch das Sammeln von Meeresschildkröteneiern. Das im Rahmen des Pawikan Conservation Project mit den darin festgelegten Sammelmöglichkeiten war damit Makulatur. Innerhalb eines kurzen Zeitraumes wurde die Meeresschildkrötenpopulation dezimiert, die Population genoss so gut wie keinen Schutz mehr. Das Beispiel zeigt, dass staatliche Eingriffe nicht zwangsläufig Allmendegüter schützen, vor allem, wenn die erlassenen Regeln nicht durchgesetzt werden können. Es zeigt auch, dass bottom-up-Lösungen den top-down-Lösungen überlegen sein können. Ein drittes Beispiel<sup>203</sup> widmet sich dem Hummerfang vor der Küste von Maine. Der Hummerbestand vor Maine ging in den 1930er Jahren aus ungeklärten Umständen sehr stark zurück. In einem ersten Schritt erließ das Parlament Schutzgesetze, die sich vor allem der Jung- und Zuchttiere annahmen wie beispielsweise durch Beschränkungen der Menge der eingesetzten Hummerfallen. Diese Gesetze wurden auf Drängen der betroffenen Fischer erlassen, die sich auch selbst auf weitere Regeln einigten. Jeden Fischer der Umgebung wurden Fangplätze sowie ein fixer Hafen zugewiesen. Durch diese Bestimmungen konnten sich die Fischer gegenseitig kontrollieren und

---

<sup>202</sup> Ostrom 2011, S. 62.

<sup>203</sup> Ostrom 2011, S. 61.

so ein Freerider-Verhalten unterbinden. Die Maßnahmen waren so erfolgreich, dass heute mehr Hummer in der Gegend leben als im 19. Jahrhundert. Aus diesen und anderen Beispielen kristallisierten sich für Elinor Ostrom fünf Anforderungen<sup>204</sup> an Regierungen heraus, die sie erfüllen sollten, um Allmendegüter erfolgreich zu verwalten bzw. zu unterstützen. Die erste ist die Verfügbarkeit präziser und relevanter Informationen. Die Informationen sollen die ökologischen, technologischen, ökonomischen und sozialen Faktoren berücksichtigen, die mit dem Allmendegut in Zusammenhang stehen und dieses beeinflussen. Da diese sich ständig ändern, müssen sie regelmäßig aktualisiert werden. Die große Herausforderung liegt in der Kombination der wissenschaftlich gewonnenen Informationen mit den Erfahrungen der Nutzer vor Ort sowie dem Aufbau einer Kooperation zwischen Regierung, Wissenschaftlern und lokalen Nutzern. Die zweite Anforderung betrifft das Konfliktmanagement. Eine Reglementierung der Ressourcennutzung und die Durchsetzung von Regeln birgt in sich ein Konfliktpotential. Das Ignorieren dieses Konfliktpotentials durch Regierungen wird das Potential vergrößern und kann zu schweren Konflikten führen. Hierarchische Strukturen können zwar unter Umständen schnellere Entscheidungen fällen, neigen aber dazu, die in der Hierarchie unten stehenden Elemente zu ignorieren, was zu einer Verminderung der Effizienz oder der Zerstörung des Systems führen kann. Daher ist eine Regierung gefordert Maßnahmen zur Konfliktfrüherkennung zu ergreifen und Orte zur kooperativen Lösungsfindung zu schaffen. Die Verbesserung der Regeleinhaltung ist ihre dritte Anforderung. Es gibt Unterschiede zwischen formellen Regeln, die meist extern definiert werden und informelle Regeln, die von Entscheidungsträgern vor Ort angewendet werden. Formelle Regeln, deren Sinn die Nutzer nicht nachvollziehen können und sie daher für illegitim oder unfair empfinden, haben nur eine geringe Chance, effizient oder über einen längeren Zeitraum durchgesetzt zu werden. Elinor Ostrom empfiehlt daher, den Nutzern Verantwortung für das Allmendegut und die Einhaltung der Regeln zu übertragen. Die vierte Forderung betrifft die Bereitstellung von Infrastruktur, die einerseits wichtig ist, um die internen Abläufe eines Allmendeguts zu verbessern und um die Nutzer mit anderen sozioökologischen Systemen zu verbinden. Große Infrastrukturprojekte bergen die Gefahr in sich, dass sie ohne Berücksichtigung der sozialen Prozesse eines spezifischen Umfelds konzipiert werden. Infrastrukturen der verschiedenen Ebenen müssen ineinandergreifen und sich miteinander verändern, sie stehen in einer Wechselwirkung, die auch beachtet werden soll. Das führt zur letzten Anforderung, der Förderung der Anpassungs- und Veränderungsfähigkeit. Institutionen, die mit dem Anspruch konzipiert werden nachhaltig zu sein, können nicht starr für

---

<sup>204</sup> Ostrom 2011, S. 80.

einen längeren Zeitraum gedacht sein. Um den Anspruch gerecht zu werden, müssen sie sich ständig anpassen, um Verbesserungspotentiale zu erkennen und zu nutzen und sich neuen Herausforderungen zu stellen. Es ist Elinor Ostrom klar, dass es für diese Anforderungen kein allgemein gültiges Patentrezept gibt, das würde auch den Anforderungen widersprechen. Die Institutionen sind aber gefordert, diese Anforderung zu berücksichtigen und sich den daraus entstehenden Herausforderungen zu stellen, wenn sie die Nutzung von Allmendegütern fördern wollen. Sie stellte auch acht Grundsätze<sup>205</sup> auf, die gegeben sein sollten, damit die Wahrscheinlichkeit für das Funktionieren stark erhöht wird. Für ein solches Gelingen ist die Grenzziehung zwischen den Nutzern und den genutzten Ressourcen gegenüber einem größeren sozio-ökologischen System unabdingbar. Diese Grenze ist es, die beispielsweise Garrett Hardin nicht sah und daher Allmendegüter mit Open-Access-Gütern vermischte. Die klare Grenze, die von der Umwelt und den Nutzern akzeptiert wird ermöglicht eine klare Zuordnung der Verantwortung für die Allmende. Die Kohärenz, die Übereinstimmung mit lokalen Gegebenheiten bildet das zweite Gestaltungselement. Wie bereits weiter oben dargelegt können Allmenden nur funktionieren, wenn die Regeln von den Nutzern als legitim und fair betrachtet werden. Dies kann nur der Fall sein, wenn die lokalen Gegebenheiten mitberücksichtigt werden, eine hierarchische Top-down-Entscheidung wird dies kaum erreichen und unter Umständen die Betroffenen überfordern und zur aktiven oder passiven Ablehnung führen. Die Kosten für die Allmende müssen proportional zum Nutzen verteilt werden, eine Lösung, bei der die einen die Kosten und die anderen den Nutzen aus einer Allmende ziehen wird kaum als fair empfunden werden. Drittens ist es für eine Allmende vital, dass die Regeln für die Nutzung von den Nutzern gemeinschaftlich getroffen werden bzw. sie zumindest an den Entscheidungen mitwirken können. Durch diese Mitwirkung ist eine Identifikation mit den Regeln gegeben und damit wird auch die Akzeptanz verstärkt. Außerdem hat die Mitwirkung wahrscheinlich positive Auswirkungen auf die Kohärenz. Die Regeleinhaltung sollte von den Nutzern selbst oder von Personen, die den Nutzern Rechenschaft schuldig sind, überwacht werden. Wenn dies nicht der Fall ist, kann es leicht zur suboptimalen Nutzung kommen. Als ein Beispiel<sup>206</sup> von vielen kann das nepalesische Bewässerungssystem dienen, da es sowohl staatliche Bewässerungssysteme als auch von den Bauern seit Jahrhunderten genutzte Allmendebewässerung gibt. Bei dem Vergleich stellt sich heraus, dass beispielsweise die Wartung der Allmendebewässerung durch die nutzenden Bauern weitaus besser funktioniert als die des staatlichen Bewässerungssystems, das

---

<sup>205</sup> Vgl. Ostrom 2011, S. 85 ff.

<sup>206</sup> Vgl. Ostrom 2011, S.28.

vom Staat eingesetzten Wartungsteams obliegt. Auch die Wasserzuteilung funktioniert in der Allmende besser als beim zentralen System. Die Sanktionen für Regelverletzung sollten abgestuft verhängt werden. Die ersten Sanktionen sollten leichte Sanktionen sein, die sich bei Wiederholungsfällen verschärfen. Regelverstöße müssen glaubhaft geahndet und sanktioniert werden. Die sechste Regel beschäftigt sich mit den Konfliktlösungsmechanismen. Auftretende Konflikte müssen schnell, transparent, günstig und direkt gelöst werden. Idealerweise sind dafür lokale Räume eingerichtet, in denen die Konflikte zwischen den Nutzern oder Nutzern und Behörden gelöst werden können. Viele der Punkte setzen den siebten Punkt voraus, die Anerkennung durch den Staat. Der Staat muss das Recht der Nutzer zur Selbstbestimmung anerkennen. Die achte Forderung bezieht sich auf die Einbettung von Institutionen in Form einer polyzentrischen Governancestruktur, in der mehrere Ebenen miteinander verknüpft sind. Die Schaffung einer solchen Struktur erfordert ein Umdenken von hierarchischen zu selbstorganisierenden Organisationsformen. Selbstorganisierte Organisationsformen werden oft von den hierarchischen Organisationen nicht als solche erkannt, da sie in der Regel keine explizite Leitung besitzen, die an der Spitze die Entscheidungen trifft. Die selbstorganisierten Organisationsformen bestehen aus vielen Komponenten, die miteinander interagieren, Elinor Ostrom sieht sie treffender als „komplexe adaptive Systeme“<sup>207</sup> beschrieben. Tatsächlich entziehen sich diese Systeme der wissenschaftlichen Analyse, da sie emergente Eigenschaften besitzen, das heißt, dass sich durch die Analyse ihrer Komponenten nicht auf die Eigenschaften des Gesamtsystems schließen lässt. Ein solches System lässt sich für Elinor Ostrom innerhalb eines Staatssystems am besten erhalten, indem für die Einbettung ein polyzentrischer Ansatz verwendet wird. Polyzentrisch bedeutet die Möglichkeit der Schaffung von verschiedenen, privaten wie öffentlichen Verwaltungseinrichtungen auf verschiedenen Ebenen, die möglichst unabhängig voneinander agieren können. Die jeweilige Verwaltungseinrichtung agiert innerhalb eines spezifischen Gebietes, um die dortigen Regeln entwickeln und durchsetzen zu können. Die Einheiten können in zwei Arten unterschieden werden. Die einen sind für allgemeine Aufgaben zuständig, während die anderen hoch spezialisiert sind. Die staatlichen Verwaltungseinheiten sind stark mit den lokalen Verwaltungseinheiten verzahnt und sorgen für die legislativen und exekutiven Rahmenbedingungen.

---

<sup>207</sup> Ostrom 2011, S. 39.

### **Transferleistung ohne Bedingung = Transferleistung ohne Kontrolle?**

*“A guaranteed income would not only establish freedom as a reality rather than a slogan; it would also establish a principle deeply rooted in Western religious and humanist traditions: man has the right to live, regardless! This right to live - to have food, shelter, medical care, education, etc. - is an intrinsic human right that cannot be restricted by any condition, not even the one that the individual must be socially useful.”<sup>208</sup>*

Ein anderer möglicher Ausweg abseits der Allmende wird schon relativ früh angedeutet, mit dem Ziel der Vermeidung von Verbrechen und damit auch der Vermeidung von Kontrollen. Thomas Morus schreibt in seinem Roman Utopia in Hinblick auf die Ahndung von Verbrechen in England: „Wie mir daher scheint, folgt ihr in dieser Sache – wie ein guter Teil der Menschheit übrigens auch – dem Beispiel der schlechten Lehrer, die ihre Schüler lieber prügeln als belehren. So verhängt man harte und entsetzliche Strafen über Diebe, während man viel eher dafür hätte sorgen sollen, dass sie ihren Unterhalt haben, damit sich niemand der grausigen Notwendigkeit ausgesetzt sieht, erst zu stehlen und dann zu sterben.“<sup>209</sup> Dessen Freund Juan Luis Vives gilt als derjenige, der als erstes ein unumschränktes Grundeinkommen forderte, wenn gleich es noch mit Auflagen verbunden war und damit genau genommen nicht bedingungslos war. In der folgenden Stelle aus dem Werk „De Subventionem Pauperum“ fordert Juan Luis Vives eine Grundversorgung mit Lebensmittel für alle, auch wenn sie selbstverschuldet auf Fürsorge angewiesen sind: „Those who have squandered their possessions through dissolute living and disgraceful conduct (as in gambling, whoring, luxury and gluttony) should be fed (for no one should die of starvation) but they should be assigned the more irksome tasks and smaller rations so that they may be an example to the others and may repent of their former lives.“<sup>210</sup> Allerdings ist diese Forderung mit Auflagen verbunden, und zwar der Auflage der Arbeitswilligkeit, eine Auflage, die auch heute noch oft von Empfänger der Wohlfahrt erfüllt werden muss. Die Erfüllung dieser Auflage wäre aber kein Ausweg aus dem Kreislauf von Transferleistung und Kontrolle. Die Forderung war ohne Zweifel für die damaligen Verhältnisse herausstechend, entspricht aber weitgehend der modernen Ausführung der Wohlfahrt. Deren Grundlagen wurden bereits 1793 von dem französischen Marquis de Condorcet in seinem Werk „Esquisse d’un tableau historique des progrès de l’esprit humain“<sup>211</sup> skizziert. Im zehnten Kapitel beschreibt der Marquis

<sup>208</sup> Erich Fromm: *Psychological Aspects of the Guaranteed Income*. In *The Nation*, December 6, 1965.

<sup>209</sup> Morus 1516.

<sup>210</sup> Juan Luis Vives: *De Subventionem Pauperum Sive de Humanis Necessitatibus*, S. 101.

<sup>211</sup> Marie-Jean-Antoine-Nicola Caritat, Marquis de Condorcet: *Outlines of an historical view of the progress of the*

Möglichkeiten, die Ungleichheit zwischen den Menschen zu verringern. Um dies zu erreichen, schlägt der Marquis de Condorcet eine Art Versicherung für Alte, Witwen und Waisen vor. Die Unterstützungszahlungen für die Bedürftigen würden sich aus den Einzahlungen derjenigen speisen, die nie einen Anspruch darauf erheben müssen bzw. erheben können. Diese Idee nimmt tatsächlich Ansätze der heutigen Sozialversicherung vorweg, allerdings auch mit all ihren Problemen. Einen weiteren Schritt Richtung Ausweg könnte man bei Thomas Paine sehen. Dieser befasste sich in seiner Streitschrift „Agrarian Justice“ 1797 mit dem Unterschied zwischen primitiven Naturvölkern und der modernen Zivilisation. Dabei stellte er fest, dass Armut eine Erfindung der Zivilisation darstellt, während sie bei Naturvölkern nicht gegeben ist. Den Grund dafür sieht Thomas Paine vor allem in der Auffassung der Naturvölker, dass Grund und Boden Allgemeingut darstellen. Ähnliche Erfahrung machten beispielsweise auch die Jesuiten in ihren südamerikanischen Reduktionen. Die gemeinsamen Felder wurden von den Indios mit Eifer bewirtschaftet, zur Bewirtschaftung der zur Eigenversorgung zugewiesenen Felder mussten sie ermahnt werden. Thomas Paine führt das Übel der „zivilisierten“ Welt auf die Vermischung von Verbesserungswert und Besitz zurück. Diese Vermischung müsse aufgehoben werden, aber nicht in Form von Enteignungen, denn die Schuld an der Vermischung kann nicht den gegenwärtigen Eigentümern von Grund und Boden zugerechnet werden. Thomas Paine schlägt daher vor, Erbschaften zu besteuern und in einen Fonds einzuzahlen. Die Besteuerung bezieht sich aber nicht nur auf Grund und Boden, sondern auf jeglichen Besitz, da Besitz ja nur durch die Gesellschaft entstanden sein kann. Der Fonds soll dafür dienen, jedem jungen Mann ein Startkapital zur Verfügung zu stellen, um eine Unternehmung zu finanzieren und jedem ab dem Alter von 50 Jahren eine Pension zu zahlen. Ein Novum an seinen Überlegungen stellt die Tatsache dar, dass Thomas Paine seine Überlegungen als Recht für die Armen sieht, denn „In advocating the case of the persons thus dispossessed, it is a right, and not a charity, that I am pleading for.“<sup>212</sup>. Der Vorschlag von Thomas Paine würde in Hinblick auf etwaige Kontrollen einen guten Ansatz bedeuten. Wenn die Auszahlung eines bestimmten Betrages an jeden Bürger an dessen einundzwanzigsten Geburtstag stattfindet, dann bedarf es dafür kaum Kontrollen, außer der Feststellung des Geburtsdatums und ob der Betrag schon ausgezahlt wurde. Auch die Auszahlung an jeden, der das fünfzigste Lebensjahr erreichte bedarf theoretisch nur geringer Kontrollen, vorausgesetzt natürlich, es existiert eine Aufzeichnung, in der das Geburtsdatum vermerkt ist, und auf die die auszahlende Stelle Zugriff hat. In der heutigen Zeit eine eher

---

*human mind*. Philadelphia 1796, Kapitel 10.

<sup>212</sup> Thomas Paine: *Agrarian Justice*, 1797, §20.



einfache Kontrolle, aber wohl auch zu Zeiten von Thomas Paine zumindest in Teilen Europas durchführbar. Schwieriger gestaltet sich wahrscheinlich das Aufbringen der Mittel, wenngleich wahrscheinlich nicht viel schwieriger als bei der üblichen Steuerermittlung. Zumindest die Einhebung bei Vererbung von Grund und Boden stellt sich relativ einfach dar, da dieser Teil des Besitzes nur schwer zu verheimlichen ist, die Schwierigkeiten bei beweglichen Besitz sind diesbezüglich wahrscheinlich höher. Aber selbst bei beweglichen Gütern erscheint ein Verheimlichen des gesamten beweglichen Besitzes nur schwer möglich. Die Idee selbst erscheint also relativ stabil gegen Freerider und bedarf nur geringer Kontrolle. Der Gedanke behandelt aber nicht den Umgang mit Personen, die mit der von ihnen mit dem Startkapital gegründeten Unternehmen keinen oder zuwenig Erfolg haben, um davon leben zu können bzw. die Zeit bis zum fünfzigsten Lebensjahr überbrücken zu können. Die Gedanken von Charles Fourier erinnern an jene von Thomas Paine. Auch Charles Fourier sieht es als ein Recht der Bedürftigen an, dass sie Unterstützung erfahren, da sie des direkten Zugangs zu Ressourcen verlustig gingen. Seine Lösung baut auf sogenannten „Phalanstère“ auf. Diese stellen genossenschaftsähnlich organisierte Betriebe der Landwirtschaft oder Industrie dar, in denen 1.620 Mitglieder leben und nach Möglichkeit arbeiten. Mitgliedern, die nicht arbeiten können, stand ein Minimum an Lohn zu, um überleben bzw. leben zu können. Die Mittel für die Lohnzahlungen wurden von bzw. in den „Phalanstère“ erwirtschaftet, denn Fourier geht von der Annahme aus, dass diese mehr erwirtschaften als sie ausgeben. Es ist aber nicht klar, was passiert, wenn dies nicht gelingt. Ein Nachteil dieses System ist eine eingeschränkte Freiheit, da das „Phalanstère“ sowohl Werkstatt, Wohnheim und Freizeitanbieter darstellt, also eine Einrichtung, in der man sein ganzes Leben verbringt und je nach Einkommen werden die verschiedenen Wohnungen zugeteilt. Fourniers Idee fand einige Anhänger, zu den bekanntesten zählt wohl John Stuart Mill. Auch wenn Fournier die Bewohner seiner „Phalanstère“ als gleich ansieht, so muss dies durch das kasernenartige Leben nicht unbedingt gegeben sein, man denke nur an Experimente wie „The third wave“ 1967 oder die Entwicklungen in verschiedenen in sich abgeschlossenen Gemeinschaften. Der Hauptkritikpunkt aus heutiger Sicht bezüglich der bisher vorgestellten Alternativvorschläge besteht, wie Manfred Füllsack<sup>213</sup> feststellt, an der hohen Bewertung von Grund und Boden als primäres Produktionsmittel. Und obwohl sich dies im Zuge der Industrialisierung änderte, so kam die große Veränderung erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Tony Judt zeigt, dass die Industrialisierung erst in den 1960er Jahren in vielen Staaten Europas den primären Sektor endgültig zurückdrängte und dadurch Grund und Boden seine Bedeutung verlor:

<sup>213</sup> Vgl. Füllsack 2002, S. 105.

„In 1945, most of Europe was still pre-industrial. The Mediterranean countries, Scandinavia, Ireland and Eastern Europe were still primarily rural and, by any measure, backward. In 1950, three out of four working adults in Yugoslavia and Romania were peasants. One working person in two was employed in agriculture in Spain, Portugal, Greece, Hungary and Poland; in Italy, two people in every five. One out of every three employed Austrians worked on farms; in France, nearly three out of every ten employed persons was a farmer of one kind or another.“<sup>214</sup> In Großbritannien waren schon 1950 nur mehr fünf Prozent in der Landwirtschaft tätig.

„Stated in more familiar terms, the plan we are advocating amounts essentially to this that a certain small income, sufficient for necessities, should be secured to all, whether they work or not, and that a larger income, as much larger as might be warranted by the total amount of commodities produced, should be given to those who are willing to engage in some work which the community recognizes as useful.“<sup>215</sup> Dieses Zitat von Bertrand Russell stammt aus einer Veröffentlichung von 1919, in dem er versucht, das in seinen Augen Beste aus Sozialismus und Anarchismus zu schaffen. Im Grunde schlägt Bertrand Russell damit ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle vor, das per Definition eine Lösung sein sollte. Bedingungsloses Grundeinkommen würde bedeuten, dass es keinerlei Bedingungen für den Erhalt desselben gibt, und es dadurch auch keine Parameter, die kontrolliert werden könnten, vorhanden wären. Empfänger wären alle, daher würde sich auch das Freerider-Problem nicht stellen. Und es wäre die Transferleistung schlechthin, da keinerlei Gegenleistung erbracht werden muss.

---

<sup>214</sup> Judt 2010, S. 327.

<sup>215</sup> Bertrand Russel: *Proposed Roads to freedom, Socialism, Anarchism and Syndicalism*. New York 1919, St. Petersburg 2009, S. 91.

## Resümee

Die Menschen leben auf einer Welt, deren Ressourcen endlich und daher knapp sind. Die Menschen benötigen die Ressourcen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Bedürfnisse, die aus einem Mangel entstehen und die teilweise über die Ressourcen befriedigt werden könnten. Die Bedürfnisse sind nicht hierarchisch, man kann sie nicht werten bis auf ein Bedürfnis, dem Bedürfnis nach Existenz. Es wurden Systeme geschaffen, um die Ressourcen zu verteilen. Aus der Distribution entstand die Frage nach der Gerechtigkeit der Distribution. Die Idee der Gerechtigkeit alleine bewirkt aber nicht zwangsläufig, dass alle Menschen dieser folgen. Analysemöglichkeiten der Mathematik, die Spieltheorie zeigen auf, dass nicht kurzfristige profane, ökonomische Gedanken den Individuen den größten Nutzen bringen würden, sondern langfristige Kooperation. Eine Möglichkeit der Kooperation stellen Transferleistungen dar, in denen die Gemeinschaft Mitglieder der Gemeinschaft unterstützt. Doch immer wieder neigen Individuen zu den Strategien, die kurzfristig mehr Gewinn versprechen und andere folgen ihnen, bis ein ehemals kooperatives, optimales System zusammenbricht oder ein solches erst gar nicht entstehen kann. Die Individuen bleiben dann im lokalen Minimum stecken, in dem keine Kooperation mehr stattfindet. Individuen, die in einer solchen Situation kooperationswillig sind, werden von allen anderen ausgenutzt. Dieses Verhalten führt dazu, dass Allmendegüter dem Untergang geweiht scheinen. In der menschlichen Gesellschaft dient die Institution des Staates mit seinem Gewaltmonopol dazu, ein solches Schicksal von der Gemeinschaft abzuwenden. Der Staat soll sogenannte Freerider verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen führt er Parameter ein, um die Gemeinschaft zu kontrollieren und etwaige Freerider zu identifizieren, um sie dann sanktionieren zu können. Doch der Staat benötigt die Unterstützung der Gemeinschaft. Um sich diese zu sichern fördert er gewisse Interessengruppen und erhöht den administrativen Aufwand. Dieses Agieren lässt sich in der Geschichte an Beispielen für Transferleistungen und dem Umgang mit Bedürftigen. Die Geburt des Wohlfahrtsstaates schuf gleichzeitig eine bisher unbekannte Zahl von staatlichen Richtlinien mit dem damit verbundenen administrativen Aufwand. Der Wohlfahrtsstaat krankt jedoch an einer seiner Säulen, der Vollbeschäftigung. Diese ist mit dem offiziellen Arbeitsbegriff nicht erreichbar. Aber dieser Arbeitsbegriff ist weder zutreffend noch zeitgemäß, er müsste erweitert werden. Der Ausbruch aus der Feedbackschleife, dem circulus diaboli aus Transferleistung und Kontrolle wäre möglich durch ein neues Verständnis des Arbeitsbegriffes, einer Selbstverwaltung von Allmenden und einem bedingungslosen Grundeinkommen.

## Literaturverzeichnis

Acton, John Emerich Edward Dalberg: *Historical Essays and Studies*. London: Macmillan 1907.

Aquin, Thomas von: *Summa Theologica*. Übersetzung Dominikaner der englischen Provinz. London: Benziger Bros. Edition 1947.

Arendt, Hannah: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. 4. Auflage. München: Piper 2006.

Aristoteles: *Der Staat der Athener (Ath.Pol.)*. In Aristoteles: Werke in deutscher Übersetzung, Band 10. Übersetzung Chambers, Mortimer. Berlin: Akademie-Verlag 1990.

Aristoteles: *Nikomachische Ethik*. Übersetzung Dirlmeier, Franz. Stuttgart: Reclam 1986.

Axlrod, Robert: *On Six Advances in Cooperation Theory*. Michigan Januar 2000.

Bentham, Jeremy: *Introduction to the Principles of Morals and Legislation*. Oxford: Clarendon Press 1907.

Bismarck, Otto von: *Gesammelte Werke*. Friedrichsruher Ausgabe, Band 9. Berlin: Stollberg 1924/1935.

Caritat, Marie-Jean-Antoine-Nicolas, Marquis de Condorcet: *Outlines of an historical view of the progress of the human mind*. Philadelphia 1796.

D'Arms, John H., Fischer, Wolfram (Hrsg.): *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Band 1: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der römischen Kaiserzeit*. Stuttgart: Klett-Cotta 1990.

Darwin, Charles: *The descent of man, and selection in relation to sex*. London: John Murray, Albemarle Street 1871.

Diekmann, Andreas: *Spieltheorie*. Hamburg: Rowohlt 2009.

Diodorus: *Griechische Weltgeschichte*. Übersetzung Wurm, Julius Friedrich. Stuttgart 1831.

Diognet: *Brief an Diognet*. Frühchristliche Apologeten und Märtyrerakten Band I, München: Jos. Kösel 1913.

Fehr, Ernst/Gächter, Simon: *Altruistic punishment in humans*. In Nature, 415, Januar 2002.

Fischer, Wolfram: *Armut in der Geschichte. Erscheinungsformen u. Lösungsversuche d. "Sozialen Frage" in Europa seit dem Mittelalter*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1982.

Friedman, Milton: *Capitalism and Freedom*. Chicago: University Press 1982.

Friedman, Milton: *Free to Choose: From Cradle to Grave*. PBS Arlington 1980.

- Friedman, Milton: *Free to Choose: The Tyranny of control*. PBS Arlington 1980.
- Füllsack, Manfred: *Gleichzeitige Ungleichzeitigkeiten*. Wiesbaden: VS 2011.
- Füllsack, Manfred: *Leben ohne zu arbeiten?* Berlin: Avinus 2002.
- Füllsack, Manfred: *Network Topologies and Social Influence. An Agent based Experiment on the Emergence of Common Goods?* Working paper. Wien: März 2011.
- Füllsack, Manfred: *Zuviel Wissen? Zur Wertschätzung von Arbeit und Wissen in der Moderne*. Berlin: Avinus 2006.
- Garrett Hardin: *The Tragedy of the Commons*. In Science. Dezember, 13, 1968.
- Gärtner, Reinhold: *Politiklexikon für junge Leute*. Wien: Jungbrunnen 2008.
- Greenpeace: *Fischführer*. <http://www.greenpeace-stuttgart.de/themen/meere/Fischfuehrer.pdf>. Gesichtet 31.01.2011.
- Hanau, Arthur: *Die Prognose der Schweinepreise*. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Hrsg. Institut für Konjunkturforschung, Sonderheft 7. Berlin: Reimar Hobbing 1928.
- Hayek, Friedrich A. von: *Die Verfassung der Freiheit*. 3. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck 1991.
- Hayek, Friedrich A. von: *Der Weg zur Knechtschaft*. München: Olzog 2009.
- Hayek, Friedrich A. von/Streit, Manfred E.: *Recht, Gesetz und Freiheit: eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie*. In Gesammelte Schriften in deutscher Sprache. Band 4: Rechtsordnung und Handelsordnung. Aufsätze zur Ordnungsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck 2003.
- Höbenreich, Evelyn: *Annona: juristische Aspekte der stadtrömischen Lebensmittelversorgung im Prinzipat*. Graz: Leykam 1997.
- Holler, Manfred J./Illing, Gerhard: *Einführung in die Spieltheorie*. 7. Auflage. Heidelberg: Springer 2009.
- Holzleithner, Elisabeth: *Gerechtigkeit*. Wien: UTB 2009.
- Hume, David: *Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral*. Übersetzung Streminger, Gerhard. 3. Auflage. Stuttgart: Reclam 2002.
- Judt, Tony: *Postwar: A History of Europe since 1945*. London: Random House 2010.
- Keynes, John Maynard: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. New York: Prometheus Books 1997.
- Kolb, Frank: *Rom: die Geschichte der Stadt in der Antike*. Zweite Auflage. München: Beck 2002.

- Lauffer, Siegfried/Kloft, Hans (Hrsg.): *Sozialmaßnahmen und Fürsorge: zur Eigenart antiker Sozialpolitik*. In Grazer Beiträge, Graz: Berger 1988.
- Locke, John: *Zwei Abhandlungen über die Regierung*. Übersetzung Hoffmann, Hans Jörn. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1977.
- Malthus, Robert Thomas: *Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz*. Übersetzung von Valentine Dorn. Jena: Fischer 1924-1925.
- Maslow, Abraham: *A Theory of Human Motivation*. In: Psychological Review, 1943, 50, 370-396.
- Max-Neef, Manfred: *Human scale development: conception, application and further reflections*. New York: Apex Press 1991.
- Mill, John Stuart: *Utilitarianism/Der Utilitarismus*. Stuttgart: Reclam 1976.
- Morgenstern, Oskar/Neumann, John von: *Theory Of Games And Economic Behavior*. Princeton. Princeton University Press 1944.
- Nash, John Forbes: *Non-cooperative games*. Dissertation, Princeton 1950.
- Orwell, George: *Erledigt in Paris und London*. Übersetzung Helga und Alexander Schmitz. Zürich: Diogenes 2007.
- Ostrom, Elinor/Helfrich, Silke (Hrsg.): *Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter*. Jena: Oekom Verlag 2011.
- Paine, Thomas: *Agrarian Justice*. Philadelphia: 1797.  
[http://en.wikisource.org/wiki/Agrarian\\_Justice](http://en.wikisource.org/wiki/Agrarian_Justice). Gesichtet 31.01.2012.
- Pauer-Studer, Herlinde: *Einführung in die Ethik*. Wien: WUV 2003.
- Platon: *Politeia*. In Plato: Sämtliche Werke, Band 2. Übersetzung Schleiermacher, Friedrich. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2004.
- Plautus: *Asinaria*. 495. <http://www.thelatinlibrary.com/plautus/asinaria.shtml>. Gesichtet 31.1.2012.
- Pöhlmann, Robert: *Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus*. München: Beck 1893.
- Pollert, Achim u.a.: *Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag*. 4. Auflage. Mannheim: Duden 2010.
- Pulitzer, Ralph: *Forces at War in Peace Conclave*. In New York Times: 18. Jänner 1919.
- Rathmayr, Bernhard: *Armut und Fürsorge: Einführung in die soziale Arbeit*. Skriptum, Innsbruck 2006.

- Rawls, John: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1979.
- Rousseau, Jean-Jacques: *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundzüge des Staatsrechts*. Übersetzung Brockard, Hans. Stuttgart: Reclam 1977.
- Rousseau, Jean-Jacques: *Diskurs über die Ungleichheit/Discours sur l'inégalité*. Übersetzung Moses Mendelssohn. Weimar: Böhlau 2000.
- Ruschenbusch, Eberhard: *Die Einführung des Theorikon*. In Zeitschrift für Papyrologie und Epigraphik, 36. Bonn: Rudolf Habelt 1979.
- Russel, Betrand: *Proposed Roads to freedom, Socialism, Anarchism and Syndicalism*. St. Petersburg: Red and Black Publishers 2009.
- Sachße, Chritsof/Tennstedt, Florian: *Bettler Gauner und Proleten. Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte. Ein Bild-Lesebuch*. Reinbek: Rowohlt 1983.
- Say, Jean-Baptiste: *Traité d'economie politique*. New York: Augustus M. Kelly 1971.
- Schopenhauer, Arthur/Hübscher, Angelika (Hrsg.): *Die Welt als Wille und Vorstellung*. Züricher Ausgabe, Band 3. Zürich: Diogenes 1977.
- Sigmund, Karl: *Evolutionäre Spieltheorie -- von Gesellschaftsspielen zum Spielen mit Gesellschaften*. In Evolution in den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften. Bern: A. Diekmann und R. Moser 2003.
- Skyrms, Brian: *The Stag Hunt*. Irvine 2001.
- Smith, Adam: *Der Wohlstand der Nationen*. 8. Auflage. München: DTV 1999.
- Sokrates Scholastikos: *Historia ecclesiastica*. <http://www.ccel.org/ccel/schaff/npnf202.html>. Gesichtet 31.01.2012.
- Stocker, Ferry: *Spaß mit Mikro: Einführung in die Mikroökonomie*. 6. Auflage. München, Wien, Oldenburg: Oldenburg Wissenschaftsverlag 2002.
- Tugendhat, Ernst: *Vorlesungen über Ethik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1993.
- Vives, Juan Luis: *De Subventione Pauperum*. Leiden: Brill 2002.
- Walzer, Michael: *Sphären der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006.
- Weber, Max: *Die sozialen Gründe des Untergangs der antiken Kultur*. In Über das Studium der Alten Geschichte. Hrsg. Wilfried Nippel. München: DTV 1993.
- Woll, Artur (Hrsg.): *Wirtschaftslexikon*. 9. Auflage. München, Wien, Oldenburg: Oldenburg Wissenschaftsverlag 2000.
- Zweig, Stefan: *Sternstunden der Menschheit*. 49. Auflage. Leipzig 1927/Frankfurt am Main: Fischer 1998.

# Anhang

## Zusammenfassung

### Warum Distribution?

Um der Frage nach der Distribution nachgehen zu können, wird ihr Ursprung beleuchtet, der in den Bedürfnissen liegt. Denn ohne Bedürfnisse gäbe es keine Nachfrage und ohne Nachfrage keinen Bedarf nach Distribution. Bekannte Theorien der Bedürfnisse finden sich bei Abraham Maslow und Manfred Max-Neef, welche kurz erörtert werden. Durch die Endlichkeit und Knappheit der Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, erscheint eine Distribution notwendig. Wie diese gerecht von statten gehen könnte, wird anhand von Überlegungen von Aristoteles, den frühen Theoretikern des Gesellschaftsvertrags und des Utilitarismus und ausführlicher von Friedrich A. von Hayek, John Rawls und Michael Walzer betrachtet werden. Es können aber auch profane Gedanken zu einer Verteilungsordnung führen. Spieltheoretische Untersuchungen zeigen schließlich, dass kooperatives Verhalten Vorteile bringt.

### Warum Kontrolle?

Ein kurzfristiger, unkooperativer Vorteil kann von rationalen Individuen einem möglichen kooperativen Vorteil, der längerfristig das Optimum darstellt, vorgezogen werden. Garret Hardin leitet von diesem scheinbar rationalen, unkooperativen Verhalten die Tragik der Allmende ab. Dieses Phänomen ist auch unter dem Begriff des Freeriders bekannt. Es bedarf also scheinbar eines Zwangs zum Glück und des Schutzes vor Freeridern.

### Warum Teufelskreis?

Das Gewalt- und somit Zwangsmonopol ist in der westlichen Kultur vorwiegend dem Staat übertragen. Aber kann der Staat diese Aufgabe überhaupt wahrnehmen? Für eine Annäherung an diese Fragestellung werden die libertäre Position Hayeks und die dem Liberalismus zugeordnete Position Rawls' herangezogen. Die Analyse von Easton zur Funktionsweise eines Staates zeigt mögliche Schwachstellen auf. Verschiedene Interessen können zu einer Feedbackschleife von Regeln und Kontrollen führen. Pulitzer zeigte sogar auf, dass es Konstellationen des Staates geben kann, die Freerider geradezu fördern, anstatt sie zu verhindern.



## Historischer Abriss

Die Geschichte zeigt, dass es das Problem der Freerider scheinbar schon länger gibt oder zumindest vermeintliche Maßnahmen gegen diese. Der historische Bogen spannt sich von der griechischen und römischen Antike über das Mittelalter und die Neuzeit bis zur Industrialisierung und dem Aufkommen der sozialen Frage, die vorgeblich in Europa durch den Wohlfahrtsstaat gelöst wurde. Doch zumindest eine der Säulen des modernen Wohlfahrtsstaats erwies sich als instabiler als geplant.

## Lösungsansätze?

Lösungsansätze für einen Ausbruch aus dem skizzierten Teufelskreis findet man in verschiedenen wissenschaftlichen Hypothesen. Die wirtschaftstheoretischen Ansätze für die Stabilisierung der Säulen des Wohlfahrtsstaates werden vor allem von John Maynard Keynes und Milton Friedman repräsentiert. Elinor Ostrom bewies mit ihren Forschungen, dass die Tragik der Allmende kein Naturgesetz darstellt, sondern Allmende unter gewissen Voraussetzung funktionieren können. Seit der Neuzeit wird auch immer wieder ein anderer Ausweg aus dem Teufelskreis angedacht, das bedingungslose Grundeinkommen.

## **Abstract**

### Why distribution?

For solving this question it is necessary to look for the origins of needs. Without needs there would be no demand and without demand there wouldn't be any need for distribution. Abraham Maslow and Manfred Max-Neef created well known theories of need which will be discussed. The depletability and shortage of resources seem to lead to the necessity of distribution. However, which system of distribution is fair? The point of views of Aristoteles, representatives of the social contract, the utilitarianism, Friedrich A. Hayek, John Rawls and Michael Walzer are shown. But there are also economic interests of the wealthy which lead to a social order of distribution. The game theory seems to prove that cooperation is the most advantageous strategy.

### Why surveillance?

Non-cooperative behaviour may in the short run look more profitable than cooperative one. That is the reason why rational individuals, referred to as homo oeconomicus are said to favour the short run advantage to cooperative behaviour. Garret Hardin deduced for that his tragic of the commons. In this case the homo oeconomicus acts as a free-rider. So there seems to be the necessity of an institution for the protection of the society against the rational ones of its members.

### Why a vicious circle?

The monopoly of force is in the western world nowadays inhabited by the government. But is the government the best one to fulfil this task? Hayek and Rawls have a different opinion about which task a government is able to fulfil and should fulfil. Easton analyses the functions of governments and reveals weak spots. And Pulitzer reveals a form of governmental behaviour which is more likely fostering free-riders than preventing them.

### Historical sketch

The history of poverty and the measures to alleviate it reveals also a history of measures to prevent free-riders and therefore police the society. The history is tracked from the beginning of the greek and roman antiquity to the middle-ages, the early modern times, the industrial ages and the arising of the social question. The social question seemed to be solved by the modern welfare state. But the welfare state was build on five columns and at least one of these columns

seems to rumble.

### Solution Approaches?

But there are also solution approaches for breaking the vicious circle. There are for one the different economic approaches of John Maynard Keynes and Milton Friedman to stop the columns from rumbling. Elinor Ostrom has proved that the tragic of commons is not ineluctable. She indicates the advantages of commons and how they may be successfully implemented. And from the start of the early modern times there have been reflections about another possibility of breaking the circle - the basic income guarantee.

## Curriculum Vitae

### *Persönliche Daten*

Name: Kai Thorsten Walzer

Geburtsdatum: 20. November 1971

### *Schulischer Werdegang*

2003 - heute            Universität Wien Philosophie  
1994 - 1998            FH WBB Wr. Neustadt  
1993 - 1994            WU Wien Betriebswirtschaft  
1987 - 1992            BHAK Wr. Neustadt  
1982 - 1987            BG & BRG Frauengasse Baden

### *Bundesheer*

04.01.93 - 31.08.93    PzAB9, Baden

### *Berufliche Tätigkeiten*

seit 01.01.12            Österreichische Nationalbibliothek  
03.11.97 - 30.06.11    RSC - Raiffeisen Daten Service Center GmbH  
01.07.96 - 30.04.97    RZB - Raiffeisen Zentralbank Österreich AG  
19.10.92 - 04.12.92    raaco Handelsgesellschaft A./S. Damberg mbH

### *Sprachkenntnisse*

Deutsch:                Muttersprache  
Englisch:                fließend  
Französisch:            Grundkenntnisse  
Latein:                  Grundkenntnisse  
Russisch:                Grundkenntnisse

